

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 8 – 21. Februar 2009

C5524 - PVST: Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Mantel des Schweigens gelüftet
Italien gedenkt seiner Landsleute aus Istrien **2**

Preußen / Berlin

Super-Gesamtschule
Kritik an Reformplänen: Gute Schüler für statistische Kosmetik mißbraucht **3**

Hintergrund

Berlin auf die Finger klopfen?
Karlsruher Richter beraten jetzt intern über den EU-Vertrag **4**

Deutschland

Noch nie vom Volk gewählt
»Frank Steinmeier« als harte Nuß für Strategen **5**

Ausland

Wenig Chance auf mehr Frieden
Israel steht vor schwieriger Regierungsbildung **6**

Kultur

Das Wissen der Welt erschließen
Google und andere Anbieter wollen Millionen Bücher erfassen und ins Netz stellen **9**

Geschichte

Wallensteins Tod
Mit dem Herzog starb eine der schillerndsten Figuren der mittel-europäischen Geschichte **10**



Mehr Kurzarbeit soll Massenentlassungen verhindern, hofft Frank-Jürgen Weise, der Chef der Arbeitsagentur. Bild: photothek.net

Warten auf mehr Disziplin

Hat die Union den Ernst der Lage schon voll erfaßt? – Schwierige Sacharbeit

Neue Tatemeldungen von den Banken, der Konjunktur und der Finanzlage ganzer Länder haben Bürger und Politiker aufgeschreckt. Bundeskanzlerin Merkel hofft, daß die Zuspitzung der Krise wenigstens endlich zu mehr Disziplin in der Union führt.

Vor einem „Jahr der schlechten Nachrichten“ hat die Kanzlerin im vergangenen Herbst gewarnt. Heute erscheint das wie eine Untertreibung, angesichts der frapierenden Fakten: Die Industrieproduktion ist im ersten Quartal quer durch Europa um rund zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahr eingebrochen, der deutsche Maschinenbau hatte im Dezember eben mal 40 Prozent weniger Aufträge als vor Jahresfrist, die Krisenbank HRE wurde mit über 100 Milliarden Euro gestützt und gilt dennoch als kaum zu retten.

Merkwürdig kaltblütig reagieren die Deutschen auf die unbestreitbar schlimmste Wirtschaftskrise seit 1932. Die Umfragen vermelden keine Spur von Radikalisierung, keine Hinwendung zu billigen Rezepten von ganz links oder ganz rechts, im Gegenteil: Die FDP erreicht mit sagenhaften 18 Prozent die besten Popularitätswerte, seit diese in Umfragen ermittelt werden. Guido Westerwelle und seine

Leute können ihr Glück kaum fassen, denn sie wissen durchaus, daß die FDP als Partei der entfallenen (Finanz-) Märkte wahrlich nicht zu den Kräften gehört, die frühzeitig vor den heutigen Problemen gewarnt haben. Ihr momentaner Erfolg, das steht fest, resultiert entscheidend aus der Na-

hschau von CDU und CSU. Glos, Seehofer und Merkel, Koch und Huber, Wulf und Rüttgers und Oettinger – sie geben derzeit ein Bild der Zerrissenheit ab, das bürgerliche Wähler verschreckt und aus dem wenig staatspolitische Verantwortung spricht. Zu den inhaltlichen Unterschieden vor allem in der Wirtschaftspolitik kommt Mißtrauen zwischen den Akteuren.

„Wir haben noch 30 Wochen bis zur Wahl. So können wir nicht weitermachen“, mit diesen Worten wird Fraktionschef Volker Kauder aus einem Sechsertreffen der Unionspitze im Bundeskanzleramt zitiert. Eigentlich sollte es dort vor allem um die Wahlstrategie gehen, doch die Begegnung nahm

offenbar Züge eines Krisentreffens an.

Die Kanzlerin glaubt, so heißt es, ihre Partei habe den Ernst der Wirtschaftslage noch nicht voll erfaßt. Nur deswegen leiste sie sich öffentlichen Streit, so verständlich das Ringen um die beste Lösung auch sei. Nun hofft sie auf die disziplinierende Wirkung der neuen Hiobsbotschaften.

Das kann nicht schaden, denn schwierige Sacharbeit steht an: Bis Ostern soll das neue Steuerkonzept der Union stehen, bis Ende Mai das Wahlprogramm für September. Doch zunächst ist mit neuem Knatsch aus Bayern zu rechnen: In wenigen Tagen spricht Seehofer zum Achermitwoch in Passau, zudem droht ein neues Gesundheitspapier der CSU, die bei der Europawahl am 7. Juni um ihren Status als überregionale Kraft kämpfen muß. *K.B.*

Die Uneinigkeit verschreckt bürgerliche Wähler

Scharfe Replik

BdV beklagt polnische »Erpressung« – Streit um Stiftungsrat

Die mehr als versöhnungsbereite Linie von BdV-Präsidentin Erika Steinbach hat der CDU-Bundestagsabgeordneten unter Vertriebenen nicht nur Zustimmung eingetragen. Umso mehr läßt der scharfe Ton aufhorchen, mit dem Frau Steinbach durch BdV-Generalsekretärin Michaela Hriberski auf Versuche aus Warschau reagiert hat, auf deutsche Personalentscheidungen einzuwirken. Konkret geht es um den Versuch der polnischen Regierung, die Berufung von Frau Steinbach in den Stiftungsrat in der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zu verhindern.

Unter der Überschrift „Polen erpreßt die Bundesregierung“ gibt der BdV bekannt, daß er Anfang 2009 Frau Steinbach sowie Christi-

an Knauer (CSU) und Albrecht Schläger (SPD) für die ihm zustehenden drei Sitze im Stiftungsrat nominiert habe, was bisher nicht öffentlich gemacht worden sei, „um die Aufforderung der Bundesregierung dazu abzuwarten“. Weiter erklärt der BdV: „Nachdem aber offensichtlich ist, daß Polen die Bundesregierung mit Hinweis auf anstehende Gedenkfeiern erpreßt, um eine bestimmte Benennung zu verhindern, macht das Präsidium bereits jetzt seinen Beschluß öffentlich.“ Das Präsidium des BdV halte „ein solches Vorgehen durch ein Nachbarland für unerträglich und im deutsch-polnischen Miteinander für verantwortungslos“. Man erwarte nun von der Bundesregierung „die zügige Realisierung der im Dezember

KONRAD BADENHEUER:

Absurd

Welche Dämonen sind eigentlich los, wenn es um den Umgang mit dem Erbe der Vertreibung von über 20 Millionen Europäern im 20. Jahrhundert geht? Warum scheinen integre und intelligente Menschen bei diesem Thema nicht mehr zu klaren Schlüssen fähig? Vier aktuelle Beispiele werfen ein Schlaglicht auf das ganze Ausmaß von Geistesverwirrung und Absurdität.

Haben nicht gerade die Sudetendeutschen seit Jahrzehnten gefordert, die Vertreibungsproblematik zu europäisieren? Genau das ist nun möglich geworden durch die Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV). Statt diese Initiative – die die deutschen Vertriebenen nicht selbst zustande gebracht haben – aus ganzem Herzen zu unterstützen, hat nun ausgerechnet die „Sudetendeutsche Zeitung“ eine Breitseite voller unwahrer Behauptungen gegen dieses Vorhaben abgeschossen.

Beispiel zwei: Wie soll es Gelehrigkeit für die Vertriebenen geben, wenn nicht das Recht auf die Heimat, das über ein bloßes Niederlassungsrecht weit hinausgeht, geduldig eingefordert wird? BdV-Präsidentin Erika Steinbach tut es nicht, sie polemisiert sogar gegen diejenigen, die für ihr gutes Recht die Gerichte anrufen.

Beispiel drei: Statt für eine solche Vertriebenenpräsidentin dem Himmel zu danken, vergleicht der Deutschland-Beauftragte der polnischen Regierung, Wladyslaw Bartoszewski, sie mit dem unsäglichem Bischof Williamson. Beispiel vier: Bartoszewski seinerseits gilt in Berlin als Mann der Versöhnung.

Fürwahr: Man braucht Gelassenheit, Gottvertrauen und viel schwarzen Humor, um diese Kaskade der Absurditäten zu ertragen.

Bald in neuem Domizil

Wilhelm v. Gottberg: Demonstration unserer Lebendigkeit

Nur übergangsweise haben die *Preußische Allgemeine Zeitung* und ihre Herausgeberin, die Landsmannschaft Ostpreußen, ihre Räumlichkeiten in einem Hochhaus in der Oberstraße in Hamburg-Harvestehude bezogen – nur wenige hundert Meter vom langjährigen Sitz beider Institutionen in der Parkallee. Vor wenigen Wochen hat die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) das Anwesen Buchstraße 4 in unmittelbarer Nähe der Alster erworben. Ab dem 18. März 2009 werden Landsmannschaft und *Preußische Allgemeine Zeitung* ihr neues Domizil beziehen.

Wilhelm v. Gottberg, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, nannte den Umzug „eine Demonstration unserer Leben-

digkeit“. Fast die Hälfte der Bevölkerung in Norddeutschland habe ostdeutsche oder ostpreußische Wurzeln, erinnerte v. Gottberg, „dazu paßt die Präsenz der zentralen Organisation aller Ostpreußen mitten in Hamburg“.

LO ist wirtschaftlich unabhängig

Der Erwerb der repräsentativen Stadtvilla in bester Lage bestätige den wirtschaftlichen Kurs der Landsmannschaft. „Der Kauf konnte vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden.“ Die Landsmannschaft Ostpreußen erhält, obwohl sie anerkannt gemeinnützig ist, keine öffentliche

Förderung. „Dies war zwar manchmal beschwerlich, hat uns aber auch ein hohes Maß an Unabhängigkeit gegenüber Parteien und Regierungen gesichert“, erläutert v. Gottberg. Die Landsmannschaft Ostpreußen habe es verstanden, sich trotz rückläufiger Mitgliederzahlen solide finanzielle Grundlagen zu erhalten, und sei deswegen im Unterschied zu anderen Landsmannschaften wirtschaftlich unabhängig.

„Von unserem neuen Domizil in der Buchstraße 4 aus wollen wir weiter geduldig und konsequent für unser zentrales Anliegen werben: Völkerverständigung auf der Basis der geschichtlichen Wahrheit und des Völkerrechts und damit auch Gerechtigkeit für die deutschen Vertriebenen.“ PAZ

MELDUNGEN

EUFV empört über Grulich

Triest – Am Wochenende hat der Generalrat der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) in Triest getagt. Ein Thema war der Artikel in der „Sudetendeutschen Zeitung“ vom 30. Januar. „Eigentor? Nein, Rote Karte“ aus der Feder von Professor Rudolf Grulich (die PAZ berichtete). Dazu wurde folgende Resolution verabschiedet. „Die Mitglieder des Generalrates haben am 14. Februar 2009 den o. a. Artikel aus der Feder des Herrn Professor Grulich eingehend erörtert. Der Generalrat ist der einhelligen Auffassung, daß der Inhalt des Artikels empörende Unwahrheiten und eine schwere Diskriminierung des Generalsekretärs der EUFV Dr. Lacota enthält. Der Generalrat stellt fest, daß der Artikel den Tatbestand der Verleumdung gegenüber dem Generalsekretär und gerichtliche falsche Tatsachenbehauptungen beinhaltet. Der Generalrat der EUFV erwartet von Herrn Grulich einen Widerruf seiner Falschdarstellungen, sowie vom Herausgeber der „Sudetendeutschen Zeitung“ eine ungekürzte Gegendarstellung zum hier angesprochenen Artikel, die Herr Generalsekretär Dr. Lacota bereits übersandt hat. Der Generalrat hat Herrn Dr. Lacota aufgefordert, gegebenenfalls rechtliche Schritte gegen die Urheber des o. a. Artikels einzuleiten.“

Lacota teilte bei den Beratungen mit, daß Grulich ihm den späteren Artikel (bzw. längere Auszüge daraus) am 15. Januar mit sehr freundlichem Anschreiben zugemalt habe. Darin habe Grulich ausdrücklich zugesichert, daß er diesen Beitrag nur „als eine Diskussionsgrundlage betrachte“ und „n i c h t veröffentlichen“ wolle (Sperrung im Original). Angesichts der krassen inhaltlichen Fehler, die den Beitrag nun zum Problem Grulichs und der „Sudetendeutschen Zeitung“ gemacht haben, war dies gewiß eine gute Idee. Um so größer war das Befremden im EUFV-Generalrat über die dennoch erfolgte Veröffentlichung. PAZ

Mantel des Schweigens gelüftet

Italien gedenkt seiner ermordeten und vertriebenen Landsleute aus Istrien – Gedenktag 10. Februar

Diesen Monat gedachten Regierungsvertreter zum vierten Mal des Exodus der Italiener aus Istrien und Dalmatien. Die Mitte-Rechts-Koalition unter Silvio Berlusconi hatte im Jahre 2005 den 10. Februar zum Gedenktag erklärt.

Ein Schlüsselort für die damaligen Geschehnisse ist Triest. Jahrhundertlang war die Hafenstadt am nördlichsten Adriazipfel ein Schmelzriegel europäischer Völker und Kulturen. Nach dem Ersten Weltkrieg fiel Triest zunächst an die Italiener. Seit ihrer Machübernahme terrorisierten die Faschisten die slawischen Einwohner und versuchten, sie ihrer nationalen Identität und Sprache zu berauben. Im Zweiten Weltkrieg besetzten deutsche Truppen die Stadt. Sie gingen gegen Widerstandskämpfer und jüdische Bewohner vor und errichteten in einer alten Reifabrik, der „Risiera di San Saba“, ein Konzentrationslager.

Am 30. April 1945 marschierte schließlich der Kommunist Tito

mit seinen jugoslawischen Partisanentruppen ein und setzte dem Terror der Nationalsozialisten ein eigenes Schreckensregime entgegen, das 45 Tage lang dauerte. Während dieser Zeit wurde das Schlagwort „Foibe“ geprägt.

Foibe, das sind die tiefen Bergschluchten des Karsts im Hinterland der Triestiner Bucht. Diese wurden zwischen 1943 und 1945 zum Schauplatz einer Tragödie, die bis heute die italienisch-slovenisch-kroatischen Beziehungen belastet. Im Kampf gegen „Kriegsverbrecher“ und „Volksfeinde“ richteten Titos Einheiten und die Geheimpolizei OZNA Schnellgerichte ein und ließen einen Teil der Hingerichteten in den Karstspalten verschwinden.

Hier endeten vor allem Anhänger faschistischer Terrorbanden und der Politischen Polizei, Kollaborateure, serbische Freischärler und radikale kroatische Nationalisten. Allerdings traf es ebenso Mitglieder der Finanzpolizei oder der Stadtgarden, die am bewaffneten Aufstand gegen die deutschen

Besatzer teilgenommen hatten, sowie unliebsame Gegner der Annektionspläne Titos, etwa italienische Partisanen des Nationalen Befreiungskomitees (CLN) oder die Autonomisten in Fiume (kroatisch Rijeka, der deutsche Name St. Veit ist veraltet). Etliche Opfer – unter ihnen auch Kriegsgefangene und unschuldige Zivilisten wie Bau-

Italien beharrt auf zumutbarer Wiedergutmachung

ern, Intellektuelle, Frauen und Kinder – wurden gar bei lebendigem Leibe in die Tiefe gestoßen. Auch in den Felslöchern des Gottscheerer Waldes ruhen Tausende Leichen. Aus Angst flohen schätzungsweise 350000 der seit langem in Istrien lebenden Italiener aus den Siedlungsgebieten im heutigen Kroatien und Slowenien.

Wie viele Tote die Massaker tatsächlich forderten, darüber

herrscht seit jeher Uneinigkeit in der Politik. Die Angaben variieren zwischen 5000 und 12000 Opfern. Vertriebenenverbände und Rechtsparteien gaben oft überhöhte Opferzahlen an. Sie sprachen – allerdings mit guten Gründen – von „Genozid“ und später von „ethnischer Säuberung“ und verlangten Sühne für jene Verbrechen. Systematisch hätten Titos Kommandos die Hinrichtungen und Deportationen betrieben, um die gesamte italienische Bevölkerung aus Julisch Venetien zu vertreiben. Die Gräueltaten der Faschisten und Nationalsozialisten, der Angriff Adolf Hitlers und Benito Mussolinis auf Jugoslawien und die Opfer des Triester KZ wurden demgegenüber unter den Teppich gekehrt.

Linksparteien neigten indessen dazu, die nicht nur gegen Faschisten gerichteten Übergriffe der Partisanen herunterzuspielen. Bei den Repressalien habe es sich um Racheakte für Mussolinis jahrelange Assimilationspolitik gehandelt, vergleichbar mit den anarchi-

schon Bauernaufständen. Damit wurden Josip Broz Tito und Co., von denen man sich zumindest moralische Unterstützung erhoffte, weitgehend freigesprochen, und der Partisanenmythos war gerettet. Zugleich vertat die Linke die Chance zur Verständigung mit den „Exilanten“ aus den Gebieten, die im Friedensvertrag vom 10. Februar 1947 an Jugoslawien gefallen waren. Enttäuscht wandten sich diese fortan oft an die extreme Rechte, die ihnen politisches Gehör verschaffte und Entschädigung sowie territoriale Ansprüche zusicherte. Zuletzt hatte sich der rechtskonservative Parlamentspräsident Gianfranco Fini dafür eingesetzt, daß bei den Vertriebenen die italienische Staatsbürgerschaft neben der kroatischen beziehungsweise slowenischen im Paß vermerkt wird.

Auch die bürgerlichen Parteien umgingen das heikle Thema der Foibe jahrzehntelang aus geopolitischer Rücksicht auf Jugoslawien. Christdemokrat Alcide De Gasperi, einer der Gründungsväter der Europäischen Union, unterließ etwa Forderungen nach einer Verurteilung jugoslawischer Kriegsverbrecher, um die Rückgewinnung Triests nicht zu gefährden. Die Stadt und das Umland standen bis 1954 unter UN-Aufsicht. Sogar die Engländer und Amerikaner sahen in Tito einen nützlichen Verbündeten gegen die Sowjetunion, den man nicht verärgern durfte.

Nach 60 Jahren hat man immer noch Probleme damit auszusprechen, was damals in den Schluchten des Karsts passiert ist. Nur wenige Publikationen widmen sich der historischen Aufarbeitung. Nicht zuletzt will Italien die guten Beziehungen zu Slowenien und zum EU-Anwärter Kroatien wahren. Auch Staatspräsident Giorgio Napolitano sparte in seiner diesjährige Rede vor dem Parlament die Täter aus. Stattdessen verurteilte er die „schwierige Erfahrung des Faschismus“ und betonte die Verantwortung für „die Leiden der slowenischen Minderheit während der Kriegsjahre“. Sophia Gerber



Beim komplizierten Konflikt um Istrien gab es Unrecht und Opfer auf allen Seiten, aber im Mai und Juni 1945 kam es zu einem mörderischen „Finale“ gegen die Italiener: Wer nicht rechtzeitig floh (siehe Foto), riskierte den Tod in einer Karsthöhle. Bild: laif

Die Schulden-Uhr:

Kommt jetzt
»VEB Autobau«?

Ich glaube nicht, daß GM es schafft“, lautet das vernichtende Urteil des Autoexperten Ferdinand Dudenhöffer über die Überlebensfähigkeit des US-Automobilherstellers. Doch sollte seine Einschätzung stimmen, fragt sich, was mit der deutschen GM-Tochter Opel geschehen soll. Abgesehen davon, daß es um 275000 Arbeitsplätze in Deutschland geht, handelt es sich bei Opel – anders als bei seiner US-Mutter – um ein gesundes Unternehmen. Doch soll und kann hier schon wieder der Staat einspringen? Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Rainer Brüderle warnte bereits vor einer „VEB Autobau“. Doch so weit muß es gar nicht kommen. Experten meinen, Opel könne von GM abgetrennt eigenständig an die Börse gebracht werden. Bel

1.533.208.578.248 €

Vorwoche: 1.530.626.300.973 €
Veranschuldung pro Kopf: 18684 €
Vorwoche: 18653 €

(Dienstag, 17. Februar 2009,
Zahlen: www.steuerzahler.de)

Zwischen Rubelsturz und Ölpreisverfall

Rußlands Wirtschaftspolitik gerät in eine Zwickmühle – Immer noch drittgrößte Devisenreserven der Welt

Auch Rußlands Wirtschaft bleibt von der von den USA ausgehenden, weltweiten Rezession nicht verschont. Seit Oktober macht sich die Finanzkrise in der realen Wirtschaft immer deutlicher bemerkbar: Die Konsumnachfrage sinkt, und mit ihr die Industrieproduktion.

Auch die Bauaufträge gingen zurück. So trennte sich etwa Rußlands reichster Mann Oleg Deripaska wegen der Krise von seinen Anteilen am Baukonzern Hochtiel und am kanadischen Autzulieferer Magna, sein Konzern Basic Element erhielt von der Raiffeisen Zentralbank Österreich fast eine halbe Milliarde Euro Kredit, um seine 25 Prozent am Baukonzern Strabag halten zu können.

Erstmals seit Jahren fallen in Rußland die Immobilienpreise. Stahl- und Automobilindustrie fahren die Produktion zurück, Zwangsurlaub und oft auch Kündigung sind die Folgen. Nachdem etwa in Moskau lange fast Vollbeschäftigung herrschte und vor allem der Bausektor über Personal-mangel klagte, explodiert nun die Zahl der Arbeitsuchenden. In der Hauptstadt, der jahrelang vom Wirtschaftsboom verwöhnten

größten und teuersten Metropole Europas, grassiert die Angst vor Lohnkürzungen, Entlassungen und vor einer neuen Rubelkrise wie 1998, zumal die russischen Börsen wie das Russische Handelssystem RTS-Interfax-Index einen Großteil ihres Wertes verloren haben – rund eine Billion US-Dollar. Wegen der Turbulenzen wurde der Aktienhandel immer wieder ausgesetzt.

Dazu hält der Kapitalabfluß aus Rußland unvermindert an. Zur Kapitalflucht hatten allerdings auch die verbalen Angriffe des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin auf den Stahl- und Kohlekonzern Mechel und vor allem der bewaffnete Konflikt mit Georgien beigetragen. Damals hatten rund sieben Milliarden Dollar an ausländischem Kapital fluchtartig das Land verlassen, insgesamt zogen Kapitalanleger seit August mindestens 278 Milliarden Dollar ab.

Verglichen mit 2007 verringerte sich der Investitionszuwachs im Jahre 2008 nahezu auf die Hälfte. Die Hauptursachen dafür sind die ungünstigeren Kreditbedingungen auf dem Außenmarkt sowie die Stagnation bei den Einnah-

men der russischen Unternehmen und Bürger. Die verfügbaren Realeinkommen gingen bereits seit Ende 2007 zurück, was vor allem auf die wachsende Inflation zurückzuführen ist. Wegen der Finanzkrise und dem damit verbundenen Wegfall von Arbeitsplätzen wird Rußland 2009 weniger Gastarbeiter ins Land holen als geplant: statt 3,9 Millionen dürfe es nur die Hälfte sein.

Noch ist die Lage viel besser als im Krisenjahr 1998

Eine positive Folge der Abschwächung des Wirtschaftswachstums besteht in einer Verlangsamung der Inflation, doch dürfte die auch in diesem Jahr bei mehr als zehn Prozent liegen.

Um die Rezession zu mildern, stellt die russische Regierung heimischen Unternehmen weitere fünf Milliarden Euro bereit. Insgesamt 170 Milliarden Rubel fließen aus dem nationalen Vermögensfonds an die Staatsbank VEB. Mit diesem Geld, umgerechnet etwa

3,7 Milliarden Euro, soll die VEB im Auftrag der Regierung Aktien und Anleihen von Unternehmen erwerben. Die Firmen sollen so mit „frischem“ Geld versorgt werden.

Der Chef des Russischen Industriellen- und Unternehmerverbandes, Alexander Schochin, beklagt dabei, daß die Verteilung der Staatskredite undurchsichtbar verlaufe. Nur ein kleiner Kreis habe Zugang zur Macht und zu den Reserven. Der Mittelstand bleibe nach Meinung von Analysten auf der Strecke, während die Regierung den großen Unternehmen hilft, die Kredite etwa bei den ausländischen Banken zu tilgen.

Die VEB hat nach Angaben des russischen Finanzministeriums bereits zuvor 45 Milliarden Rubel (rund eine Milliarde Euro) erhalten, und weitere Finanzspritzen wurden bereits angekündigt: Im Rahmen des Rettungspakets, das einen Umfang von über 150 Milliarden Euro haben soll, will Rußland alleine den Banken rund 27 Milliarden Euro für nachrangige Kredite zur Verfügung stellen. Obwohl in Rußland bisher keine Bank wegen der Finanzkrise zu-

sammengebrochen ist, leiden vor allem kleinere Geldinstitute unter dem gestiegenen Mißtrauen der Privatanleger. Viele Geldinstitute verlangen darüber hinaus von Haus- oder Autobesitzern die vorzeitige Rückzahlung ihrer Darlehen. Das betrifft allerdings nur einen kleinen Teil der russischen Bevölkerung, da die meisten auch in den zurückliegenden guten Jahren ohnedies keinen Kredit erhalten hätten.

Von einer drohenden Zahlungsunfähigkeit des Staates kann diesmal aber – anders als 1998 – keine Rede sein. Dank enormer Einnahmen aus dem Export von Öl, Erdgas, Metallen und anderen Rohstoffen hat Rußland die drittgrößten Devisenreserven weltweit.

Dennoch steht die Regierung vor einem schmerzlichen Dilemma: Durch den Kampf gegen die Rubel-Abwertung schrumpfen die Devisenreserven Rußlands dramatisch, womit dem Krell gleichzeitig der Spielraum zur Stützung der Wirtschaft kleiner wird. Dazu kommt der massiv gesunkene Ölpreis, der zu einem starken Rückgang des russischen Exportüberschusses geführt hat. Marco Meng

Das Diktat wird gestrichen

Von HARALD FOURIER

Vor einer Woche hat die deutsch Fußballnationalmannschaft gegen Norwegen gespielt. Mit dabei: Mesut Özil. Der türkischstämmige Spieler (Werder Bremen) hat beide Staatsbürgerschaften und kann sich aussuchen, für welches Land er bei Fußball-Länderspielen antritt. Özil wählte Deutschland. Er begründete seinen Schritt damit, daß er sich in Deutschland wohlfühle.

Özil ist angekommen in diesem Land. Er ist leistungsbereit, er identifiziert sich mit seiner neuen Heimat, er will Deutschland vorwärtsbringen. Und: Er ist leider eher eine Ausnahme. Wie viele seiner Landsleute sind nicht integriert, vielleicht sogar gar nicht integrierbar und auch nicht willig dazu?

In Berlin wird jetzt erwogen, die Anforderungen im öffentlichen Dienst herunterzuschrauben, um Migranten den Einstieg zu erleichtern. Das ist das erklärte Ziel der „Integrationspolitiker“ aller Parteien.

Konkret heißt das, daß demnächst Polizeibewerber keine Diktate mehr schreiben müssen. Wichtiger als ordentliche Deutschkenntnisse ist für die Berliner Polizei ab Herbst das Beherrschen weiterer Fremdsprachen. Diese neuen Einstellungsbedingungen sind natürlich gemacht für Migranten, die es bisher schwer hatten, wenn es beim Schriftdeutsch haperte. Da sind sie oftmals am Diktatschreiben im Deutschtest gescheitert.

Auch die Feuerwehr will mehr Migranten. „Wir haben eine Projektgruppe, die sich gezielt um die Gewinnung von Arbeitskräften mit Migrationshintergrund kümmern soll“, so der Feuerwehrsprecher Stephan Fleischer. Allerdings wollen die Brandbekämpfer nicht ganz auf Deutschests verzichten. Bei ihnen haben die Bewerber lediglich einen zweiten Versuch frei, um den Test zu bestehen. Aber bevorzugte Behandlung ist aus dem allem.

Im Grunde räumen die Multikulti-Politiker damit das Scheitern ihrer eigenen Politik ein. Sie kapitulieren vor der Aufgabe, die Zugewanderten auf das normale Niveau zu heben, das bislang für alle galt. Stattdessen senken sie einfach das Niveau. Es ist jetzt offensichtlich, was lange Zeit keiner offen aussprechen durfte, ohne sich dem Rassismus-Verdacht auszusetzen: Viel zu viele Zugewanderte blieben auch nach vielen Jahren in Deutschland und sogar trotz Einbürgerung außerhalb der Mehrheitsgesellschaft stehen. Immer mehr zeigt sich auch, daß spezielle Einwandergruppen das Bildungsniveau der angestammten Bevölkerung nicht annähernd erreichen. Anderenfalls wären solche Maßnahmen, die das Niveau der Zugangsbedingungen zu Polizei oder Feuerwehr speziell für diese Gruppen senken, ja nicht nötig.

Eine Art Super-Gesamtschule

Eltern-Kritik an Berliner Reformplänen: Gute Schüler für statistische Kosmetik mißbraucht



Schüler und Lehrer müssen sich mit unausgereiften Schulreformen herumschlagen: Unterricht in einer Berliner Klasse

Bild: laif

Sollen gute Schüler vom Gymnasium ferngehalten werden, damit sie in den neuen Gesamtschulen das niedrige Bildungsniveau schlechter Schüler statistisch aufbessern? Berlins rot-rote Schulreform trifft auf Widerstand.

Jürgen Zöllner (SPD) könnte eigentlich sehr zufrieden sein. Der Berliner Bildungsminister ist einer der größten Gewinner des Konjunkturpakts. Ein Großteil der 474 Millionen Euro, die Berlin aus dem Paket erhält, fließt in seinen Bereich, vor allem in Schulen und Universitäten. Trotzdem reißt die Kritik an dem in Märkisch-Neustadt geborenen Regierungsmitglied nicht ab.

Schuld ist die Schulreform, die Zöllner ohne Not im gleichen Moment vom Zaun gebrochen hat. Sie hat viele Eltern verärgert und die Opposition im Parlament gegen ihn aufgebracht. Zöllner muß jetzt zwei Bausteine gleichzeitig bearbeiten – und wirkt ziemlich überfordert dabei.

Warum überhaupt eine Schulreform? Niemand im Senat kann auf diese Frage eine überzeugende Antwort geben. Die üblichen Hinweise auf schlechte Pisa-Ergebnisse oder das miserable Bildungsniveau vieler Migranten etwa hängen kaum von der jeweiligen Schulform ab, sondern haben (was Migranten angeht) ganz andere, überwiegend kulturelle Gründe, wie die jüngste Studie des Berlin-Instituts zum Thema Integration belegt hat.

Im Mittelpunkt der Reform steht die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Die Hauptschule soll verschwinden, so ist es vor allem von linken Bildungspolitikern immer wieder zu hören – spätestens, seitdem der Aufruf an der Rütli-Schule enthüllte, was sich an manchen Berliner Hauptschulen für eine Bildungsunterschicht versammelt hat.

Die Politiker versprechen sich von einer Zusammenlegung von Gesamt-, Real- und Hauptschulen eine stärkere Vermischung der Schüler dieser Schulformen. In einem anderen Umfeld hätten die Hauptschüler bessere Bildungschancen, sagen sie. Auf der Hauptschule dagegen seien sie in der Sackgasse.

In Zukunft werden Schulkinder wie bisher sechs Jahre lang gemeinsam die Grundschule besuchen. (Einzige Ausnahme: Schüler, die bereits in der fünften auf eines der wenigen „grundständigen“ Gymnasien wechseln, also solche, die immer noch ab der fünften statt erst ab der siebten Klasse laufen.)

Danach wechseln die Kinder entweder auf ein Gymnasium oder an die „integrierte Sekundarschule“. Diese vereint Realschule, Gesamtschule und Hauptschule – ist also eine Art Super-Gesamtschule. Der schwarz-grüne Senat in Hamburg hat wenige Monate vor Berlin übrigens das Gleiche beschlos-

sen, nur daß die „Grundschule“ dort „Primarschule“ heißt und die „integrierte Sekundarschule“ in Hamburg als „Stadtteilschule“ bezeichnet wird.

Wirklich originell ist das Konzept also nicht. Der Widerstand, der auch in Hamburg groß ist, ließ nicht lange auf sich warten. Vor allem Eltern sind sauer. Der Zugang zum Gymnasium soll stärker nach Leistung gefiltert werden – also weniger nach dem Elterwillen. Eingangstests und Losverfahren könnten dann über den Bildungsweg entscheiden.

An anderer Stelle wird das neue Leistungsdenken wieder relativiert: Senator Zöllner möchte nämlich, daß es zukünftig kein Probefahrlinien, keinen Rauswurf wegen schlechter Leistungen und möglichst auch kein Sitzenbleiben mehr gibt. Eltern argwöhnen, daß möglichst viele potentielle Gymnasiasten vom Gymnasium ferngehalten werden sollen (hohe Hürden), um es sich dann auf einer Sekundarschule bequem machen zu können (niedrige Anforderungen), wo ihre Hauptaufgabe darin bestehe, das niedrige Bildungsniveau anderer Schüler statistisch aufzubessern.

Eine andere Diskussion dreht sich um die Durchschnittsgröße der Klassen in der Sekundarschule. Der Schulsenator sprach von 29 Schülern pro Klasse, ein Papier seiner Behörde aber

von 27. Hamburg möchte die Schülerzahl sogar auf 22 bis 25 senken.

Angesichts der Erfahrungen mit solchen Ankündigungen in der Vergangenheit ist Skepsis angesagt. Meistens lösen sich solche Versprechen schnell in Wohlgefallen auf. Berlin bräuchte bei Klassen mit durchschnittlich 25 Schülern allein zwölf neue Schulgebäude. Damit ist aber kaum zu rechnen. Im Gegenteil: 40 Schulstandorte in Berlin sollen aufgegeben werden, bereicherte gerade die „Berliner Zeitung“.

Die Umsetzung der Schulreform wird noch mindestens anderthalb Jahre beanspruchen: Erst in gut einem Jahr kann das Gesetz beschlossen werden. Und erst im dann folgenden Schuljahr (Herbst 2010) können die Änderungen umgesetzt werden.

Bis dahin wird die Schulbehörde so wie mit den großen Bauprojekten beschäftigt sein. 193 Millionen Euro fließen in die Schulsanierung. Bei den Bauvorhaben soll die Schulreform von den Bezirken bereits berücksichtigt werden. Da der rot-rote Senat auf Ganztagschulen setzt, sollen also Arbeitsräume, Kantinen und Aufenthaltsräume errichtet werden, wo noch keine sind. „Eigentlich hätte man erst die Schulreform diskutieren, dann das Schulgesetz ändern und erst danach die Schulen umbauen sollen“, klagt der Bildungsstadtrat von Marzahn-Hellersdorf, Stefan Komob, darüber – übrigens ein Parteifreund von Zöllner.

Markus Schleusener

Hohe Hürden drängen Gymnasium beiseite

Zu neuem Leben erweckt

Kloster Heiligengrabe: Ein Publikumsmagnet in der Prignitz

Unter der seit 2004 bestehenden Schirmherrschaft des ehemaligen Ministerpräsidenten von Brandenburg Manfred Stolpe und seiner Frau ist in der märkischen Heide ein Kleinod neu erblüht. Konzerte, Ausstellungen und Wochenendseminare ziehen viele Besucher an. Täglich werden Gruppen durch das Kloster geführt.

Das Kloster Heiligengrabe, das sich in der malerischen Prignitz unweit des Autobahnkreuzes Wittstock/Dosse befindet, hat eine bewegte Geschichte hinter sich. Gegründet wurde es am Ende der Kreuzzeit 1287 als Zisterzienserkloster. Urkundlich erwähnt wird ein „Heiliges Grab“ erstmals im Jahr 1317. Gegen den starken Widerstand der katholischen Nonnen wird die Reformation erst 1548 eingeführt. Schließlich erhebt Friedrich der Große das Kloster 1740 zum evangelischen Damenstift (mit zwei Plätzen für katholische Konventu-

alinnen!). Im Zuge der Vertreibung finden 1946 Diakonissen aus Miechowitz/Oberschlesien mit elterlosen Kindern Aufnahme in der Abtei. Seit 1996 beginnt sich erneut ein Konvent von evangelischen Damen in den alten Klostermauern niederzulassen. Seit 1998 starten umfangreiche Renovierungsmaßnahmen und

Heute wohnen hier wieder Stiftsdamen

der Aufbau eines Museums mit überregionaler Bedeutung. Wer heute das Kloster besichtigt, sieht, wie weit die Renovierung schon fortgeschritten ist. Mauern erstahlen in altem Glanz, 2007 konnte die Renovierung des Kreuzganges abgeschlossen werden, die Abtei ist wieder bewohnt.

Einen besonderen Anziehungspunkt bildet in diesem Jahr die Ausstellung „Sehnsucht nach Je-

rusalem“, die noch bis zum 31. Oktober geöffnet ist. In Kooperation mit den Staatlichen Museen zu Berlin und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz rückt hier die besondere Bedeutung Jerusalems, wo sich das ursprüngliche „Heilige Grab“ in der Grabeskirche befindet, dem Besucher näher. Die Objekte wurden aus mehreren Sammlungsbereichen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zur Verfügung gestellt, darunter Votivbilder, Darstellungen des Heiligen Grabes in ganz Europa und andere Kostbarkeiten.

Die Initiative eines „Interkulturellen Museums“ löst mit dem Stichwort „Jerusalem“ unterschiedliche Assoziationen aus. Juden, Christen und Muslime sind mit dieser Stadt unlösbar verbunden. Aktuell kristallisiert sich an der Stadt der Nahostkonflikt. Immer wieder aber verknüpft sich das Bild Jerusalems auch mit der Hoffnung auf Frieden und Versöhnung.

Hinrich E. Bues

Schäden am Neuen Palais

Schimmel: Decken müssen für Millionen saniert werden

Friedrich der Große war unzufrieden. Er mochte das Neue Palais im Schloßpark von Sanssouci nicht, nannte es eine Fanfaronade (Angeberei). Der Preußenkönig wollte da nicht einziehen, es diente ihm lediglich als Gästehaus. Später wurde das Palais dann aber doch Residenz.

Kronprinz Friedrich Wilhelm zog 1859 mit seiner Familie in das Barockschloß. Wenige Jahre später wurde das Deutsche Reich gegründet, und die Hohenzollern waren nicht mehr bloß Könige von Preußen, sondern Deutsche Kaiser. Friedrich Wilhelm wurde 1888 zu Kaiser Friedrich III. – und sein Sitz im Neuen Palais vorübergehend zu „Schloß Friedrichskron“. Auch seinem Sohn Wilhelm II. diente das Neue Palais als bevorzugte Residenz, bis er 1918 abdanken mußte.

Mit dem Bau des Neuen Palais ist 1763 begonnen worden, also in dem Jahr, in dem der siebenjährige Krieg endete. Fertiggestellt

wurde es sechs Jahre später. Jetzt stehen aufwendige Sanierungsarbeiten an. Die Decken sind mardel. Im oberen Stockwerk liegt ein dicker Marmorboden, der schwer wiegt.

Die Balken können ihn kaum noch tragen. Das liegt nach Expertenmeinung daran, daß das Holz nicht richtig ausgetrocknet

Friedrich der Große mochte es nicht

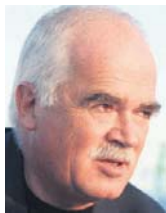
war, das bei dem Bau verwendet wurde. Schwamm und Holzwürmer drangen ein.

Wenn eine Decke kaputt ist, dann können sich die Restaurateure von oben oder von unten an das Problem heranzukommen. In beiden Fällen wird etwas beschädigt: Entweder der Marmorfußboden oder die Deckengemälde. Die Kosten könnten in die Millionen gehen.

Wurde seinerzeit zu schnell gebaut? Das Neue Palais wurde „bereits 1769 fertiggestellt“, meint das Internetlexikon Wikipedia, so als wären sechs Jahre eine kurze Bauzeit gewesen. Die preußischen Bauarbeiter hatten aber für das Schloß Sanssouci nur zwei und für das Schloß Charlottenburg nur vier Jahre benötigt. Berliner Medien mutmaßen gar, es sei „Pfusch am Bau“ im Spiel gewesen.

Na immerhin hat der „Pfusch“ länger gehalten und sieht heute noch besser aus als die allermeisten Nachkriegsbauten, von denen mit hoher Wahrscheinlichkeit kaum welche 200 Jahre unbeschadet überstehen dürften. Auch wenn die jetzt notwendigen Restaurierungsarbeiten teuer und aufwendig werden – bis zum Jahr 2012 soll alles fertig sein. Dann ist der 300. Geburtstag Friedrichs des Großen. Ob renoviert oder nicht – sein Urteil über das Neue Palais wäre heute bestimmt milder als damals. Harald Fourier

Zeitzeugen



Peter Gauweiler - Der 59jährige Rechtsanwalt und CSU-Politiker ist zum Verdrub der Union klagefreudig, wenn es um die EU geht. Bereits gegen den gescheiterten Verfassungsentwurf 2005 reichte er Klage in Karlsruhe ein, nun auch gegen dessen Nachfolger, den Lissabon-Vertrag.

Wolfgang Schäuble - Als Vertreter des Bundesregierung argumentierte der Innenminister für den EU-Vertrag. „Der Vertrag beeinträchtigt die Souveränität der Bundesrepublik nicht“, so der CDU-Politiker. Die EU-Mitgliedsstaaten blieben „Herren der Verträge“. Deutschland übertrage freiwillig Zuständigkeiten und könne sogar jederzeit wieder aus der EU austreten.



Joachim Starbatty - Der Tübinger Europarechtsexperte hat bereits 1997 beim Bundesverfassungsgericht geklagt. Doch seine Klage gegen die Einführung des Euros war nicht von Erfolg gekrönt. Erst vor wenigen Wochen entschied er sich zusammen mit dem früheren CSU-Europapolitiker Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg, dem früheren Thyssen-Chef Dieter Spethmann und dem Wirtschaftsjuristen Markus Kerber für einen erneuten Gang nach Karlsruhe.

Frank-Walter Steinmeier - Der SPD-Kanzlerkandidat betonte als Vertreter der Bundesregierung in Karlsruhe, daß angesichts globaler Krisen kein Mitgliedsstaat der EU sich noch allein behaupten könne. Die EU sei ein neues Instrument des politischen Handelns der Nationalstaaten. Deutschland würde also mit den Kompetenzübertragungen auf die EU, wie sie der Lissabonner Vertrag vorsieht, nicht schwächer, sondern stärker, behauptete der 53jährige, Beobachter fanden Steinmeiers Argumentation jedoch nicht überzeugend. Zu viele, lieblos aneinandergereihte Floskeln, so ihr Urteil.



Udo di Fabio - Sein Nachhaken bei der Anhörung machte die Vertreter von Bundesregierung und Bundestag nervös. Der 1954 geborene Jurist sitzt seit 1999 im Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts. Di Fabio gilt als Mann mit klassisch bürgerlichen Überzeugungen, und er ist für seine Unabhängigkeit bekannt. Im Jahre 2005 verwarf der Zweite Senat unter seinem Vorsitz den Europäischen Haftbefehl.

Berlin auf die Finger klopfen?

Karlsruher Richter beraten jetzt intern über den EU-Vertrag

Die mündliche Anhörung vor dem Bundesverfassungsgericht ist vorbei. Die detaillierten Fragen der Richter während dieser lassen vermuten, daß sie den Lissabon-Vertrag nicht ohne Vorgaben durchwinken werden.

Ob denn alle Beteiligten wirklich über ein und denselben Vertrag sprächen, kam die Frage von Seiten der Richter. Doch die eher scherzhaft gemeinte Frage entbehrte nicht eines tiefen Kerns, denn während Vertreter der Bundesregierung betonten, wie transparent doch der Lissabon-Vertrag sei, bemängeln die Kläger das Fehlen jeglicher Transparenz.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler, die Linke-Fraktion des Bundestages und eine Gruppe um den Tübinger Europarechtsexperten Joachim Starbatty haben das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe angerufen und wollen nun, daß die Richter des Zweiten Senats entscheiden, ob der EU-Reformvertrag von Lissabon grundgesetzkonform ist. Tatsächlich hatten die Richter viele Fragen. Zu viele Fragen, wie so mancher Beobachter meinte. Vor allem Richter Udo di Fabio wurde

von den Befürwortern des Vertrages aufmerksam beäugt. Der Chef der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Martin Schulz, unterstellte ihm bei der mündlichen Verhandlung sogar eine ideologisch motivierte Argumentation. Von di Fabio, in Schulz' Augen ein eindeutiger EU-Skeptiker, habe er ja nichts anderes erwartet, aber auch die anderen Richter, so der SPD-Politiker, hätten Fragen gestellt, die besorgniserregend seien: „Also die Fragen der strafrechtlichen Elemente, die da aufgeworfen worden sind, die Frage des Freiheitszuwachses oder der Freiheitsreduzierung - das hat mich bestürzt.“

Bestürzt reagierte auch Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble. Nachdem er auf die Erfolge der gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik verwiesen hatte, wurde er gefragt, inwieweit es ein Gewinn für die Freiheit sei, wenn der nationale Staat Kernkompetenzen wie Inneres und Justiz an die EU abgebe. Schäuble wich der Frage aus und spielte damit den

Klägern zu, die kritisieren, daß der nationale Staat zu viel Einfluß an Brüssel abgebe.

Auch in anderen Punkten widersprachen die Befürworter und Gegner des Lissabon-Vertrages einander in einem beachtlichen Ausmaß. So ist laut den Klägern das Wahlrecht zum EU-Parlament, das kleine Staaten gegenüber großen wie Deutschland bevorzugt, „kraß demokratiewidrig“ und somit „undemokratischer als das preußische Dreiklassenwahlrecht“. Der Rechtsvertreter des Bundestages, der Berliner Verfassungsrechtler Ingolf Pernice, hingegen unterstellte den Klägern, viel zu sehr in Vorstellungen des 19. Jahrhunderts verhaftet zu sein. Sie sollten aufhören, ständig zu befürchten, die EU würde zu einem eigenen, alle Mitgliedsländer überspannenden Bundesstaat. Die EU sei etwas ganz Neues und deswegen müßten auch die klassischen Kriterien für Demokratie und Souveränität neu gedacht werden. Das zum Neu-Denken durchaus auch

ein Gang nach Karlsruhe gehören kann, scheint den Befürwortern des Lissabon-Vertrages jedoch nicht genehm. Sie fürchten allein die Vorstellung, Karlsruhe könnte das Prestige-Projekt der Großen Koalition unter Führung von Angela Merkel kippen. Überhaupt dürften nur wenige Mitglieder des Bundestages die Einstellung der FDP-Europapolitikerin Silvana Koch-Mehrin teilen. Die ist nämlich überzeugt, daß die Klagen gut seien. „Denn sie führen zur öffentlichen Beschäftigung mit dem, was in Brüssel und Straßburg passiert - und das geschieht in Deutschland noch viel zu wenig.“

Damit, daß die Karlsruher Richter nach den folgenden, internen Beratungswochen den Lissabon-Vertrag von deutscher Seite verhindern, rechnet keiner. Allerdings lassen die vielen Fragen der Richter vermuten, daß sie Einfluß auf die deutschen Begleitreglungen zum Vertrag nehmen werden. So sind Anweisungen zur Auslegung bestimmter, vom Gericht als intransparent eingestufte Vorschriften, einseitige Erklärungen und Protokolle wahrscheinlich. *Rebecca Bellano*

Die Demokratie soll »neu gedacht« werden

Der EU die Grenzen aufgezeigt

Mit dem Vertrag von Maastricht, der am 7. Februar 1992 unterzeichnet und am 21. Dezember desselben Jahres vom Bundestag ratifiziert wurde, ebneten die Staaten der damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG) den Weg zur „Europäischen Union“ (EU). Neu war vor allem der Beschluß zur Wirtschafts- und Währungsunion, der in die Einführung des Euro mündete. Gegen diesen Vertrag erhoben der frühere bayerische FDP-Vorsitzende Manfred Brunner, der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele und andere Klage beim Bundesverfassungsgericht. Begründung: Durch das Vertragswerk werde der Bundestag entmacht, was dem Demokratieprinzip widerspreche. Zudem

Das Urteil zum Vertrag von Maastricht

würden durch die Verlagerung bestimmter Kompetenzen deutsche Grundrechte verletzt.

Einen Großteil der Beschwerden wiesen die Karlsruher Richter 1993 als unzulässig zurück, nicht jedoch die Frage nach dem Demokratieprinzip. Hier mahnten sie in der Zukunft mehr Macht für das EU-Parlament an.

Zudem, und dies wird als entscheidender Passus des Urteils gewertet, stellten die Richter klar, daß die staatliche Souveränität Deutschlands fortbestehe und das Bundesverfassungsgericht somit nicht dem Europäischen Gerichtshof nachgeordnet sei, sondern mit ihm in einem „Kooperationsverhältnis“ stehe. Dabei verbleibe dem Verfassungsgericht die Aufgabe, auch künftig über die generelle Gewährleistung der deutschen Grundrechte zu wachen. Auch steht es nach dem Karlsruher Urteil der EU nicht zu, selbständig ihre Kompetenzen zu Lasten nationaler Zuständigkeiten auszuweiten. Dies bedürfe weiterhin der Zustimmung des nationalen Gesetzgebers. *H.H.*



Die Richter hatten viele Fragen: Der Vorsitzende des Zweiten Senats Andreas Voßkuhle (2.vl.) eröffnete die Prozeßtage.

Bild: ddp

Vielfältige Auswirkungen

Enge Vorgaben aus Karlsruhe hätten Folgen für andere Länder

Wie viele Zuständigkeiten darf Deutschland zu welchen Bedingungen an die EU übertragen? Besteht das Risiko, daß eines Tages die entscheidende Zuständigkeit für die Zuschreibung von Zuständigkeiten - Politologen sprechen von der „Kompetenzen-Kompetenz“ - nach Brüssel abwandert, womit Deutschland seine Souveränität verloren hätte? Und sind die Strukturen der EU demokratisch genug, um - gemessen am Maßstab des Grundgesetzes - soviel Macht ausüben zu können, wie der Vertrag von Lissabon ihnen zubilligt?

Um solche sehr grundsätzlichen Fragen geht es in der Klage gegen den Lissabon-Vertrag, über den vergangene Woche in Karlsruhe zwei Tage lang verhandelt wurde. Wie ernst die Bundesregierung das Verfahren nimmt, hat die hochrangige Prozeßvertretung gezeigt: Zwei Bundesminister kamen nach Karlsruhe, um die teilweise überraschend spitzen Fragen der Hüter der Verfassung zu beantworten. Die Skepsis des Verfassungsgerichts hat viele Gründe. Nicht der unwichtigste: Mit fortschreitender europäischer Integration verliert es selbst Zuständigkeiten an den

Europäischen Gerichtshof in Luxemburg und womöglich sogar direkt an die EU-Kommission. Die Bundesregierung gab und gibt sich dennoch gelassen, denn sie rechnet fest mit einem positiven Urteil. Möglich und sogar wahrscheinlich sind aber Auslegungsvorgaben und andere Bestimmungen, wie sie Karlsruhe bereits in seinem berühmten Maastricht-Urteil von 1993 erließ.

Schon der Termin der Verkündung ist recht sensibel

Ob und welche Auswirkungen solche Vorgaben hätten - sowohl in Deutschland als auch auf den Prozeß der Ratifikation in Tschechien, Polen und Irland, den drei Ländern, in denen dieser Prozeß ebenfalls noch nicht abgeschlossen ist -, wird sich erst nach der Urteilsverkündung sicher beantworten lassen. Fest steht: Ein Nein aus Karlsruhe, so unwahrscheinlich es auch scheint, würde die EU in eine tiefe Krise stürzen. Es wäre eben mehr als „nur“ der To-

desstoß für die als „Verfassungsvertrag“ gestartete große EU-Reform, es wäre die Infragestellung der gesamten weiteren Integration nach innen und außen. Die Reparaturarbeiten nach dem im Frühsommer 2005 in Frankreich und den Niederlanden gescheiterten Verfassungsvertrag waren schwierig genug. Mit dem Nein beim irischen Referendum steckt ja auch das Folgeprojekt, eben der Vertrag von Lissabon, in Schwierigkeiten. Einen dritten Anlauf würde es für viele Jahre nicht geben können.

Die EU müßte dann mit dem bisherigen, reichlich unübersichtlichen „Wust“ an Verträgen weiterarbeiten. Daß das nicht unbedingt zu Deutschlands Vorteil wäre, wissen auch die Kläger, in deren Reihen von der Linkspartei bis zu Peter Gauweiler fast das gesamte politische Spektrum vertreten ist. Da die EU den Vertrag bis Jahresende ratifiziert haben will, ist schon die Frage des Termins der Urteilsverkündung ein Politikum. Ein positives Urteil wird vor der Europawahl am 7. Juni erwartet. Ein späterer Termin würde Spekulationen über ein sensationelles „Nein“ ins Kraut schießen lassen. *K.B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHEENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbefreie, Bücher: Rebecca Bellano; Politik, Wirtschaft: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil: Silke Osman; Geschichte, Ostpreußen heute: Dr. Manuel Ruoff; Heimatarbeit, EDV: Florian Möbius; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.
Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Korschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahltitz, Liselotte Milauer, Jean-Paul Picaper.

Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow. Es gilt Preisliste Nr. 28.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fernharstraße 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung/ Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (L.O.) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der L.O.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer; Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.
Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000, Postbank Hamburg, BLZ 250 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der Preußischen Allgemeinen Zeitung/ Das Ostpreußenblatt werden mit dem Beginn des Abonnementes Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittsklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der Preußischen Allgemeinen Zeitung/ Das Ostpreußenblatt erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der Preußischen Allgemeinen Zeitung/ Das Ostpreußenblatt wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de
Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: paz
Kennwort/PIN: 1855

Noch nie vom Volk gewählt

Die SPD hat den Vorwahlkampf eröffnet - »Frank Steinmeier« ist eine harte Nuß für seine Wahlstrategen

Noch sitzt man in Berlin zusammen am Kabinettschisch, doch gar nicht so insehend wetzen SPD und CDU bereits die Messer gegen den jeweiligen Koalitionspartner. Frank „ohne Walter“ Steinmeier und Angela „Mutti“ Merkel und ihre Parteien befinden sich bereits im Vorwahlkampf - auch wenn sie es offiziell bestreiten.

Der Ort war fein säuberlich ausgesucht: In der Hamburger Handelskammer hat der SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier zum Angriff auf die CDU und Bundeskanzlerin Angela Merkel geblasen - gewissermaßen in der Herzkammer der hanseatischen Kaufmannsherrlichkeit und der Heimat des vorletzten SPD-Kanzlers Helmut Schmidt. „Das Neue Jahrzehnt“ lautete der Titel der Veranstaltung. Zutreffender wäre gewesen: „Direkter Kurs auf die Bundestagswahl“.

Denn die Veranstaltung galt insbesondere der Neupositionierung der Marke Steinmeier - neudeutsch „Branding“ genannt. Bisher zwar beliebt - nicht weiter schwer für einen Außenminister -, aber in den Umfragen doch deutlich hinter Amtsinhaber Merkel. Bisher verbindet die Bevölkerung mit ihm eher einen grauen Ober-Bürokraten, der in gestanzten, oft inhaltsarmen Floskeln über Nahost oder den Weltfrieden diplomatiert, zwar seriös, aber humorlos, uncharismatisch und staubtrocken - „Doktor Atkendeckel“ nannte ihn sogar die ansonsten ihm gegenüber wohlwollende „Süddeutsche“.

Das soll sich nun ändern, und zwar schnell. Steinmeier lernt auf Anraten seiner Berater in der SPD-Zentrale gerade das Wort „ich“, bisher versteckte er sich meist hinter dem teambetonten „Wir“. Er lernt, kurze, an Müntefering erinnernde Hauptsätze zu sagen wie „Sozialdemokraten schlagen sich nicht in die Büsche“, und „Ich weiß, worauf es ankommt“. Er lernt den verbalen Frontalangriff auf die Koalitionskollegen von der Union: „In der Union herrscht Tohuwabohu“ und „Die CSU be-

nimmt sich wie ein pubertierender Halbstarke“. Der bisher fallt-freie Diplomat übt aber auch die klassische SPD-Kuschel-Rhetorik: So wolle er eine „Zeit der ausgestreckten Hand statt der ausgefahrenen Ellbogen“. Im Tonfall war Steinmeier bei öffentlichen Reden ohnehin schon immer verächtlich nah am Schröder-Sound. Ab März dann soll er mit Halbwüchsigen über das Internet chatten - Obamas erfolgreiche Online-Kampagne läßt grüßen.

Der neueste Clou der Parteistrategen: Sie haben dem Frank-Walter den Walter genommen. „Frank und frei“ statt Ver-Walter, kürzer, knackiger, weniger langatmig - das ist die Parole. Außerdem paßt der kurze Name besser auf die Plakate, und die Wähler können sich mutmaßlich zwei Namensteile besser merken als drei - so möglicherweise die dahinterstehende Überlegung (siehe Kommentar auf Seite 8). Das gibt den Blick frei auf ein interessantes Detail: Steinmeier

war bisher noch nie für irgendein öffentliches Amt vom Volk gewählt worden. Er war nie Parlamentarier, war stets in Regierungssäntern im Windschatten von Gerhard Schröder. Erst jetzt bemüht er sich erstmals um ein Bundestagsmandat.

Das hat er übrigens mit dem SPD-Bundesgeschäftsführer, Müntefering-Intimus und Wahlkampfchefstrategen Kajo Wasserhövel gemeinsam. Der war alle die Jahre seinem Mentor durch alle Instanzen gefolgt und kandidiert erst jetzt erstmals für den Bundestag. Die Wendung der SPD zum Wahlkampf, die Neuausrichtung des Außenministers zum Kanzlerkandidaten, die Posse um den verschwundenen Vornamen - all das riecht verdächtig nach Wasserhövels „Kampa“, die allerdings für Gerhard Schröder die Wahlsiege der Jahre 1998 und 2002 eingefahren hat.

Im Schatten dieser Entwicklung kandidiert der SPD-Generalsekretär und formale Wahlkampf-Chef Hubertus Heil. Der war ja 2005 als Kompromißkandidat zwischen Münteferings Wunsch und Wasserhövels der Parteilinken Andrea Nahles ins Amt gekommen. Er konnte das Scheitern gleich zweier SPD-Vorsitzender, Matthias Platzeck und Kurt Beck, nicht verhindern und trägt somit ein Verlierer-Image. Immerhin überlebte er die Scharmützel an der SPD-Spitze aber auch und durfte nun einige nichtssagende offizielle Statements zur Wahlkampfstrategie abgeben - etwa

des Inhalts, daß Kanzlerin Merkel sehr wohl Ziel der SPD-Angriffe, aber nicht Ziel einer Schmutzkampagne werden solle. Man tritt Heil sicher nicht zu nahe, wenn man ihn als Kellner, nicht als Koch der Wahlkampf-Strategie bezeichnet.

Auf der anderen Seite der Arena, bei der Union, ist derweil weiter das Hickhack über die Grundausrüstung der Partei im Gange. Es geht CDU und CSU offensichtlich an die Nieren, daß sie im Zeichen der Krise starke Staateingriffe in die Wirtschaft wie Konjunkturpakete und Bank-Verstaatlichungen beschließen müssen - wo doch noch im Leipziger Programm von 2005 dem Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und der Entfesselung des Marktes das Wort geredet worden war.

Das nun kommende Wahlprogramm wird deutlich mehr auf staatliche Kontrolle der Wirtschaft ausgerichtet sein, obwohl es im Endeffekt zu einer bürgerlichen Politik an der Seite der FDP führen soll. Möglicherweise ein Umkehrschluß aus der Beinahe-Niederlage von 2005: Damals landete man mit marktliberalen Sprüchen in der ungeliebten Koalition mit der SPD. Nun versucht man, im SPD-Wahlerteil zu fischen, um letztlich ein Bündnis mit der FDP hinzukriegen.

Derweil sorgen interne Äußerungen von CSU-Chef Horst Seehofer für Wirbel, der nach außen hin die große Eintracht mit der CDU verkündet. Innerhalb der vermeintlich schützenden Mauern der Münchner Staatskanzlei soll er bei einem Wutausbruch über die CDU geschimpft haben: „Die CDU krost in manchen Ländern bei 20 Prozent run und mokiert sich dreist über unsere 44 Prozent. Wenn wir in Bayern nicht deutlich über 45 Prozent kommen, dann ist Mutti die längste Zeit Regierungschefin gewesen“, zitiert der „Focus“ nach Angaben von Sitzungsteilnehmern. Seehofer dementierte dies umgehend als „Märchen“. Übrigens: „Mutti“ ist Angela Merkels Spitzname auf den Berliner Polit-Fluren. *Anton Heinrich*



Mehr Macher, weniger Bürokrat: Generalsekretär Hubertus Heil und andere Strategen versuchen, Steinmeiers Image zu optimieren.

Bild: ddp

MELDUNGEN

Keine Trendwende

Berlin - Geradezu emphatisch hat Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen einen geringfügigen Anstieg der Geburtenzahlen im Jahre 2008 vermeldet. Tatsächlich stieg die Zahl in den ersten drei Quartalen um 3400, vor allem die über 30jährigen entscheiden sich etwas öfter als bisher für Kinder. Skeptiker verweisen darauf, daß der leichte Anstieg seit Anfang 2007 noch keineswegs eine Trendwende markiert, sondern daß schon öfter in wirtschaftlich guten Jahren die Geburtenzahlen leicht gestiegen sind - etwa Ende der achtziger Jahre oder nach 1995. Die Bundesregierung will die Geburtenzahlen weiter anheben, indem Fruchtbarkeitsbehandlungen wie bis zum Jahre 2004 wieder verstärkt von den Krankenkassen beziehungsweise aus öffentlichen Mitteln gefördert werden. *PAZ*

Freie Wähler treten an

Frankfurt am Main - Im zweiten Anlauf und gegen den Widerstand der Landesverbände Sachsen und Baden-Württemberg haben die Freien Wähler (FW) beschlossen, bei der Europawahl am 7. Juni anzutreten. Als Spitzenkandidatin ist die „CSU-Rebellin“ Gabriele Pauli im Gespräch, nachdem prominente Persönlichkeiten wie Hans-Olaf Henkel und Hans Herbert von Arnim abgesagt hatten. Kritiker der Kandidatur innerhalb der FW befürchten negative Rückmeldungen auf die Kommunalwahlen. Tatsächlich werden die „Freien“ mit diesem Schritt den von ihnen bekämpften Parteien ähnlicher. Ob die FW im September im Bund antreten, ist noch offen. Sorgen dürfte die Entscheidung jedenfalls der CSU machen, die am 7. Juni bundesweit fünf Prozent (das sind in Bayern rund 48 Prozent) erreichen muß, um in das Straßburger Parlament einzuziehen. Das wird nun schwieriger. *K.B.*

Russki-Deutsch (5):

Rubel

Von WOLF OSCHLIES

Kürzlich traf ich bei einem Konzert Giora Feidman, den Nestor der jiddischen Klezmer-Musik. Ich erzählte ihm, daß mir bei seinem ohrwurmigen Klarnettenvortrag ukrainischer Melodien oft die wenig stubenreinen Texte einfielen, die im Original dazu bestünden. Feidman lachte nur, wußte, was für „starker Tobak“ etwa „Bublitschki-rublischki“ ist.

Bublitschki sind kleine Plätzchen, Rublitschki „Rubelchen“, Verkleinerungsform von „Rubel“, der klassischen russischen Münze. 1321 wurde sie erstmalig erwähnt, als ein vom Silberbaren abgehaenes Stück für Zahlungszwecke. Von dem Verb „rubitj“ (abschlagen) kommt auch der Name des Rubels, den erst die Münzreform Peters des Großen 1704 zur alleinigen Währung und Recheneinheit machte.

Seither kennen auch wir den Rubel und verwenden ihn in Rechnungen. Eine fremde Währung „umrubeln“ steht für Umtausch. Und wenn „der Rubel rollt“, dann wird entweder viel Geld ausgegeben oder noch mehr verdient. Im alten „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW), mit dem die Sowjetunion ihre Satel-

iten ausnahm, regierte der „Transfer-Rubel“ als Verrechnungseinheit, der nicht konvertierbar war und im Westhandel keine Rolle spielte. Das gilt auch für Währungen wie den „transnistrischen Rubel“, der in neuen russischen Sezessionsgebieten wie Transnistrien in der Moldowa im Umlauf ist.

Als Sammler osteuropäischer Münzen empfinde ich das als russische Tradition. In monetärer Sicht war das riesige Rußland nie zentralistisch. Im späten 18. Jahrhundert ließ Katharina die Große „sibirskaja moneta“ (sibirisches Geld) prägen, weil das dortige Silber für lange Transporte zu minderwertig war. Landesteile wie das Großfürstentum Finnland von 1809 besaßen Autonomie, die auf Münzen demonstriert wurde: Vorderseite finnisch Wert in „Marka“ und „Penäni“, Rückseite Monogramm des regierenden Zaren. Am schönsten waren die schweren Silber-rubel aus Polen mit einer Umrechnungstabelle auf der Vorderseite („1½ Rublja - 10 Zlot“) und dem Zaren-Doppelpadler auf der Rückseite, mit polnischem Wapen am Flügel. „Geld ist gemünzte Freiheit“ - von wegen!

Unruhe bleibt

Hessen-SPD zankt weiter

In der hessischen SPD kehrt auch nach der verheerenden Wahlniederlage und dem Ende der Ära Ypsilanti kein Friede ein. Einmal hat der neue Fraktionschef Thorsten Schäfer-Gümbel seinen Abgeordneten einen Maulkorb verpaßt: Sie müssen nun Gespräche mit Journalisten bei der Fraktionsführung anmelden. Schäfer-Gümbel nennt das einen „normalen Vorgang“. Außerdem gibt es Streit um den Umgang mit drei der

fraktion in Wiesbaden, die gerade das Kesselstreben gegen Everts und ihre drei Kollegen angezettelt hatte. Everts ist auch in einem anderen Zusammenhang in den Schlagzeilen: Sie stellte Strafantrag gegen ihre Frankfurter „Partei Freundin“ Ulli Nissen. Die Bundestagsabgeordnete hatte mit Blick auf die vier Rebellen öffentlich Mordphantasien ausgebreitet: „Im Mittelalter hat man solche Leute geetert, gefedert und geviertheilt. Gedanklich ein wunderschöner Gedanke.“ Außerdem stieß Nissen speziell gegen Everts die Verwünschung aus, ihr mögen die „Beine abfaulen“. Daraufhin reichte Everts nun die Anzeige ein. Bei ihr direkt habe sich Nissen nicht entschuldigt. *Anton Heinrich*

Everts kann nicht in ihren Job zurück

»Lächerlich«

Subtiles Interview Kardinal Lehmanns

Auch gut vier Wochen nach Aufhebung der Exkommunikation der vier Bischöfe der Piusbruderschaft haben sich die Wogen in der katholischen Kirche noch nicht ganz geglättet. Der Mainzer Kardinal und langjährige Präsident der deutschen Bischofskonferenz Karl Lehmann äußerte in einem Interview zwar viel Verständnis für die Schwierigkeiten des Papstes, sparte aber auch nicht mit kaum verhüllter Kritik. So nannte er „im Grunde fast lächerlich“, daß der höchst umstrittene Bischof Richard Williamson nun bis Monatsende prüfen wolle, „ob der Holocaust stattgefunden hat oder nicht“, erklärte Lehmann. „Auch liberale Leute verstehen nicht, daß man so Katz und Maus mit sich spielen läßt.“

Man - das ist nach Lage der Dinge die Kurie in Rom, ja Papst Benedikt XVI. persönlich. Halb kritisch, halb verständnisvoll meinte Lehmann überdies, er verstehe, daß der Papst im Bemühen um die Einheit der Kirche auf die Piusbruderschaft zugegangen sei. Dazu gehöre, „daß man dabei auch vielleicht etwas riskieren muß“. Für den „unbefangenen Be-

trachter“ falle die Entscheidung Roms in Sachen überlieferte Liturgie und „Karfreitagsbrüthen“ für die Juden „in ein seltsames Licht“. Das habe zwar mit den antisemitischen Äußerungen von Williamson nichts zu tun. „Daß es aber so wahrgenommen werden konnte, das ist schon eine schlimme Sache. Ich muß sagen, es tut mir für den Papst leid, der ja die lautersten Absichten hatte. Aber offensichtlich sind im Vatikan die politischen Zusammenhänge und Verflechtungen zu wenig beachtet worden.“

Die leicht höheren Kirchenaustrittszahlen in Deutschland haben womöglich mehr mit dem Inkrafttreten der Abgeltungssteuer zum 1. Januar zu tun als mit den unvorteilhaften Schlagzeilen der letzten Wochen. Der designierte österreichische Weihbischof Gerhard Maria Wagner hat unterdessen den Papst gebeten, auf seine Ernennung zu verzichten. Gegen seine Berufung hatte es Widerstände bis hin zu einer von der Mehrheit der Linzer Dechanten (Dekane) unterzeichneten Erklärung gegeben. Der Vatikan nahm die Bitte umgehend an, es gibt Hinweise, daß die Initiative von Rom ausging. *K.B.*

MELDUNGEN

USA und China horten Öl

Washington/Peking – Die USA und Peking haben damit begonnen, ihre Notfallreserven für Rohöl aufzustoocken. Die USA erhöhen ihre strategische Reserve um 25 Millionen auf dann 727 Millionen Faß à 159 Liter. China habe kürzlich den Bau von Lagertanks für 100 Millionen Faß beendet und wolle seine Kapazitäten um weitere 150 Millionen Faß ausdehnen, berichten Medien. Experten sehen darin eine logische Reaktion auf den derzeit niedrigen Ölpreis. Zudem gelten die Käufe aber als Hinweis, daß China seine gehorteten zwei Billionen Dollars auszugeben beginnt – womöglich aus Sorge vor einer beginnenden Inflation im Dollar und jedenfalls mit dieser Folge. Denn nahezu alle Experten erwarten einen Wertverfall des Dollar nach innen und außen, sobald die derzeit geschöpften, gigantischen Geldmengen zuwächse in Umlauf kommen. Zu, gemessen am derzeitigen Kurs, überhöhten Preisen versucht China überdies, seinen Anteil an einem der drei größten Bergbaukonzerne der Welt, der britisch-australischen Rio-Tinto-Gruppe, auf 18 Prozent aufzustoocken. HH.

Pakistan läßt Scharia zu

Peshawar – Die pakistanische Regierung hat den radikalislamischen Taliban nachgeben und diesen offiziell erlaubt, im Nordwesten des Landes die islamische Rechtsprechung gemäß der Scharia einzuführen. Damit erkaufte sie sich eine Waffenruhe in dem seit Monaten umkämpften Swat-Tal. Dieses war viele Jahre ein pakistanisches Erholungsgebiet mit dem einzigen Skigebiet im Land, jetzt ist es zur ersten offiziellen Bastion der Taliban geworden. „Wir sind uns darüber im klaren, daß die Taliban versuchen, in Pakistan die Macht zu übernehmen“, hatte der pakistanische Präsident Asif Ali Zardari noch wenige Stunden vor dem Abkommen bekanntgegeben – und ihnen trotzdem dieses Zugeständnis gemacht. Es wird davon ausgegangen, daß dies nicht das letzte gewesen sein dürfte. Bel

Wenig Chancen auf mehr Frieden

Israel steht vor einer schwierigen Regierungsbildung – Sorge vor neuen Konflikten mit den Nachbarn

Israel hat gewählt, und wieder einmal wird die Bildung einer Koalitionsregierung schwierig. Gleich drei Politiker riefen sich nach der Wahl zu Siegern aus, insgesamt zwölf Parteien werden in der neuen Knesset vertreten sein.

Das nationale Lager ist deutlich gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen. Daher werden Oppositionsführer Benjamin Netanjahu die größten Chancen auf den Posten des Ministerpräsidenten eingeräumt. Netanjahus „Likud“-Partei konnte ihre Parlamentssitze von zwölf auf 27 mehr als verdoppeln und liegt nun knapp hinter Außenministerin Tzipi Livnis „Kadima“-Partei mit 28 Sitzen, die einen Sitz verlor. Der dritte „Sieger“, Avigdor Lieberman von der rechtspopulistischen „Israel Beitenu“-Partei machte vier Sitze gut und stellt nun 15 Parlamentarier im israelischen Parlament. Als eindeutigen Verlierer der Wahl läßt sich bisher nur die sozialdemokratische Arbeiterpartei von Verteidigungsminister Ehud Barak ausmachen, die sechs Sitze verlor und nur noch 13 Parlamentarier stellt. Alle anderen Parteien, religiöse und arabische Vereinigungen, konnten nur zwischen drei und neun Abgeordnetenmandate erobern. Damit konnten auch die beiden großen Parteien, Likud und Kadima, jeweils nur weniger als ein Viertel der Parlamentssitze von insgesamt 120 erringen.

Das israelische Wahlrecht zeigt einmal mehr seine Tücken. Durch die niedrige Zwei-Prozent-Hürde können zahlreiche Splitterparteien in das Parlament einziehen und schaffen „Weimarer Verhältnisse“ mit kurzlebigen und schwachen Regierungen. Israels Staatspräsident Schimon Peres ist frei, derjenigen Parlamentsfraktion den Auftrag zur Regierungsbildung zu erteilen, der die größten Erfolgsaussichten

auf eine Koalitionsregierung eingeräumt werden. Ob dies die Kadima-Partei Livnis ist, der Peres selbst angehört, ist keineswegs sicher, obwohl sie die stärkste Fraktion stellt. Livnis Erfolgsaussichten sind klein, da ihr 17 Sitze für die Regierungsbildung fehlen. Weder Netanjahu noch Lieberman werden sich in eine Koalitionsregierung unter Livnis Führung einbinden lassen. Schließlich war Netanjahu aus Protest gegen die Räumung des Gaza-Streifens 2005 aus der Regierungskoalition ausgeschieden. Und genau dieser Entscheidung verdankt er seinen jetzigen Wahlerfolg.

Das Erstarken des konservativen, religiösen und nationalistischen Lagers führen politische Beobachter auf die letztlich gescheiterte Kriegs- und Versöhnungspo-

litik unter Ehud Olmert/Tzipi Livni zurück. Netanjahus „Prophezeiung“ aus dem Jahr 2005, daß nach einem Rückzug aus dem Gaza-Streifen mit der umstrittenen Räumung der israelischen Siedlungen sich ein Raketenhagel auf Israel ergießen würde, traf schließlich

Zwei-Prozent-Hürde sorgt für »Weimarer Verhältnisse«

ein. Allerdings ist die Regierungsbildung auch für Netanjahu schwierig. Bei einer Mehrheit von nur fünf Sitzen erhält jede Splitter-Partei die Möglichkeit, das Zünglein an der Waage zu spielen. Auch die orthodoxe Schas-Partei

mit ihren neun Sitzen ist nicht gerade als einfacher Koalitionspartner bekannt. Wie stabil solch eine rechtsgerichtete Regierung – angesichts des kriegerischen Umfeldes – sein wird oder ob bald wieder Neuwahlen nötig werden, das wagt in Israel derzeit niemand vorherzusagen.

Ausgeschlossen scheint, daß die drei kleinen arabischen Parteien mit zusammen elf Mandaten in die Koalitionsverhandlungen einbezogen werden könnten. Diese islamischen, marxistischen beziehungsweise nationalistischen Splitterparteien, die von der arabischen Bevölkerung Israels gewählt werden, gelten den anderen Fraktionen in der Knesset als „Terroristen“ und Illoyale zum Staat Israel. Vor der Wahl betrieb eine große Koalition der Knesset-Parteien sogar

den Ausschluß dieser Parteien, konnte sich aber schlussendlich mit einem Verbot vor dem Obersten Gericht Israels nicht durchsetzen.

Wer immer der nächste Ministerpräsident ist, die politische Rechte wird ein großes Gewicht in der nächsten Regierung haben. Einen wenn nicht den Schlüssel hält Avigdor Lieberman in der Hand. Die Palästinenser befürchten daher eine Stagnation im Friedensprozeß. Netanjahu will die in Annapolis begonnenen Friedensgespräche mit den Palästinensern erst einmal zur Seite legen. Lieberman ist zwar nicht unbedingt gegen eine Zwei-Staaten-Lösung, will aber den Druck auf Palästinenser und sogar israelische Araber erhöhen. Von letzteren erwartet er eine formelle Loyalitätserklärung gegenüber dem israelischen Staat. Bei Außenministerin Livni hat sich nach dem ersten Jubel der Wahlnacht Ermüchtung eingestellt. Ihrer Partei wurde für eine Regierung der nationalen Einheit unter Netanjahu bereits das Außen- und das Verteidigungsministerium angeboten.

Zurückhaltend bis feindlich fallen die Kommentare zur israelischen Wahl aus dem Lager der Palästinenser aus. Der palästinensische Chefverhandler Sajeb Erekat sagte, Israel habe „für einen Zustand der Lähmung gestimmt“. Er äußerte sich besorgt, daß die neue israelische Regierung „ungeachtet ihrer Zusammensetzung nicht in der Lage sein wird, den Friedensprozeß mit den Palästinensern oder Syrien voranzutreiben“. Hamas-Sprecher Fausi Barhum erklärte, der Wahlerfolg von Livni, Netanjahu und Lieberman zeige, „daß die Zionisten die radikalsten Terroristen gewählt haben. Wir haben nun mit drei Köpfen zu tun, die für Radikalismus und Terror stehen.“ Hinrich E. Bues



Israels Staatspräsident Peres (r.) hat sich das Wahlergebnis anders vorgestellt: Statt seiner Parteichefin Tzipi Livni drängt deren Widersacher Benjamin Netanjahu (l.) auf den Posten des Ministerpräsidenten. Bild: imago

EU wird keine Herzenssache

Prag irrlichtet durch seine Ratspräsidentschaft

Die tschechische EU-Ratspräsidentschaft ist in schwerem Fahrwasser: Der von den Grünen nominierte, christlich-konservative und proeuropäische Außenminister Karl zu Schwarzenberg versucht, das EU-Schiff auf einen einheitlichen Kurs gegen die Rezession zu manövrieren. Gleichzeitig macht er immer wieder deutlich, daß er wenig von seinem Job hält und vergleicht in Interviews Diplomaten mit Huren. Premierminister Mirek Topolánek von der Bürgerpartei ODS muß sich gegen die starken Protektionismus-Tendenzen der Franzosen wehren, die Prag innerhalb der EU nicht ganz ernst nimmt. Frankreich will unter anderem den Bau französischer Autos in der Tschechischen Republik bremsen. Und Präsident Václav Klaus irrlichtet als nationaler Gralshüter der freien Marktwirtschaft, boykottiert Treffen mit der EU-Kommission und bezeichnet EU-Gipfel sinnig als unnötig.

Derweil steht die Regierungspartei ODS vor einer Spaltung: Der heimliche Parteiguru Klaus und die Seinen sind offen gegen die EU,

der Topolánek-Flügel unterstützt weiter den Ansatz, die EU in der Krise zu stützen. Die Abstimmung im Senat über den in Prag höchst umstrittenen Lissabon-Vertrag, den EU-Verfassungs-Ersatz, wurde zu nächst auf April verschoben – eine weitere Schwächung durch eine vermutete Ablehnung kann sich die Ratspräsidentschaft derzeit nicht leisten.

Zahlreiche Gipfel stehen bevor

Immerhin haben die tschechische Regierung und das Parlament nun ein 2,4 Milliarden Euro schweres Konjunkturpaket mit Kredithilfen für kleine Unternehmen, Investitionen in energiesparende Bauten und Straßenbau sowie Senkung der Sozialabgaben auf den Weg gebracht – angesichts desolater Staatsfinanzen und der massiv angegriffenen Landeswährung Krone ein riskantes Unterfangen.

Unterdessen verbreitet die tschechische Ratspräsidentschaft eine ungeheure geschäftige Hektik: Vol-

le drei EU-Gipfeltreffen zur Finanz- und Wirtschaftskrise innerhalb von drei Monaten bereitet sie vor, dazu kommt noch der G20-Gipfel in London. Bereits am 1. März sollen die EU-Staatenlenker in Brüssel über die Rettung angeschlagener Banken beraten, drei Wochen später folgt der reguläre EU-Gipfel, Anfang April das G20-Treffen, und im Mai plant die EU einen weiteren Sondergipfel zu Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in Prag. Damit können die Tschechen aber nicht zunehmende kritische Stimmen aus Brüssel zum Schweigen bringen. Neuerdings kritisieren auch Sozialdemokraten wie der Chef des Verfassungsausschusses im EU-Parlament, Jo Leinen, die Euroskeptiker in Prag: Sie seien offenbar noch nicht richtig in der EU angekommen: „Es gibt in Prag Elemente, die gar nichts verstehen wollen. Da fragt man sich, warum sind die überhaupt Mitglied geworden in der EU?“

Und damit sind gar nicht die völkischen und EU-rechtswidrigen Benesch-Dokumente gemeint. Von deren Aufhebung spricht derzeit niemand in Prag. Anton Heinrich

7000 verlassen die Armee

Russische Regierung will die Armee reformieren

Als Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow vergangene Woche in der Duma über den Zustand und die geplante Reform der russischen Streitkräfte sprach, sah er sich mit unangenehmen Fragen der Opposition konfrontiert. Vor allem ging es um die Finanzierung des Vorhabens jetzt in der Krise, nachdem die Reform schon in besseren Zeiten nicht umgesetzt werden konnte.

Fast gleichzeitig war in den Zeitungen zu lesen, daß 7000 Zeitsoldaten, die sich zum Teil für mehrere Jahre zum Militärdienst verpflichtet hatten, den Dienst vorzeitig quittierten. Nach russischem Recht ist das eine Straftat, und in diesem Zusammenhang sprechen die Militärbehörden auch davon, daß die Hälfte aller Vergehen im Militärdienst Pflichtversummisse seien. Zu den Deserteurern zählen nicht nur einfache Soldaten, sondern immer öfter auch Berufsoffiziere. Als Gründe werden die schlechte Versorgung der Armee mit dem Lebensnotwendigsten sowie schlechte Bezahlung und mangelhafte technische Ausrü-

stung genannt. Während der Durchschnittslohn im Land bei umgerechnet knapp 400 Euro liegt, erhalten Zeitsoldaten nur rund 175 Euro Sold. Selbst in Krisengebieten wie Tschetschenien sind es nur rund 300 Euro.

Im vergangenen Jahr stieg vor allem unter den Offizieren die Kriminalität. Es wird von Diebstahl aus Habgier berichtet und

In zwei Jahren zur Berufsarmee

von der Entwendung von Militäreigentum. Rekruten, die zum Wehrdienst eingezogen wurden, klagten über Mißhandlungen und Erpressungen seitens der Offiziere, die sie ausbilden sollen.

In Zukunft sollen weniger Zeitsoldaten, die seit der Reform von 2004 überwiegend aus den Reihen der Wehrpflichtigen rekrutiert wurden, in die Armee aufgenommen werden. Diejenigen, die freiwillig zur Armee gehen, stammen in der Regel aus der Unterschicht und haben meist keine

Ausbildung. Serdjukow hatte schon im vergangenen Herbst angekündigt, daß die Armee reformiert werden soll, die Armee reformiert werden soll, die Armee reformiert werden soll. Insgesamt dienen 1,8 Millionen Menschen in der russischen Armee, einschließlich der Zivilangestellten. Bis zum Jahr 2020 soll diese Zahl auf 1,1 Millionen reduziert werden. Im neuen „Zielprogramm“ der Russischen Föderation für die Modernisierung der Armee, das für die Jahre 2009 bis 2015 verabschiedet wurde, ist die Ausrüstung mit modernen Waffensystemen, die Anhebung der Besoldung der Offiziere in Schlüsselpositionen auf West-Niveau sowie eine bessere Versorgung – auch im Ruhestand – vorgesehen. Laut Reformplan ist außerdem der Übergang zur Berufsarmee vorgesehen. Die allgemeine Wehrpflicht von zur Zeit einem Jahr würde damit entfallen. Die Regierung hat für dieses Programm in diesem Jahr umgerechnet 530 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Opposition bezweifelt indessen, daß damit die angestrebten Ziele zu erreichen sind. MRK

Spiel mit vielen Unbekannten

US-Finanzminister Timothy Geithner: Sein Bankenrettungsplan hinterließ viele besorgte Gesichter

Mit bis zu 1000 Milliarden Dollar will Obamas Finanzchef die US-Banken von ihren faulen Papieren befreien. Die Zweifel wachsen.

War er einfach nur schlecht vorbereitet, oder tappt Timothy Geithner im Dunkeln, ohne Plan? Die Reaktionen auf den ersten großen Auftritt des frischgebakkenen US-Finanzministers standen in krassem Kontrast zu den Jubelsprüngen, die die Wall Street aufführte, als Barack Obama den Ex-Chef der New Yorker Fed vergangenen November zum künftigen Finanzminister ausrief. Kurz nachdem Geithner letzte Woche seinen Bankenrettungsplan vorgestellt hatte, sausten die Börsenkurse in die Tiefe.

Der Bush-Regierung hatte Obama vorgeworfen, bei ihren Maßnahmen zur Stabilisierung des schwer angeschlagenen Finanzwesens zu sehr an der Oberfläche zu kratzen. Statt dessen müsse man das Problem an der Wurzel packen. Und der weltweit gefeierte Hoffnungsträger erweckte durch sein emsiges Treiben in den Wochen zwischen seiner Wahl und dem Amtsantritt am 20. Januar tat-

sächlich den Eindruck, vom ersten Tag an perfekt vorbereitet ans Werk gehen zu können.

Was sein Finanzminister nun vorstellte, blieb aber anders als erhofft sehr im Ungenauen. Details, so Geithner, würden später nachgeliefert. Soviel ließ er immerhin wissen: Die US-Regierung will 500 Milliarden Dollar mobilisieren, um unverkäufliche, „giftige“ Wertpapiere aufzukaufen und in einer sogenannten Bad Bank zu lagern. Dazu sollen, und das ist der Kniff, nicht nur Steuergelder fließen. Auch Privatinvestoren sollen sich beteiligen. Zudem sollten die schlingernden Geldinstitute einem „Strebtest“ unterzogen werden, um herauszubekommen, welche überhaupt noch gerettet werden können und wo jeder weitere Steuer-Cent ohnehin verloren wäre. Soll-

ten die 500 Milliarden nicht reichen, peilt Geithner auch eine Verdoppelung des zu mobilisierenden Kapitals auf eine Billion an.

Zudem soll die US-Notenbank Fed ihr Programm zur Ankurbelung des Kreditflusses an Kleinunternehmer und Verbraucher von derzeit 200 Milliarden Dollar auf

kosten ohne Ansehen des Instituts die Bilanzen ausmistet, indem sie ihnen all die verbrieften Ramschkredite und andere praktische unverkäuflichen „Vermögenswerte“ abnimmt.

Aber: Kann Geithners Plan überhaupt aufgehen? Die Frage ist: Wie will er private Investoren dazu

Wertpapiere, die in den US-Bankenbilanzen schlummern, kursieren sehr unterschiedliche Zahlen, unter einer Billion Dollar liegt keine der Schätzungen mehr. Und die Summe wächst mit der Krise: Je mehr beliebte Sachwerte wie Häuser oder Fabriken an einlösbarer Marktwert verlieren, desto

Besorgte Ökonomen warnen überdies davor, daß sich die Industriestaaten insgesamt, also bei weitem nicht nur die USA, mit ihren gigantischen Bankenrettungs- und Konjunkturprogrammen verheben könnten. Es sei ein heikles Spiel auf Zeit, das nur gut gehen könne, wenn die Volkswirtschaften in absehbarer Zeit wieder anspringen. Und die bisher ausgestreuten Steuer-milliarden hätten erstaunlich wenig bewirkt.

Indes mehren sich die Stimmen, die von einer längeren Dauer der Krise ausgehen, vielleicht gar von mehreren Jahren. Das aber hieße, daß die Banken in der EU zusammengekommen auf einem Berg von maroden Wertpapieren im Nennwert von rund 18 Billionen Euro („16,3 trillion pounds“) sitzen. Das überträte das Bruttoinlandprodukt der gesamten EU, das 2008 knapp 13 Billionen Euro erreicht hat. H.H.

MELDUNGEN

»Daily Telegraph« meldet Abgrund

London – Nach einem Bericht der renommierten britischen Tageszeitung „Daily Telegraph“ kursiert beim jüngsten Treffen der EU-Finanzminister ein „17seitiges Geheimpapier“, nach dem ein erneuter Großrettungsplan für strauchelnde Banken etliche EU-Staaten an den Rand des Ruins treiben könnte. Die Finanzmärkte machten sich bereits Sorgen, ob Länder wie Großbritannien, Spanien, Griechenland, Portugal, Irland und Italien ihre Schulden noch zurückzahlen könnten, so das konservative Blatt. In einem Verweis auf seiner Internetseite meldet der „Telegraph“, daß die Banken in der EU zusammengekommen auf einem Berg von maroden Wertpapieren im Nennwert von rund 18 Billionen Euro („16,3 trillion pounds“) sitzen. Das überträte das Bruttoinlandprodukt der gesamten EU, das 2008 knapp 13 Billionen Euro erreicht hat. H.H.

Abwrackprämie als Bumerang

Berlin – Kenner der Autobranche und Marktforscher fürchten, daß die derzeit gefeierte Abwrackprämie für Altwagen dem deutschen Automarkt mittelfristig mehr schadet als nützt. Laut einem Bericht der „Wirtschaftswoche“ gehen Beobachter davon aus, daß die jetzt entfesselte Nachfrage im Jahre 2010 für einen selbsttragenden Aufschwung fehlen werde. Viele für später geplante Käufe würden jetzt nämlich nur vorgezogen. Die Geschäftsführer des Marktforschungsunternehmens Dataforce, Angela Böhm, fürchtet zudem um die Preise: „Die Leute haben jetzt im Kopf, daß man für 5000 Euro einen neuen Kleinwagen bekommt. Das wird dauerhaft die Preise ruinieren.“ Vor allem die Hersteller teurer und größerer Fahrzeuge würden den Preisdruck zu spüren bekommen, weil die Prämie den Trend zum Kleinwagen künstlich verstärkt, heißt es weiter. Überdies würden die Preise für Gebrauchtwagen durch die Abwrackprämie unter Druck geraten. H.H.



Die letzte Patrone verschossen? Obamas Finanzminister Timothy Geithner (r.) wirkt bedrückt.

Bild: pa

eine Billion erweitern. Außerdem will Geithner von Zwangsversteigerung bedrohten Hausbesitzern stärker unter die Arme greifen. Ausführungen dazu, wie das genau geschehen soll, blieb er schuldig.

Beobachter vermuten indes, daß es weniger die Ungenauigkeit Geithners war, welche die Enttäuschung auf dem Parkett ausgelöst habe. Vielmehr habe die Forderung an private Investoren, vornehmlich Banken, sich an der Finanzierung der „Bad Bank“ zu beteiligen, für die Enttäuschung an der Wall Street gesorgt. Zudem sei die Ankündigung eines „Strebtests“ mit Beklemmung aufgenommen worden.

Offenbar hatten sich die Finanzdienstleister auf eine „Bad Bank“ gefreut, die ihnen auf Steuerzahler-

bringen, sich am Kauf „ausgebombter“ Wertpapiere zu beteiligen? Wer kauft so etwas? Am Ende, so wird befürchtet, müßte er sie mit staatlichen Garantien für den Fall locken, daß die Papiere wertmäßig am Boden bleiben und

»Irgendwann ist Zahltag«

nicht, wie erhofft, irgendwann – womöglich sogar mit Gewinn – wieder verkauft werden können. Das aber hieße abermals: Fällt Gewinn an, geht ein Großteil davon in private Hände, gibt es nur Verluste zu verteilen, bliebe der Staat allein darauf sitzen.

Über den Gesamtumfang der unter die Räder gekommenen

mehr Kredite und Kreditderivate fallen unter die Kategorie „toxisch“.

Die schärfsten Kritiker zweifeln indes die ganze Richtung an. Ziel des Bankenrettungsplans sei es schließlich, die Institute wieder zu mehr Risikofreude bei der Kreditvergabe zu ermuntern. Die Kritiker weisen darauf hin, daß es gerade die Fahrlässigkeit beim maßlosen Geldverleihen gewesen sei, die in die derzeitige Krise geführt habe. Wenn die Banken nun vorsichtiger würden, sei dies erstens eine Lehre aus den vergangenen Fehlern und zweitens eine logische Folge der Rezession, und nicht deren Ursache. In Zeiten grassierender Firmenzusammenbrüche und Privatinsolvenzen schaue jeder verantwortungsbewußte Bankier eben zweimal hin, wem er Kredit gibt.

Notfallpläne

Irland benötigt offenbar dringend Hilfe

Bei der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt und in der EU-Administration in Brüssel wird seit Wochen darüber beraten, wie EU und EZB auf den Staatsbankrott eines Mitgliedslandes reagieren sollten. Mehrere EU-Staaten drohten in die Insolvenz zu gleiten, heißt es.

Zwar verbietet es der EU-Vertrag, daß die EZB oder ein anderer EU-Staat einem Pleitekandidaten direkt aus der Patsche hilft.

Doch wird offenbar an Konzepten gearbeitet, wie diese Regel im Ernstfall zu umschiffen wäre.

Als denkbares Szenario gilt, daß die EZB oder nationale Zentralbanken Staatsanleihen des wankenden Staates kaufen. Damit würden die Zentralbanken praktisch direkt den ins Trudeln geratenen Staat finanzieren: Über Staatsanleihen finanzieren die Regierungen ihre Etat-Defizite, auch Deutschland rührt derzeit heftig die Werbetrommel für Bundeswertpapiere. Der Kauf sol-

cher Papiere durch die Notenbank gilt unter Ökonomen als Todsünde, denn er kommt einer Politik des Gelddrucks gleich. Analysten mahnen, daß dies einer späteren Inflation, die aufgrund der derzeitigen Niedrigzinspolitik ohnehin befürchtet wird, weitere Nahrung geben könnte.

Als heißer Kandidat für ein baldiges Eingreifen von EU und EZB wird derzeit Irland gehandelt. Aus Finanzkreisen verlautet, daß ein „Aktionsplan“ für die Insel unmittelbar nötig sei.

Um seine Staatspapiere überhaupt noch am Kapitalmarkt loszubekommen, muß das vor kurzem noch boomende Irland schon jetzt horrende Zinsaufschläge zahlen. Und es könnte noch viel schlimmer kommen: Die Rating-Agentur Standard & Poor's erwägt, die Bonität Irlands herunterzustufen. Damit würden sich die Kosten für die Herausgabe irischer Staatsanleihen noch einmal deutlich erhöhen. H.H.

Sargnagel der Weltwirtschaft

Der Protektionismus geht um: Nicht nur Exportland Deutschland drohen schwere Schläge

Der Befund könnte nicht beunruhigender sein: Im Dezember verzeichneten die Auftragsbücher deutscher Maschinenbauer 40 Prozent weniger Orders als im Vorjahresmonat, bereits im November reduzierten sie sich um rund 30 Prozent. Die Binnennachfrage sank um mehr als ein Drittel, die des Auslands um mehr als zwei Fünftel – seit 1958 waren die Bestellungen in einem Quartal nicht mehr derart eingebrochen.

Die globale Finanzkrise hat den Maschinenbau erreicht, das Rückgrat der deutschen Industrie. Noch zu Krisenbeginn im Oktober rechnete die Branche hierzulande nur mit stagnierender Produktion, nun sollen sieben Prozent wegbrechen. Die Folgen für den Arbeitsmarkt zeichnen sich erst schemenhaft ab: 25 000 Arbeitsplätze fallen 2009 der Flaute zum Opfer, heißt es nunmehr, davon allein 10 000 durch Insolvenzen.

Dennoch gibt sich die Branche unverdrossen optimistisch: Man solle den momentanen Produk-

tionsausfall nicht als Prognose für das laufende Jahr betrachten, es gebe Kurzarbeit, vorerst würden nur Leiharbeiter entlassen, und nicht zuletzt habe man auch aus vergangenen Krisen gelernt: Noch nie sei die Eigenkapitalquote der Betriebe mit durchschnittlich 34 Prozent so hoch gewesen, das helfe vor allem den großen Unternehmen, die Durststrecke zu überbrücken: „Uns ist, was die mittel- und langfristige Zukunft des Maschinen- und Anlagenbaus angeht, nicht bange“, sagte Manfred Wittgenstein, Chef des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), in der vergangenen Woche, „wir sind gut aufgestellt“.

Grund also, sich zu entspannen in einer angespannten Situation? Unbestritten zählen die deutschen Maschinenbauer zu den innovativsten der Welt und verfügen vor allem im Bereich von Textil- und Druckmaschinen schon

jetzt über Entwicklungen, die auch in Zukunft auf große Nachfrage stoßen dürften. Jedoch produziert die Branche zu drei Vierteln für den Export und ihr Boom in den vergangenen fünf Jahren ging vor allem auf den großen Bedarf in Rußland, China oder Indien zurück – aber gerade dort lauert im Moment der Krise das Gespenst des Protektionismus: Schon seit Jahren kursiert die Rede von Pekings „ökonomischem Nationalismus“. Europäer und Amerikaner monieren dürftige Marktzugänge und unfaire Geschäftsgebahren. Moskau will jetzt die Einfuhr von Stahlprodukten und Landwirtschaftsmaschinen verteuern, und was Neudehli anbelangt, so besteht die Gefahr von Protektionismus der besonderen Art: Zwar darf Indien als WTO-Mitglied Einfuhrzölle nicht unbegrenzt erhöhen, allerdings erhob es wie viele andere aufstrebende Länder in der Praxis

Zölle, die weit unter denen liegen, die in den Verträgen zugelassen sind. Es könnte seinen Durchschnittslohn um ungefähr 15 Prozent anheben – ohne damit verträglich zu werden. „Die Schwellenländer könnten Sorgen bereiten“, sagte Rolf Langhammer, Vizepräsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. „Wenn sie als Wachstumstreiber ihre vertraglichen Zölle ausschöpfen, haben wir ein Problem.“ Die Folgen für den deutschen Maschinenbau, einer stark exportabhängigen Branche, wären katastrophal.

Dabei schadet Protektionismus auch seinen eigenen Verursachern: So erwies sich der „Smooth-Hawley Tarif Act“ zum Schutz der US-Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz aus dem Jahre 1930 als schlimmes Eigentor. Nachdem ihn Präsident Herbert Hoover unterzeichnet hatte, brach der Welthandel auf Dollarbasis bis Anfang 1933 um zwei Drittel ein – und verstärkte somit den Einbruch der Weltwirtschaft nach dem Börsenkrach vom Oktober 1929. Michael Böhm

EU-Regeln sollen umschiffen werden

Dem Land dienen

Von Konrad Badenheuer

Eigentlich hat die Union beste Voraussetzungen, von der aktuellen Lage politisch zu profitieren: In Zeiten der Krise haben sich die Deutschen – verantwortungsbewußt, wie sie letztlich sind – bisher immer um ihre Regierung geschart.

folge an den Wahlurnen „auszuschmieden“, im Gegenteil: In hellen Scharen verlieren sie Wähler an die Liberalen und an das graue Lager der Nichtwähler. Die nächsten drei Monate entscheiden, ob diese Entwicklung, die dem Land letztlich nur schaden kann, so weitergeht.

Tragische Figur

Von Hinrich E. Bues

Außenministerin Tzipi Livni gilt als verständigungsbereiteste unter den Spitzenpolitikern in Israel, aber wahrscheinlich wird sie nicht Ministerpräsidentin.

Gerhard Schröder oder Heide Simonis in den Sinn. Alle drei wollten oder konnten nicht begreifen, daß ihre Hoffnungen zerplatzt waren wie die Seifenblasen im Wind.

Am Beginn des Prozesses vor dem Hamburger Schwurgericht gegen den 24jährigen Ahmad-Sobeir Obeidi, der seine jüngere, erst 16 Jahre alte Schwester kaltblütig abgestochen hatte wie ein Stück Vieh, saß die ganze Familie des Mörders, die ja zugleich die Familie des Mordopfers ist, verhältnismäßig ruhig in dem für sie abgesperrten Zuschauererraum.

Was hatten die Angehörigen des Mörders erwartet? Hatten sie ein anderes Urteil erwartet von einem deutschen Gericht, für einen Mord, an dessen Heimtücke und langer Vorbereitung kein Zweifel bestand?

Mein Gott, Walter!

Von Anton Heinrich

Namen sind nicht nur Schall und Rauch, sondern Namen machen Leute. Die Weisheiten zu diesem Thema sind Legion: „Wer den Namen hat, hat den Menschen“, sagt ein afrikanischer Spruch.

Wahlstrategen der SPD ihn nur knapp als „Frank Steinmeier“. Sogar Hillary Clinton von den befreundeten US-Demokraten spielt brav mit und nennt den Bundesaußenminister seit kurzem vertraulich-intern nur noch „Frank“, heißt es in Berlin.

gen vielleicht eher nach Vergangenheit als nach Zukunft, so die Sorge der Strategen. Dabei hat doch der Name Walter eine respektable Geschichte und eine speziell für Bundeskanzler in spe bemerkenswerte Urbedeutung: Einst althochdeutschwüchsig noch mit der Bedeutung „Herrscher“ gestartet, assoziierten heute die jungen Leute bewiesentlich noch ihren Opa damit – befürchtet offenbar die SPD. Eine Partei, die gestalten statt verwalten will – kann die sich einen Kandidaten namens Walter leisten? Noch dazu, wenn der sovie- eher die Ausstrahlung eines Dr. Aktendeckel hat? Die SPD-Werbestrategen meinten: Nein. Und stri-

Nach dem Styling werden Politiker jetzt umbenannt



Wie aus einer anderen Welt: Die Eltern von ihrem Bruder Ahmad-Sobeir ermordeten Morsal im Hamburger Ehrenmord-Prozess: Vater und Mutter Obeidi brannten nach der Urteilsverkündung einmal mehr die Sicherungen durch, denn sie fanden die Ermordung ihres einen Kindes durch das andere in Ordnung. Seltener wurde bei diesem Prozess die Frage gestellt, wer die Verantwortung dafür trägt, daß solche Leute nach Deutschland einwandern durften.

Bild: ddp

Wenn niedrigere Motive zur »Ehre« stilisiert werden

Von KLAUS RAINER RÖHL

Ein Zwölfjährige, neu, gegen einen VW Golf, gebraucht. Allein in Berlin wurden im letzten Jahr 230 Fälle von Zwangsehen registriert, mit einer weit höheren Dunkelziffer. Die meist schon eingebürgerten Mädchen werden von ihren Eltern zu diesem Zweck von der deutschen Schule abgemeldet und ins Mutterland gebracht, dort kriegen sie ihren Mann „verpaßt“, den sie oft gar nicht kennen. Sie kommen wieder nach Deutschland zurück und leben nun das Leben als türkische Ehefrau.

Es geht um Besitzrechte: Gebrauchter VW Golf für unbescholtene Jungfrau. Zentrum und groteske Zuspitzung dieser zutiefst frauenfeindlichen Moral war Afghanistan unter der Herrschaft der Taliban, die zur Zeit dabei sind, ihre verlorene Herrschaft über das Land wieder zurückzubomben und -morden. Auch mit Selbstmordanschlägen. Dafür, daß diese barbarischen Bräute nach einem Sieg der Taliban nicht wieder eingeführt werden, kämpfen unsere Bundeswehrsoldaten mit den USA und vielen anderen Verbänden in Afghanistan.

Der Vater des Mörders und der von ihm ermordeten Schwester Morsal hat selber als Pilot auf russischer Seite gegen die Taliban gekämpft. So fand er als Flüchtling mit seiner Familie Aufnahme in Deutschland. Seinen überkommenen, frauenfeindlichen Moralbegriffen hat das keinen Abbruch getan. Wir aber müssen ihm und seiner Familie und allen Zuwanderern unmißverständlich klarmachen, daß sie als Gäste das Recht ihres Gastlandes zu respektieren haben oder jeden Anspruch auf weiteren Aufenthalt verlieren. Das würde für Rechtsbrecher ohne deutschen Paß sofortige Ausweisung bedeuten. Und auch – soweit das beispielsweise bei Besitzern zweier Pässe möglich ist – die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft.

Mehr über den Islamisten unter www.klausraineroehl.de

Moment mal!



Der Angeklagte tötete aus reiner Intoleranz heraus

Der Angeklagte tötete aus reiner Intoleranz heraus, weil der Angeklagte, so die Urteilsbegründung, „der Ansicht war, Morsal beschmutze ihre sogenannte Ehre und die ihrer Familie ... Er warf ihr vor, ihre Kleidung verhülle ihren Körper nicht genügend, sie schminke sich zu stark und pflege heimlich Umgang mit Männern ... Morsals Unglück war, daß sie eine Frau war. Der Angeklagte tötete sie aus reiner Intoleranz.“

Das Wissen der Welt erschließen

Google und andere Internetanbieter wollen Millionen Bücher erfassen und ins Weltnetz stellen

Bis zum Jahr 2015 möchte die Internetsuchmaschine Google 15 Millionen Bücher (das sind umgerechnet 4,5 Milliarden Seiten) gescannt haben, um sie ihren Nutzern aus aller Welt im Internet anzubieten. Ein gewaltiges Vorhaben, das neben ungeahnten Chancen allerdings auch Schwierigkeiten birgt.

Was sich unglaublich anhört, ist zunächst ganz einfach. Über bestimmte Suchworte können Buchseiten gefunden werden. Sofern die Texte urheberrechtlich frei sind und keine Einschränkungen durch Verlage oder Bibliotheken vorliegen, können die Buchseiten vollständig eingesehen werden. Liegen allerdings urheberrechtliche Beschränkungen vor, dann sind nur Textauszüge zu finden. Die Buchsuche per Mausklick soll helfen, Bücher bei Google zu entdecken und zu erfahren,

Autoren sorgen sich um ihre Rechte

wo man sie kaufen oder ausleihen kann. Weiterführende Links wie Rezensionen, Kauf- und Ausleihmöglichkeiten sind verbraucherfreundlich. Die Vision: Eines Tages sollen Millionen Bücher im Volltext verfügbar sein. Wissenschaftliches Arbeiten könnte dadurch revolutioniert werden.

Allerdings fühlen sich deutsche Autoren dabei bisher nicht gut behandelt, sie fürchten um ihr Urheberrecht. Google hat bislang rund sieben Millionen Bücher aus US-amerikanischen Bibliotheken digital erfasst. Der amerikanische Autorenverband Authors Guild sowie die Association of American Publishers haben im vergangenen Herbst ihren Urheberrechtsstreit mit Google gegen eine Zahlung von 125 Millionen Dollar beigelegt und so den Weg für eine umfassende Online-Suche auch in geschützten Büchern und Texten

freigemacht. Google forderte damals Verlage und Autoren aus Deutschland auf, ihre Rechte in den USA anzumelden. Unter den sieben Millionen Büchern, die unter diese Vereinbarung fallen, sind immerhin Zehntausende deutschsprachige Buchtitel.

Ein Viertel der 125 Millionen Dollar soll laut Gerichtsbeschluss für die Einrichtung eines Registers für Buchrechte verwandt werden. Dort können Autoren und Verlag eintragen lassen, ob sie den Ver-

Diese Lösung ist den europäischen Autoren nicht genehm. Sie suchen nach einem eigenen Weg. Neben der Verwertungsgesellschaft Wort (Die VG Wort wurde 1958 auf Betreiben des damaligen „Verbandes deutscher Schriftsteller“ gegründet und verwaltet die Tantiemen aus Zweitnutzungsrechten an Sprachwerken auch von Funk und Fernsehen in Deutschland) und dem Börsenverein des deutschen Buchhandels wollen sich nun auch der Verband

Vielfalt Europas in Büchern, Musik, Bildern, Fotos und Filmen für alle Bürger über ein einziges Online-Portal per Mausklick zugänglich machen (www.europaana.eu). „Die Digitalisierung von Kulturwerken kann den Europäern Zugang zu den Beständen ausländischer Museen, Bibliotheken und Archive geben, ohne daß sie sich dazu auf Reisen begeben oder in Hunderten von Seiten nach der gewünschten Information blättern müssen“.

Digitalisierungsbemühungen auf nationaler Ebene zu koordinieren, zum Beispiel durch Verwendung gemeinsamer Formate und Standards, und dabei Doppelarbeit zu vermeiden: Goethes „Faust“ oder Victor Hugos „Les Misérables“ sollten schließlich nur einmal und nicht 27mal digitalisiert werden.“

Sie könne sich durchaus vorstellen, so Reding, daß auch Texte auf Nordfriesisch oder Sorbisch Aufnahme finden. „Persönlich hoffe ich, daß bald auch Werke in meiner Muttersprache Lëtzebuergesch in digitaler Form verfügbar sein werden.“ Da bleibt zu hoffen, daß man in Deutschland die Mundarten aus den Verbreitungsgebieten wie das ostpreussische Platt oder Schlesisch nicht vergißt.

120 Millionen Euro läßt sich die EU dieses Projekt kosten. Bis 2012 soll das Portal zehn Millionen Exponate umfassen und in allen 23 offiziellen EU-Sprachen verfügbar sein. Daß allerdings Bibliotheken und Museen um Besucher bangen müssen, da es dann vom heimischen Sofa aus möglich sein wird, die Mona Lisa in Paris zu bestaunen oder eines der in alle Welt verstreuten Gemälde von Lovis Corinth, bleibt zu bezweifeln.

Angesichts von 2,5 Milliarden Büchern, die es allein in Europas herkömmlichen Bibliotheken gibt, ist das Projekt noch weit entfernt von einer umfassenden Wissensdatenbank. Und in der bildenden Kunst bleibt zu sagen: Das Original ist nicht zu schlagen. Um erste Eindrücke zu gewinnen aber ist das Internet eine Lösung.

Silke Osman



Am Computer: Mona Lisa zu Hause bewundern oder Goethes „Faust“ lesen

Bild: bernetblog

gleich ablehnen, die digitale Verwertung ihrer Werke durch Google billigen oder aber auf der Entfernung bereits gescannter Texte bestehen. Bei Zustimmung sollen sie an der kommerziellen Nutzung mit 63 Prozent von Google erzielten Gewinns, mindestens aber mit 60 Dollar pro Werk beteiligt werden.

deutscher Schriftsteller in der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sowie der Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband beteiligen.

Ohne kommerziellen Hintergrund befindet sich ein anderes großes Internet-Projekt im Aufbau. Mit der Bibliothek „Europeana“ will die EU die kulturelle

heißt es von der EU-Kommission. Um den Traum von einer europäischen digitalen Bibliothek verwirklichen zu können, müßten die Mitgliedsstaaten allerdings noch weitere Anstrengungen vor allem zur Digitalisierung der eigenen Kulturwerke unternehmen. Die verantwortliche EU-Kommissarin Viviane Reding: „Ziel ist es, die

das es allein in Europas herkömmlichen Bibliotheken gibt, ist das Projekt noch weit entfernt von einer umfassenden Wissensdatenbank. Und in der bildenden Kunst bleibt zu sagen: Das Original ist nicht zu schlagen. Um erste Eindrücke zu gewinnen aber ist das Internet eine Lösung.

Silke Osman

Genie am Pult

Biographie über Sergiu Celibidache

Man rühmte ihn als ein „Taktstockgenie“, und auch mehr als zehn Jahre nach seinem Tod ist Sergiu Celibidache (1912–1996) im Bewußtsein vieler Musikfreunde lebendig. In Rumänien als Sohn eines Kavallerieoffiziers geboren sollte Sergiu Celibidache nach dem Wunsch des Vaters eine politische Karriere machen. Doch er wollte unbedingt Musiker werden. Schon nach vier Jahren hatte er das Klavierspiel begonnen. Nach einem Zerwürfnis verließ Celibidache mit 18 Jahren sein Elternhaus für immer. Das Studium von Mathematik, Philosophie und Musik, das er in Jassy begonnen hatte, setzte er nach der Trennung von seiner Familie in Bukarest fort. Seinen Lebensunterhalt verdiente er sich dort hauptsächlich als Begleitpianist an einer Tanzschule. 1935 siedelte er nach Paris über, um seine Studien fortzusetzen. Im Radio hörte er dann ein Streichquartett des Königsbergers Heinz Tiessen (1887–1971). Celibidache war davon so begeistert, daß er daraufhin selbst ein Streichquartett

komponierte und dieses an Heinz Tiessen schickte. Tiessen, Professor an der Berliner Musikhochschule, erkannte das außergewöhnliche musikalische Potential und rief Celibidache nach Berlin.

Klaus Weiler, der Celibidaches Werdegang über die Jahrzehnte verfolgte, hat 1993 eine Biographie des Dirigenten veröffentlicht. Nun hat er sie komplett überarbeitet und um die letzten Lebensjahre ergänzt. Entstanden ist ein sehr persönliches Buch, das alle Musikliebhaber begeistern wird. Es erscheint als Edition der 1999 gegründeten Sergiu Celibidache Stiftung, München. os

Sergiu Celibidache: „Über musikalische Phänomene. Ein Vortrag und weitere Materialien“. Celibidachiana I, Werke und Schriften, Band 1, Wiener Verlag, Augsburg 2008, gebunden, 80 Seiten, 19,80 Euro. Klaus Weiler: „Celibidache – Musiker und Philosoph. Eine Annäherung.“ Celibidachiana II, Dokumente und Zeugnisse, Band 1, Wiener Verlag, Augsburg 2008, gebunden, 328 Seiten, 29,80 Euro



Opernsommer in Sanssouci

Musikveranstaltung zu Ehren von Carl Heinrich Graun, Kapellmeister Friedrichs des Großen

Gemeinsam mit dem Potsdamer Ensemble „I Confidenti“ präsentiert die Stiftung Staatliche Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg den Barocken Opernsommer Sanssouci 2009. Er ist dem königlichen Hofkapellmeister und Tenorsänger Carl Heinrich Graun (1703/4–1759) gewidmet, dessen Todestag sich am 8. August zum 250. Mal jährt.

Musikfreunde sind eingeladen, am authentischen Ort, im Schloßtheater des Neuen Palais zu Sanssouci, in zwei Produktionen ab Ende Mai das Schaffen des seinerzeit hoch gerühmten Komponisten wieder zu entdecken. Mit Friedrich dem Großen verband Graun ab 1733 eine lebenslange künstlerische Zusammenarbeit: Er vertonte die meisten Libretti des Königs und war, neben Johann Joachim Quantz, sein wichtigster musikalischer Berater. In Berlin und Potsdam wurde Graun als Opernkomponist enthusiastisch gefeiert; er galt als der „zärtliche“, empfindsame Komponist, der seinen Sängern die feinsten Regungen der Seele auf den Leib schrieb.

Das musiktheatralische Werk Grauns ist heute kaum mehr bekannt. Die Partituren seiner Opern sind als Handschriften in verschiedenen europäischen Bibliotheken erhalten.

Das Ensemble „I Confidenti“ widmet sich neben der wissenschaftlichen Erforschung auch der Aufbereitung und Aufführung vergessener Bühnenwerke der Berlin-Potsdamer Frühklassik und Aufklärung. Mit den beiden Inszenierungen des Barocken Opernsommers 2009 erweckt das Ensemble die dramatischen ebenso wie die pastoralen, lyrischen Facetten der Opern Grauns zu neuem Leben.

Die Besucher erwartet ein farbenprächtiger und zugleich überaus kurzweiliger Eindruck der virtuoson Bühnenkunst des friderizianischen Rokoko. Gesang, Tanz, Spiel und Erzählung führen in einer barocken Opernraga die ganze Farbpalette der Kompositionen Grauns vor Augen und Ohren; darunter bislang unaufgeführte Konzerte und musikalische Szenen aus Grauns Rheins-

berger Zeit, anmutige Tänze sowie Arien und Duette aus seinen großen Opern. Ob Orpheus' Liebesklage oder leidenschaftliche Szenen aus dem antiken Rom: Grauns Gesänge sollen seinen König oft zu Tränen gerührt haben. Die renommierte Sopranistin Doerthe Maria Sandmann, der junge englische Tenor Simon Wallfisch sowie die Berliner Barocktänzerin Jutta Voß bringen

Feinheit und Raffinesse der Graunschen Opernkunst stilgerecht, farbig und plastisch auf die Bühne. Premiere ist am Freitag, dem 28. August, um 19 Uhr.

Die erfolgreiche Produktion „La Pastorale à Sanssouci“ von 2008 entführt Musikfreunde auch in dieser Saison noch einmal ins Land der Sehnsüchte und galanten Träume der höfischen Gesellschaft: nach Arkadien.

Unter dem betörenden Einfluß eines Satyrs (Steffen Findeisen) verwandelt sich das barocke Schloßtheater in ein Garten-Arkadien des 18. Jahrhunderts. Nymphen, Kavalier und belebte Statuen bevölkern die Bühne, erscheinen und verschwinden wieder in einem Reigen von Verwandlungen und Maskierungen.

Die Musik stammt von Carl Heinrich Graun, Johann Joachim Quantz sowie von Friedrich II. höchstpersönlich. In den Rollen der arkadischen Liebenden, Götter, Damen und Kavalier sind die israelische Sopranistin Dana Marbach und der amerikanische Sopranist Robert Crowe zu erleben. Wiederaufnahme der Produktion am Sonnabend, 23. Mai, 19 Uhr. spsg



Carl Heinrich und Luise Graun: Gemalt von Antoine Pesne

Bild: spsg

Karten unter Telefon (01805) 4470 oder online unter www.ticketonline.com, Preis: 10 bis 22 Euro.

Wallensteins Tod

Mit dem Herzog starb eine der schillerndsten Figuren der mitteleuropäischen Geschichte

Nicht ohne Grund hat Friedrich Schiller Wallenstein eines seiner größten Dramen gewidmet. Dramatisch war sein Leben. Er polartisiert bis in unsere Tage. Für die einen ist er ein ehrgeiziger Abenteurer, dem nichts heilig war, für die anderen ein Visionär, der seiner Zeit voraus war und schließlich dem Wahnsinn ein Ende machen wollte, daß sich die Deutschen zum Nutzen ihrer Nachbarn aus konfessionellen Gründen selbst zerfleischten.

Der bekannteste Heerführer im Dreißigjährigen Krieg war ursprünglich Protestant. Albrecht Eusebius Wenzel von Wallenstein entstammte einem alten böhmischen Adelsgeschlecht. Am 24. September 1583 kam er in Hermanitz, dem Gut seiner Familie bei Arnau in Nordböhmen, zur Welt. Er genoß eine für einen Sohn aus gutem Hause typische Erziehung. Mit einer Bildungsreise, die ihn unter anderem nach Italien führte, fand diese ihr Ende, und der Ernst des Lebens begann.

1604 trat er in die militärischen Dienste der Habsburger. Um diese Zeit nahm er auch deren katholischen Glauben an. 1609 heiratete er die sehr vermögendere ältere Witwe Lukretia von Witschkow aus Mähren. Sie setzte ihn zum Alleinerben ein und starb 1614. Wallenstein führte das Leben eines Großgrundbesitzers. Geschick

mehrte er mit seinem Organisationstalent das Vermögen. Seine Bauern behandelte er gut und motivierte sie damit zu um so besseren Ergebnissen.

Sein großes Vermögen ermöglichte es Wallenstein, quasi als Privatmann auf eigene Kosten Truppen aufzustellen. 1617 trat er dieses erstmals, um sein Erbzog Ferdinand, dem späteren Kaiser Ferdinand II., für dessen damaligen Kampf gegen Venedig zur Verfügung zu stellen.

1618 begann mit dem Prager Fenstersturz der Dreißigjährige Krieg zwischen Katholiken und Protestanten. Im Gegensatz zu vielen seiner protestantischen Nachbarn schlug Wallenstein sich auf die Seite der katholischen Habsburger. Abermals bot er ihnen an,

auf eigene Kosten eine Armee aufzustellen und mit dieser zur Hilfe zu eilen. Für den laufenden Unterhalt sollten, so sein Konzept, die Bewohner des besetzten Feindlandes, aber auch die Untertanen des Kaisers aufkommen, getreu dem Motto, daß der Krieg den Krieg ernähre. Dankbar nahm der Kaiser das Angebot an. Mit Wallensteins Unterstützung wurden die aufständischen protestantischen Böhmen niedergeschlagen. Deren Güter wurden vom Kaiser konfisziert und verkauft. Auf

Seite der Protestanten und marschierte von seinem Herzogtum Holstein Richtung Süden. Der sogenannte Dänisch-Niedersächsische Krieg begann. Und wieder waren Wallensteins Dienste gefragt. Und wieder bewährte er sich, weniger als großer Feldherr, denn als unverzichtbarer Finanzier und Organisator einer Armee. 1627 trat er mit einem von ihm geworbenen Heer von 100000 Mann zur Gegenoffensive an. Es folgte ein Siegeszug der Armeen Wallensteins und der Katholischen Liga,

Ausbruch des Dänisch-Niedersächsischen Krieges, wiederhergestellt.

Wallenstein war auf dem Höhepunkt seiner Macht. Vom Kaiser wurde er mit dem protestantischen Herzogtum Mecklenburg und dem Fürstentum Sagan belehnt sowie zum „General des ozeanischen und baltischen Meeres“ ernannt.

Invita Invidia (Dem Neide zum Trotz) hatte sich Wallenstein zum Wahlspruch gewählt. Er wußte, wovon er sprach. Seine neuen

Allerdings wurde der Moor bereits kurze Zeit später wieder gebraucht. Denn nach dem Dänenkönig Christian IV. tauchte nun der Schwedenkönig Gustav II. Adolf als neuer Hoffnungsträger der protestantischen Stände auf dem mitteleuropäischen Kriegsschauplatz auf. Im selben Jahr, in dem Wallenstein abgesetzt wurde, landete Gustav Adolf auf der Insel Usedom. Von hier aus begann der Schwede einen Feldzug, der ihn bis nach Bayern führte.

In dieser Phase größter Not wurde Wallenstein 1632 abermals der Oberbefehl über die kaiserlichen Truppen angetragen. Trotz seiner schlechten Erfahrungen stellte sich der geschaffte Böhme abermals in den Dienst des Kaisers - und erwirkte abermals die Wende. Ein gutes halbes Jahr nach Wallensteins Ernennung zum Oberbefehlshaber kam es zur Schlacht bei Lützen. In ihr fiel Gustav Adolf, ein ungeheurer Schlag für das protestantische Lager.

Wallenstein, der am Konfessionstreit desinteressiert war und eher den Sternen glaubte, nutzte die Schwäche der Protestanten zu Friedensverhandlungen. Diese Verhandlungen wurden ihm in Wien als Verrat ausgelegt. In einem geheimen Gerichtsverfahren wurde über ihn der Stab gebrochen. Um den Jahreswechsel 1633/34 mußte Wallenstein feststellen, daß er nicht nur abermals abgesetzt, sondern nun auch geächtet war und daß er sich auf seine Truppen nicht verlassen konnte. Er versuchte deshalb, mit einem Kreis von Getreuen zu den Schweden zu fliehen. In Eger machte er Station. Dort war er Gast des Stadtkommandanten, der jedoch insgeheim zum Kaiser hielt und ihn samt seinen Vertrauten am Abend des 25. Februar 1634 durch Söldner ermorden ließ. Adam Erdmann Trzka von Leipa, Christian von Ilow und Wilhelm Graf Kinsky töteten die Mörder bei einem Festbankett im Speisesaal der Burg. Wallenstein selbst wurde im Haus des Stadtkommandanten, in dem er Quartier genommen hatte, mit einer Partisane (Stangenwaffe) ermordet.

Manuel Ruoff



Wallensteins Ermordung: Kolorierter Kupferstich von Matthaeus Merian d. Ä. (1593-1650)

Bild: pa

Grund des daraus resultierenden großen Angebotes an Land fielen die Grundstückspreise, und Wallenstein konnte günstig im großen Stile Grundbesitz erwerben. So gelangte er 1622 in den Besitz der Herrschaft Friedland. Der Kaiser erhob ihn dann im darauffolgenden Jahr in den Reichsfürstenstand und machte ihn zum Herzog von Friedland.

Der Aufstand der protestantischen Böhmen war niedergeschlagen, doch nun schlug sich König Christian IV. von Dänemark auf die

spricht des Zusammenschlusses der katholischen Reichsstände, der bis zur Eroberung des dänischen Festlandes reichte. Trotzdem setzte sich Wallenstein für einen Verständigungsfrieden ein. Dänemark war als Seemacht ungeschlagen, und hinter ihm standen weitere habsburgfeindliche Mächte. Wallenstein setzte sich durch. Im Frieden von Lübeck mußte sich Christian 1629 nur zur Zurückhaltung in Reichsangelegenheiten verpflichten. Ansonsten wurde der Status quo ante, sprich der Zustand vor

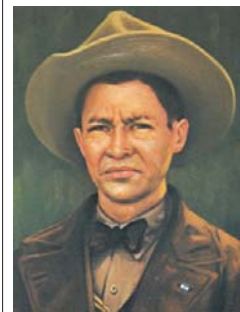
Standesgenossen neideten dem Emporkömmling seinen Aufstieg. Zudem befürchteten die katholischen Reichsfürsten eine Schwächung ihrer eigenen Position durch die mit dem kaisertreuen Wallenstein und dessen großer Armee verbundene Stärkung von Kaiser und Zentralgewalt. Auf dem Kurfürstentag zu Regensburg nötigten sie 1630 Kaiser Ferdinand II., abzurüsten und Wallenstein zu entlassen. Der Moor hatte seine Schuldigkeit getan, der Moor konnte gehen.

Namensgeber der Sandinisten

Wohl jeder politisch Interessierte, der die Reagan-Ära bewundert miterlebt hat, kennt die Sandinisten. Weniger bekannt dürfte da schon der Mann sein, nach dem sich die nicaraguanischen Revolutionäre benannt haben: Augusto César Sandino. Wie die Sandinisten hat auch ihr erklärtes Vorbild gegen eine von den USA unterstützte korrupte Diktatur in Nicaragua gekämpft.

Sandino kam am 18. Mai 1895 im nicaraguanischen Niquinohomo als uneheliches Kind einer Plantagenarbeiterin und des Besitzers der Kaffeeplantage, auf der sie arbeitete, zur Welt. Bereits als Kind lernte er die interventionistische US-amerikanische Lateinamerikapolitik kennen. Als 17-jähriger erlebte er, daß US-Marines in Nicaragua einmarschierten, um den mit anglo-amerikanischer Unterstützung an die Macht gelangten Präsidenten Adolfo Diaz gegen einen Aufstand zu stützen. Sandino schloß sich den Aufständischen an, ging erst in den Untergrund und dann ins Exil. Währenddessen blieben die US-Amerikaner in Nicaragua. Sie zogen erst 1925 ab, als sie glaubten, mit einer Koalitionsregierung aus Konservativen und gemäßigten Liberalen ein Regime installiert zu haben, das ihren Interessen entsprach und sich trotzdem mit eigenen Mitteln an der Macht halten könnte.

Kaum waren die US-Marines weg, brach in Nicaragua jedoch ein Bürgerkrieg aus. Im darauffol-



Augusto C. Sandino Bild: Internet

genden Jahr kehrten sowohl Sandino als auch die US-Marines nach Nicaragua zurück. Sandino nahm mit dem 1927 gebildeten „Verteidigungsheer der nationalen Souveränität“ den Guerillakrieg gegen die US-amerikanischen Besatzer auf.

1933 zogen die US-Marines ab, woraufhin die Guerrilleros die Waffen niederlegten. Der Kampf schien beendet. Vor 75 Jahren, am 21. Februar 1934, nahm der frühere Rebell sogar an einem Fest teil, das der Präsident ausgerichtet hatte. Die US-Amerikaner hatten allerdings vor ihrem Abzug eine nicaraguanische Nationalgarde aufgestellt und ausgebildet, welche nun das Fest nutzte, den nichts Böses ahnenden Sandino hintertricks zu ermorden. Damit machten sie ihn endgültig zum Märtyrer und Nationalhelden.

Kommandiert wurde die Nationalgarde zu der Zeit von Anastasio Somoza García. Somoza war den US-Amerikanern als Dolmetscher bei ihren Verhandlungen mit den Nicaraguancern vor ihrem Rückzug 1933 bekannt. Mit Somozas Übernahme der Präsidentschaft 1937 begann eine rund vier Jahrzehnte dauernde Herrschaft seiner Familie in Nicaragua. Diese wurde 1979 gewaltsam beendet - durch die Sandinisten.

Nach der von den USA geforderten Demokratisierung schickten die Wähler Nicaraguas den sandinistischen Präsidenten Daniel Ortega 1990 in die Opposition, holten ihn jedoch 2006 an die Spitze ihres Staates zurück. M.R.

Es war nicht immer leicht, Musikant zu sein

Während der Fastnachtsfeiern hatten die Spielleute in Lübeck ihren großen Auftritt

Sie werden bewundert und verehrt, die Musikanten auf den großen Bühnen. Ob nun die Stars der klassischen Musik oder die rasch verschwindenden Sternschnuppen von „Deutschland sucht den Superstar“: Sie alle dürfen sich im Glanz sonnen, weil sie Musik machen. Das war nicht immer so, wie folgende kleine Geschichte der Musikanten zeigt.

Eine Stadt mit reichhaltigem Musikprogramm verleiht sich heute gerne mit Stolz den Beinamen Musikstadt. Die Hansestadt Lübeck beispielsweise ist so eine Musikstadt mit langer Tradition. Doch dieser stolz hervorgehobene Tatbestand galt lange nicht als Auszeichnung. Die Musikanten kamen, weil die Stadt reich war, weil in ihr Aussicht auf Broterwerb bestand. Aber die Spielleute gehörten nicht zu den Bürgern. Viel fahrendes Volk war unter ihnen, unstete Gesellen, die mal hierhin, mal dorthin zogen. Manch einer wäre sicherlich gerne dauerhaft geblieben, doch die Nachfrage nach seinen Künsten war nicht groß genug, um sesshaft zu werden. So standen die Spiel-

leute, die immer dann gerufen wurden, wenn es ein fröhliches, üppiges Fest zu feiern galt, ziemlich weit unten auf der sozialen Leiter.

Die Musikanten spielten bei Hochzeiten, den großen Festen der Compagnien und der Zünfte auf. Dort bliesen sie die Posaune, strichen die Fiedel (die im Gegensatz zur Violine keinen Steg hatte, so daß alle Saiten gleichzeitig bearbeitet wurden), schlugen die Trommel, zupften die Rote (ein vierieckiges Saiteninstrument) und schlugen die Harfe. Damit wären die wesentlichen Instrumente benannt, deren sich die frühen Musikanten ab dem 13. Jahrhundert bei den Festen bedienten.

Allgemeiner Höhepunkt der musikalisch begleiteten Festlichkeiten waren die drei Tage andauernden Fastnachtsfeiern, bei denen Umzüge durch die gesamte Stadt zum Ratsweinkeller führten. Niemand durfte sich von diesem Zug ausschließen, auch der Bürgermeister und die Ratsherren mußten mitziehen. Angeführt wurde der Zug von Spielleuten. Beim anschließenden Schmaus im

Ratsweinkeller hatten die Musikanten jeden Trinkspruch mit einem ordentlichen Ruch zu unterstreichen. Nach dem Essen hatten sie dann zum Tanz aufzuspielen. Die einzelnen Zusammenschlüsse und Stände hatten ihre eigenen Tänze oder Reigen, die Kaulleute beispielsweise den Springelrey. Dabei faßten die Tänzer einander bei den Händen, sangen und sprangen im Kreis, angefeuert von Trommeln und Pauken.

Lübecks Reichtum lockte sie in die Stadt

Mit Musik wurden die ersten Weinfässer vom Rhein und ab 1549 auch die ersten jährlichen Heringsfässer empfangen. Über die Begrüßung des ersten Weines ist in der Lübecker Reihwein-Chronik vermerkt: „An 1609 im Novembri hab' ich das allererst gesehen. Das für hundert oder zweihundert Jahren in Lübeck Brauch gewesen ist. Nemlich wenn vor Martini oder bald hernach der erste Rheinische Must ins Ehrbaren

Rats Weinkeller gekommen ist, hat man denselben mit Pfeiffen und Trommeln auf den Markt geführt, nemlich also und dergestalt. Wenn die Kärner, ihrer 10 oder 20, weniger oder mehr, an der Stadt Thor erstlich angekommen, hat schon daselbst firm Thor der Pfeiffer und Trommelschläger darauf gewartet und sich beide uff das Faß, so auf dem vorderen Karren gelegen, oben uff das Faß gesetzt und also beide ihr Amt mit Pfeiffen und Trommelschlägen verrichten tun, bis daß die Kärner mit den Weinfässern dreimal am Markt also hemmgefahren. Und immer gepfiffen und auf den Trommeln geschlagen, und da endlich für dem Weinkeller stille gehalten. Da haben die Fuhrleute oder Kärner ihre Pferde abgespannt und die Karren mitssamen den Weinen daselbst für dem Keller stehen lassen. Alsdann erst ist der Pfeiffer oder Trommelschläger von dem Fasse heruntergestiegen und seiner Wege gegangen.“

Reichlich derb ging es bei Festen im 17. Jahrhundert zu. Darum wurde 1612 in Lübeck eine Verordnung erlassen, die das Verhalten

beim Tanz regelte: „Bey während dem Tante sollen die Menner und Gesellen im Tantzten und anderen Conversationen, mit Frauen und Jungfrauen sich züchtig und erbarlich verhalten, und soll das leichtfertige auff- und umwerffen, wie auch das unerbare Niedersitzen bei Geldstrafe verboten sein.“

Für die Einhaltung von Zucht und Ordnung während der ausgelassenen Feier hatte der Spielgreve zu sorgen. Das war ein vom Rat ernannter Obmann aller Fahrenden. Im Gegensatz zu den Musikanten, die von Fest zu Fest über das Land zogen, war der Spielgreve ein sesshafter Bürger. So sind denn die Inhaber dieses Amtes über 500 Jahre urkundlich belegt bis 1811.

Als Vermittler zwischen den unsteten fahrenden Musikanten und deren bürgerlichen Auftraggebern hatte der Spielgreve ein schwieriges und häufig undankbares Amt. Bereits 1467 regelte der Rat ihre Bezüge nach einem genau festgelegten Tarif. Neben dem baren Geld erhielten die Spielgreven und die Musikanten bei Hochzeiten Kleiderspenden von Braut und Bräutigam. Klaus J. Groth

Elsaß-Lothringens erster Statthalter

Vor 200 Jahren wurde der preußische Generalfeldmarschall Edwin Freiherr von Manteuffel geboren

Andere Generalfeldmarschälle haben als Truppenführer oder in Stäben die Karriereleiter erklimmen, Edwin Freiherr von Manteuffel tat es als Adjutant.

Nicht etwa in Preußen, sondern in Sachsens Hauptstadt Dresden wurde der spätere preußische Generalfeldmarschall Edwin von Manteuffel am 24. Februar 1809 geboren. Sein Vater Hans Freiherr von Manteuffel war ursprünglich sächsischer Beamter. Bei der Geburt des Sohnes war der Vater Geheimreferendarius in der sächsischen Staatsregierung. Später wurde dieser dann Präsident der Regierung der Niederlausitz. Und als die Niederlausitz als Folge des langen Festhaltens des sächsischen Königs am Bündnis mit Napoleon auf dem Wiener Kongress von 1814/15 zusammen mit der späteren Provinz Sachsen an Preußen fiel, wechselte Manteuffel in den preußischen Staatsdienst. Somit wurde Edwin von Manteuffel zum Preußen.

Wie der Vater entschied auch er sich für den Staatsdienst, allerdings in Uniform. Manteuffel war wissenschaftlich interessiert. So besuchte er nicht nur die allgemeine Kriegsschule, die spätere Kriegsakademie, sondern später auch die Berliner Universität, wo er sich mit dem Historiker Leopold von Ranke anfreundete. Zudem werden Manteuffel neben diplomatischem Geschick gewinnende Formen nachgesagt. Dafür spricht, daß er während seiner Karriere immer wieder höheren Stellen angenehm auffiel und von diesen gerne als Adjutant eingesetzt wurde.

Zu Manteuffels Gönnern gehörte auch sein König Friedrich Wilhelm III. Dieser machte den damaligen Regimentsadjutanten 1839 zum Adjutanten beim Gouverneur von Berlin. Dort sollte der junge Offizier beweisen, ob er das Zeug besaß, auch einem der Königsöhne als Adjutant zu dienen. Manteuffel bestand in den Augen seines Landesherren die Prüfung. 1839 wurde er zum Adjutanten der 2. Gardekavalleriebrigade ernannt, dessen Kommandeur Friedrich Wilhelms jüngster Sohn Prinz Albrecht war. Auch nach dem Tode Friedrich Wilhelms III. 1840 behielt Manteuffel seines Herrschers Gunst. Noch im Jahre seines Regierungsantritts bestellte

Friedrich Wilhelm IV. ihn zum persönlichen Adjutanten Prinz Albrechts. So gelangte der gebürtige Dresdner in engere Berührung mit dem Berliner Hof.

In der 48er Revolution offenbarte sich die Loyalität des konservativen Offiziers gegenüber seinem König, welche die Bereitschaft einschloß, diesen notfalls auch unter Einsatz seines Lebens gegen die Revolutionäre zu verteidigen. Friedrich Wilhelm IV. dankte

Manteuffel es mit der Ernennung zum persönlichen Flügeladjutanten. Das Vertrauen des Königs zeigte sich auch darin, daß er diesen mit sensiblen diplomatischen Missionen beauftragte, denen Manteuffel mit dem ihm eigenen diplomatischen Geschick nachkam. Dabei half ihm, daß er wie seinen eigenen auch diverse andere Herrscher, zu denen er entsandt wurde, für sich einzunehmen wußte.

Selten kam Friedrich Wilhelm dem Wunsche Manteuffels nach einem Truppenkommando nach. 1853 übertrug er ihm das Kommando über das 5. Ulanenregiment in Düsseldorf und 1856 über die dritte Kavalleriebrigade in Stettin, doch beide Male wollte er ihn nicht längere Zeit missen und holte ihn schnell nach Berlin zurück, so daß die Kommandos mehrmonatige Episoden blieben. So berief ihn Friedrich Wilhelm 1857 zum

Chef der Abteilung für die persönlichen Angelegenheiten im Kriegsministerium. Manteuffel gelang es in der Folgezeit, daß seine Abteilung der Aufsicht des Kriegsministeriums entzogen und als Militärkabinett direkt dem König unterstellt wurde.

Wie Friedrich Wilhelms III. und Friedrich Wilhelms IV. gewann Manteuffel auch Wilhelms I. Vertrauen, nachdem dieser 1858 von seinem älteren Bruder die Regentschaft übernommen hatte. Wenige Tage nach seiner Thronbesteigung im Jahre 1861 machte Wilhelm ihn gar zu seinem Generaladjutanten.

Es spricht für Manteuffels starken Konservatismus, aber auch für seine mittlerweile erreichte Vertrauensposition, daß der liberale Berliner Stadtgerichtsrat Karl Twisten ihn im selben Jahr in einer Schrift mit dem Titel „Was uns noch retten kann“ als „unheilvollen Mann in einer unheilvollen Stellung“ bezeichnet hat. Der konservative Soldat forderte daraufhin den liberalen Zivilisten zum Pistolenduell und zerschoss ihn bei selbigem die rechte Hand. Es spricht für Manteuffels Stellung beim König, daß dieser seinen daraufhin zu drei Monaten Festungshaft verurteilten Generaladjutanten nach zwei Wochen begnadigte.

Unbestrittene Verdienste erwarb sich Manteuffel um die preußische Heeresreform. Mit Menschenkenntnis und ohne Rücksicht auf Beziehungen betrieb er eine an der Sache, spricht der

Stärkung des Heeres, orientierte Personalpolitik. Für die Verjüngung des Offizierskorps setzte er sich dabei ebenso ein wie für die Berufung Helmuth von Moltkes zum Generalstabchef und Albrecht von Roons zum Kriegsminister.

Nach dem Deutsch-Dänischen Krieg von 1864, an dem er sowohl bei der diplomatischen Vorbereitung als auch bei der Ausführung beteiligt war, wurde er von der Hauptstadt in die Elbherzogtümer versetzt. Erst wurde er nur Oberbefehlshaber der preußischen Streitkräfte in den Herzogtümern, nach der provisorischen Verwaltungsteilung zwischen Preußen und Österreich in der Gasteiner Konvention von 1865 dann auch Gouverneur des Preußen zugesprochenen Schleswig. So sehr Manteuffels Dienstherren seinen starken Konservatismus schätzten, so groß war doch die Sorge Otto von Bismarcks, er könne seinen Verständigungsbemühungen mit den Liberalen im Wege stehen, und so wird hinter der Versetzung des Generals weg von der Hauptstadt, die mit dem Verlust der Leitung des Militärkabinetts verbunden war, der Ministerpräsident vermutet.

Nach dem Ausbruch des Deutschen Krieges 1866 marschierte Manteuffel mit den ihm unterstellten Truppen entschiedenen Richtung Süden. Gebremst wurde sein Vorwärtsschritt allerdings dadurch, daß er anfänglich an die Weisungen Eduard Vogel von Falckensteins als Oberbefehlshaber auf dem westlichen Kriegsschauplatz gebunden war. Erst als dieser wegen Differenzen mit dem Großen Hauptquartier als Generalgouverneur nach Böhmen versetzt worden war, hatte Manteuffel als dessen Nachfolger freie Bahn. Unter seinen Oberbefehl fallen die preußischen Siege über die Württemberger bei Tauberbischofsheim sowie über die Bayern bei Üttingen, Kofbrunn und schließlich Würzburg.

Nach dem Sieg über Österreich und dessen Verbündete im Bruderkrieg wurde Manteuffel in Friedenszeiten ein zweites Mal Vogel von Falckensteins Nachfolger. Als dieser in den Ruhestand

trat, erhielt Manteuffel das Kommando über das 1. Armee Korps in Königsberg. An der Spitze von diesem zog er denn auch 1870 in den Deutsch-Französischen Krieg.

Gemäß dem den Krieg begleitenden Friedensvertrag von Frankfurt, blieben deutsche Besatzungstruppen auf französischem Boden, bis Frankreich fünf Millionen Goldfranc Kriegsschuld gezahlt hatte. Zum Oberbefehlshaber der Okkupationsarmee wurde Manteuffel bestimmt.

Wie milde die Forderungen der Deutschen im Vergleich zu den früheren von Napoleon I. und den späteren der Sieger des Ersten Weltkrieges waren, zeigt sich darin, daß die Franzosen bereits bis 1873 den ihnen auferlegten Zahlungsverpflichtungen haben nachkommen können. Nolems volens mußten die Deutschen daraufhin Frankreich räumen, Manteuffel

wurde zum Generalfeldmarschall ernannt und bis auf weiteres zur Untätigkeit verdammt. Die Sommer pflegte er auf seinem Gut Top-

per in der Neumark zu verbringen, die Winter in Berlin

Als das nach dem Deutsch-Französischen Krieg zum Deutschen Reich gekommene Elsaß-Lothringen 1871 statt eines Oberpräsidenten einen Reichsstatthalter als personelle Spitze erhielt, wurde Manteuffel der erste Inhaber dieses Amtes. Einher ging damit die Übertragung des Kommandos über das im Reichsland stationierten XV. Armee Korps. Als Gründe für diese Personalentscheidung finden sich in der Literatur das Vertrauen des Kaisers sowie Manteuffels Erfahrungen als Gouverneur von Schleswig und Oberkommandierender der Besatzungstruppen in Frankreich. Allerdings taucht auch Bismarcks Name wieder auf. Abermals soll dieser den Wunsch gehabt haben, Manteuffel weit weg von Berlin zu wissen, diesmal aus Sorge, man könne den General zu seinem Nachfolger als Regierungschef machen.

Sechs Jahre lang bildete Manteuffel fast wie ein Landesherr die politische und militärische Spitze des Reichslandes. Am 17. Juni 1885 verschied auf einer Kur in Karlsbad. *Manuel Ruoff*



Edwin Freiherr von Manteuffel: Sammelbild um 1880

Bild: Ullstein

Das Elsaß als »Reichsland«

Als das Elsaß und Teile Lothringens 1871 zu Deutschland zurückkehrten, hatte das Land keine eindeutig deutsche Identität mehr. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sprach deutsche Mundarten, aber Teile des Bürgertums fühlten französisch. Für Berlin stellte sich darum die Frage, welchen Status das Gebiet bekommen sollte. Erworben wurde die Angliederung als preußische Provinz, aber auch die Vereinigung des Elsaß mit Baden und die Angliederung Lothringens an die bayerische Pfalz.

Am Ende wurde ein dritter Weg geschaffen, »Elsaß-Lothringen« wurde zum »Reichsland«, das direkt dem Kaiser unterstand. Erst 1911 wurde das Gebiet mit den anderen Bundesstaaten faktisch gleichgestellt und dadurch autonom - obwohl schon 30 Jahre vorher an der Loyalität und dem deutschen Charakter des Landes kein Zweifel mehr bestand. Die Elsaßer empfanden das lange Zögern als Zurücksetzung, dem französischen Revanchismus bot es willkommene Angriffspunkte. *K.B.*

Verhängnis Afrika

Vor 175 Jahren geboren: Gustav Nachtigal

Im preußischen Eichstedt kam Gustav Nachtigal am 23. Februar 1834 zur Welt. Eine Tuberkulose veranlaßte den Arzt, sich in Nordafrika mit seinem angenehmen warmen und trockenem Klima niederzulassen. Dort traf er 1868 den Afrikaforscher Gerhard Rohlfs, der ihn beauftragte, an seiner statt dem Sultan von Bornu Geschenke des preußischen Königs zu überbringen, mit denen dieser sich für dessen Unterstützung deutscher Forschungsreisender bedanken wollte. Dieser Auftrag ermöglichte Nachtigal eine mehrjährige Afrikareise. Erst 1875 kehrte er nach Deutschland zurück.



Gustav Nachtigal

Bild: internet

Trotz des Wissens um seine angeschlagene Gesundheit und das für ihn gefährliche feuchtheiße Klima der westafrikanischen Küste trat der mittlerweile renommierte Afrikaforscher 1884 im Auftrag des Deutschen Reiches mit drei Kriegsschiffen eine Exkursion nach Westafrika an. Auf ihr stellte der überzeugte Gegner der Sklaverei Togo, Kamerun und Südwestafrika entsprechend den Reichskanzler Otto von Bismarck erhaltenen Instruktionen unter den Schutz des Reiches. Von Malaria, Seekrankheit und Tuberkulose geschwächt, starb er auf der Rückfahrt. *Manuel Ruoff*

Friedrich der Große schuf sie ab

Streckbank, Daumenschrauben, glühende Zangen: Das Foltermuseum in Rüdeshelm

In den Gewölbekellern des Mittelalterlichen Foltermuseums in Rüdeshelm am Rhein taucht der Besucher in ein finstres Kapitel europäischer Geschichte ein. Auf über 1000 Quadratmetern findet sich ein Gruselkabinett der besonderen Art: eine Sammlung der eindrucksvollsten Folterwerkzeuge, mit denen man vom Mittelalter bis weit in die Neuzeit so manches Geständnis vermeintlicher Ketzer und Hexen erzwang. Schon im alten Rom kam die Folter zum Einsatz, allerdings nur gegen Sklaven oder Bürger, die des Hochverrats angeklagt waren. Hatte Kirchenväter und Päpste noch vor der ersten Jahrtausendwende Leibesstrafen als Druckmittel abgelehnt, so änderte sich dies im hochmittelalterlichen Kampf der Kirche gegen häretische Bewegungen. Papst Innozenz IV. billigte in seiner Bulle „Ad extirpanda“ von 1252 erstmals die Folter als Instrument zur Wahrheitsfindung. Ungläubige sollten bei den Inquisitionsverfahren ihre Irrtümer bekennen

und Gesinnungsverwandte verraten, „ohne daß sie dabei getötet oder ihnen Arme und Beine gebrochen werden“. In Deutschland war die Folter - auch peinliche Befragung nach dem lateinischen Wort für Strafe „poena“ genannt - seit Anfang des 14. Jahrhunderts ebenfalls in der weltlichen Gerichtsbarkeit gebräuchlich. Sie war nur bei schweren Verbrechen zulässig, etwa bei Mord, Kindsmord, Raubüberfällen, Falschmünzerei oder Hexerei. Bloße Indizien reichten nach der mittelalterlichen Rechtsprechung nicht zur Verurteilung aus. Wenn der Beschuldigte daher partout nicht gestehen wollte und sich auch keine glaubwürdigen Augenzeugen fanden, dann wurde der Wahrheit ein etwas nachgeholfen. Hierbei waren der grausamen Phantasie der Folterknechte keine Grenzen gesetzt. Auf der Streckbank fesselten sie die Angeklagten an Händen und Füßen und zogen sie mit Hilfe der Winde regelrecht in die Länge.

Daumen-, Arm- und Beinschrauben wurden solange zugedreht, bis der Übeltäter redete oder seine Knochen brachen. Auch glühende Zangen, mit denen man Nasen, Finger, Zehen und Brustwarzen der Opfer zwickte, verfehlten nicht ihre Wirkung. Auf einem nach oben keilförmigen Holzbock, dem so genannten Spanischen Bock, mußten vermeintliche Hexen stundenlang mit gespreizten Beinen ausharren und zogen sich dabei schmerzhafte Genitalverletzungen zu. Untreue Ehefrauen kamen in die berühmte eiserne Jungfrau, einen Sarkophag in Frauengestalt aus Holz oder Metall. Die Verwendung der Figur als Mordinstrument, bei dem sich nach innen stehende Nägel in den Leib von Todeskandidaten bohrten, gilt heute aber als Humbug. Fast zu Tode lachten sich Verurteilte, deren Fußsohlen der Scharfrichter entweder mit einer Feder kitzelte oder mit Salz bestrich und eine Ziege daran lecken ließ. Wenig zu lachen hatten Angeklagte, die ge-

fesselt literweise Wasser trinken mußten und dabei zu ersticken drohten. Entgegen der päpstlichen Empfehlung hatten die schmerzhaften Foltermethoden oftmals bleibende körperlichen Schäden oder sogar den Tod zur Folge. Im Jahre 1532 verfügte Karl V. mit der „Peinlichen Gerichtsordnung“, daß die Folter lediglich bei schwerwiegendem Verdacht zulässig sein sollten, wenn sie auch außerhalb der Folterkammer abzugeben wurden. Erst Friedrich II. von Preußen schaffte 1740 als Erster die Folter ab. Als aufgeklärter Humanist hielt er die Folter für ein menschenunwürdiges Instrument, das auch viele unschuldige Opfer gefordert habe. *Sophia Gerber*

Nähere Informationen erteilt das Mittelalterliche Foltermuseum, Oberstraße 49-51, 65385 Rüdeshelm am Rhein, Telefon Museum (06722) 47510, Telefon Büro und Telefax (0621) 153210, www.foltermuseum.com/

Der Papst hat nicht dem Zeitgeist zu gefallen

Zu: „Grundsatzfragen warten auf Klärung“ (Nr. 7)

Die Kanzlerin weist öffentlich den Papst zurecht, und die Kirche erklärt, nur für Menschen mit bestimmtem Geschichtsbild offen zu sein. Schlimmer als im Dritten Reich!

Selbstverständlich ist es der Kanzlerin als Mensch unbenommen, welche Meinung auch immer

zu haben und zu äußern, Artikel 19 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“: „Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung.“ Sie hätte also einen persönlichen Brief schreiben können. Aber es ging ihr einmal mehr um einen schrillen Auftritt, entsprechend ihrem ausgeprägten Ortungsvermögen für Macht und ihren persönlichen Nutzen.

Der Papst seinerseits hat sehr überzeugend gehandelt. Die Kirche ist kein Verein, der dem jeweiligen Zeitgeist zu gefallen hat, sondern ist dem unverfälschten Erhalt geoffener und verkündeter Wahrheit verpflichtet. Dieser Aufgabe hat der Papst einsam standgehalten.

Ich schreibe diese Zeilen als evangelischer Christ.

Gudrun Schlüter, Münster

Politik erfindet Altes immer mal wieder neu

Zu: „Bares zur Geburt“ (Nr. 2)

Ein Ehestandsdarlehen gab es auch im westlichen Deutschland. Wir haben dieses Darlehen wohl 1962 erhalten, haben schon fleißig getilgt, unsere Tochter war bereits geboren, als die Darlehensbedingungen über die Rückzahlung geändert wurden. Neu eingeführt wurde der Passus, bei der Geburt eines Kindes wird ein Drittel der

Darlehensschuld als getilgt verbucht. Beim zweiten Kind ein weiteres Drittel, beim dritten Kind war dann nichts mehr zurückzuzahlen. Da wir noch ein zweites Kind bekamen, wurden uns zweimal je ein Drittel als getilgt verbucht. Da wir schon vor der Änderung der Darlehensbedingungen etwas getilgt hatten, hatten wir dann nur noch wenig zurückzuzahlen.

An die genaue Darlehenshöhe kann ich mich nicht erinnern, ich meine aber, diese lag 1962 bei 2700 D-Mark Zuschuß bei Geburt je Kind 900 D-Mark also weit mehr, als heute 2700 Euro beziehungsweise 900. Wir haben damals im westlichen Teil von Berlin gelebt. Möglicherweise gab es das Ehestandsdarlehen nur in Berlin, nicht in den westlichen Bundesländern? Erhard Frömmig, Haar

Existenzbedrohend

Zu: „Grundsatzfragen warten auf Klärung“ (Nr. 7)

Die Bundeskanzlerin hat den Papst mehr oder weniger versteckt aufgefordert, die Aufhebung der Exkommunikation des Bischofs Williamson, dem Holocaustleugnung vorgeworfen wird, zurückzunehmen. Ich möchte einmal gerne das Geschrei hören, das sich erheben wird, wenn der Papst die Kanzlerin auffordert, die Ernennung eines Ministers zurückzunehmen, der die Existenz Gottes leugnet.

Gäbe es keinen Gott, wäre dem Papsttum die Grundlage entzogen. Die Existenz Gottes ist für den Papst von existentieller Bedeutung.

Dr. Ferdinand v. Pfeffer, Lünen

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muß. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Nicht Sache der deutschen Kanzlerin? Merkels Kritik am Papst brachte wiederum ihr Kritik ein.

Bild: ddp

Positive Signale

Zu: „Auch 1945 gab es deutschfreundliche Tschechen“ (Nr. 51/52)

Das ist nett und auch zukunfts-trächtig, daran zu erinnern, daß es 1945 auch deutschfreundliche Tschechen gab, denn wir brauchen solche positiven Signale, die uns helfen, die Vergangenheit zwar nicht zu leugnen, aber doch als Geschichte abzutun und uns der Zukunft zuzuwenden.

Mich stört allerdings etwas, daß die Überschrift Ihres Artikels sozusagen im leeren Raum steht, denn was wissen schon unsere heutigen Deutschen von diesem „auch“; „es gab auch deutschfreundliche Tschechen“.

Bis heute haben sich die Tschechei und mit ihr viele Tschechen geweigert, die schrecklichen Geschehnisse von 1945 zu beklennen und zu beklagen, in denen an Deutschen unvorstellbare Grausamkeiten begangen wurden, nicht als Einzelfälle, sondern als Massenhandeln, für das es kaum ein Beispiel gibt.

Norbert Anton, Moers

Ach, kommen andere auch dahinter?

Zu: „Hitler pfui, Stalin hui?“ (Nr. 4)

Unlängst las ich in einer Zeitung, daß die Gewalttaten von Links- und Rechtsextremisten in ihrer Anzahl etwa gleichauf lägen, was dem Zeitungsläser völlig neu war, von dem ich aber immer ausgegangen war. Erstmals habe ich sogar gelesen, daß ein Journalist einer großen Zeitung herausstellte, daß nicht jeder Rechte auch ein Rechtsextremist sei (die Vermischung der Begriffe gehört ja zum linksmedialen Handwerkszeug). Können wir auf Läuterung hoffen? Jeder Idiot kann wissen, daß Stalin und Mao es mit ihren Op-

fern noch viel weiter als Hitler getrieben haben, was ihn aber keineswegs besser macht. Differenzierungen zwischen Massenmördern sind nicht möglich.

Für uns hat bedingungslos zu gelten: Innerhalb unserer Grenzen und unter unserer Verantwortung ist jede Gewalt geächtet und der Aufruf zur Gewalt (gerade jetzt durch Palästinenser) ein Verbrechen, das zu ahnden ist. Bei uns haben keine Gewalttäter etwas zu suchen, ob im roten oder braunen Mantel oder mit einem Turban auf dem Kopf.

Ludwig Bothmer, Essen

Theaterreif

Zu: „Zufall?“ (Nr. 5)

Einen guten und überzeugenden Eindruck machte die „läppische“ Verurteilung von Klaus Zumwinkel nicht, die in keiner Hinsicht dem Straftatbestand entsprach. Sein Geständnis war theaterreif.

Es soll ja alles rechtens zugegangen sein. Mich befreit dies nicht von einem ungenuten Gefühl, und ich fühle mich an den alten Spruch erinnert: „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen“.

Martin Wollschläger, Flensburg

Bemühen um Wiedergutmachung differiert

Zu: „Unrecht nicht voll fassbar“ (Nr. 5)

Bezogen auf das DDR-Unrecht ist das sicher auch richtig. Die Wiedergutmachung von Unrecht ist zwar ein humanes mitmenschliches Anliegen, das den Wiedergutmachung Betreibenden ehrt, aber es hat natürlich Grenzen vor allem finanzieller Art. So werden die Opfer des DDR-Unrechts zwar sicher nie zufriedengestellt werden können – wer kann auch ihre Leiden nachvollziehen –, aber das Bemühen ist doch erkennbar.

Die Wiedergutmachung an den Nachkriegsopfern, Kriegsgefange-

nen und Verschleppten hingegen liegt weiter zurück und ist zudem mit dem Stigma von Hitlers Krieg und dem Holocaust belastet, das den Herrschenden wie ein Brett vor den Kopf genagelt ist. Für sie gibt es zwar noch Opfer der kommunistischen DDR, aber doch nicht Hitler-Deutschlands. Wer damals gelebt hat, wird nahezu automatisch zum Nazi abgestempelt. Daß dazumal Millionen Deutsche nicht anders als wir heute gelebt haben und Millionen Soldaten nur ihr Vaterland verteidigen wollten, geht nicht in die Köpfe der politisch Korrekten hinein.

Denken wir auch an die Unzähligen, die im Zweiten Weltkrieg ihr einmaliges Leben verloren haben. Für sie könnte Wiedergutmachung nur bedeuten, ihrer in Ehren und Trauer zu gedenken. Das wird ihnen heute weitgehend verweigert. In Berlin gibt es kein Denkmal für die Opfer des Bombenkrieges gegen die Zivilbevölkerung, kein Denkmal für die aus der Gefangenschaft nicht Zurückgekehrten, keines für die Opfer der Vertreibungen, nur eine zentrale Gedenkstätte, die niemandem gerecht wird. Ich betrachte das als Schande für uns alle, die das hingenommen haben. Theo Lehradt, Bremen

SUPER-ABOPRÄMIE für ein Jahresabo der

Wulf D. Wagner Das Königsberger Schloss

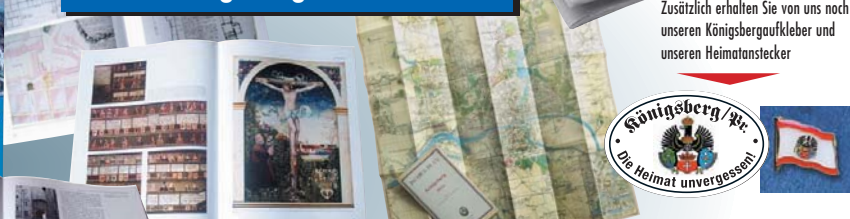
Eine Bau- und Kulturgeschichte Bd. 1. Von der Gründung bis zur Regierung Friedrich Wilhelms I. (1255-1740), gebunden, 390 Seiten, Format 31 x 24 cm mit über 300 Abbildungen und Fotos.

Das 1255 vom Deutschen Orden gegründete Schloss zu Königsberg war die älteste Residenz des brandenburg-preussischen Staates und bis 1701 einer der herausragenden Herrscherorte Nordosteuropas. Der erste Band der Bau- und Kulturgeschichte zeichnet die Geschichte des Schlosses umfassend und erstmals anhand neu erschlossener Textquellen und Bilddokumente als Bauwerk und Hof der preussischen Herzöge und brandenburgischen Kurfürsten nach.

Das Große Königsberg-Paket als Geschenk für Sie!
Es enthält den wertvollen Bildband „Das Königsberger Schloss“ und den historischen Stadtplan von 1934.



Unser Königsberg-Paket für Sie!



Zusätzlich erhalten Sie von uns noch unseren Königsbergaufkleber und unseren Heimatnestecker



ANTWORT COUPON

Schicken Sie mir bitte die Preussische Allgemeine Zeitung von der nächsten erreichbaren Ausgabe an für mindestens 1 Jahr und zusätzlich die Prämie für z.Zt. nur EUR 99,60 im Jahr (inkl. Versandkosten). Mit dem Bezug der Preussischen Allgemeinen Zeitung werde ich gleichzeitig Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen. Gültig ist der jeweils aktuelle Bezugspreis. Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Für bestehende oder eigene Abonnementis oder Kurzaufträge (unter 12 Monaten) wird keine Prämie gewährt. Im letzten halben Jahr waren wieder ich noch eine andere Person aus meinem Haushalt Abonnent der Preussischen Allgemeinen Zeitung. Prämienanmeldung solange Vorrat reicht. Lieferung nur innerhalb Deutschlands.

Ja, ich abonniere für mind. 1 Jahr die Preussische Allgemeine Zeitung und erhalte das Geschenk-Paket Königsberg bequem + bargeldlos durch Bankbuchung gegen Rechnung PAZ

Name/Vorname: _____ Kontonummer: _____
 Straße/ Nr.: _____ Bankleitzahl: _____
 PLZ/Ort: _____ Geldinstitut: _____
 Telefon: _____ Datum, Unterschrift: _____
 Geburtsdatum: _____

Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!



MELDUNGEN

Gerüchte um Gebühren

Königsberg – Elena Babtschenok, Abteilungsleiterin für Vorschulziehung im Bildungsministerium des Königsberger Gebietes, ist höchst verärgert. Durch Stadt und Umgebung läuft eine Gerüchtewelle, daß die Kindergartengebühr massiv auf monatlich 6000 Rubel (über 134 Euro) angehoben würde. Derzeit beträgt sie 800 bis 2000 Rubel (18 bis 45 Euro) Rubel. Am teuersten sind Spezialkindergärten für behinderte Kinder. Jetzt haben einige Anstaltsleiter verbreitet, die Regierung plane einen „Übergang zur vollen Selbstfinanzierung der Kindergärten“, und das hießere deren enorme Verteuerung. Die Behörden dementieren nachdrücklich, und Frau Babtschenok vermutet sogar einen Racheakt von „Schulleitern, die wegen Unfähigkeit entlassen werden sollten“. *W.O.*

Zweiter Wahlgang

Allenstein – Bei den vorzeitigen Wahlen des Stadtpräsidenten ist ein zweiter Wahlgang notwendig, denn beim ersten konnte keiner der sechs Kandidaten die absolute Mehrheit erringen. Die einfache Mehrheit der Stimmen entfiel auf den Kandidaten der Polnischen Volkspartei (PSL) Piotr Grzymowicz. Für ihn stimmten 14 115 Einwohner der Woiwodschaftshauptstadt, das sind 39 Prozent der Wahlberechtigten. Das zweitbeste Ergebnis erzielte der Kandidat der Bürgerplattform (PO) Krzysztof Krukowski, der 10 196 Stimmen (28 Prozent) erhielt. Zwischen ihnen entscheidet die Stichwahl. Der Kandidat der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) Jerzy Szmít erhielt 6844 Stimmen. Er kandidierte bereits zum dritten Mal für das Amt des Stadtpräsidenten. Die unabhängige Kandidatin Danuta Ciborowska erhielt 2092 Stimmen (sechs Prozent). Der Europa-Abgeordnete Boguslaw Rogalski erhielt 1430 Stimmen, das sind vier Prozent. Die wenigsten, nämlich 1312 Stimmen erhielt Krzysztof Kacprzycki vom Bündnis der Demokratischen Linken (SLD). Insgesamt sind 35 989 gültige Stimmen abgegeben worden. Die Wahlbeteiligung betrug 27 Prozent. Der zweite Wahlgang findet am 1. März statt. Die Wahlen waren nach dem Referendum im November notwendig geworden, bei dem die Allensteiner ihren Stadtpräsidenten Czeslaw Malkowski abberufen hatten. Er ist wegen sexueller Belästigung von Beamtinnen und Vergewaltigung angeklagt. *PAZ*

Rückzug der Gasterbeiter

Königsberg – Im ersten Monat dieses Jahres haben als Folge der internationalen Wirtschaftskrise täglich rund 500 Gasterbeiter das Königsberger Gebiet verlassen. Das berichtet die Zeitung „Komsomolskaja Prawda“. *PAZ*

Droht dem „Tilsit-Theater“ das Aufgehen im Königsberger Dramentheater? Zur Zeit wird in der Theaterbranche der Region fast nichts mehr ausgeschlossen, obwohl sich schon viel verändert hat.

Im vergangenen Jahr gab es im Dramentheater des Königsberger Gebiets Veränderungen. An die Stelle des bisherigen Intendanten und langjährigen Direktors Nikolaj Peterow trat Jewgenij Marcelli. Am Anfang leitete Peterow dieses kommunistische Parteiorganisationstheater, dann wurde er künstlerischer Leiter. In letzter Zeit zeigten sich aber sowohl die Direktion als auch die Künstler und Mitarbeiter mit seinem Führungsstil unzufrieden. Wiederholt hatten sie Beschwerdebriefe an das regionale Ministerium für Kultur und sogar an den Gouverneur geschickt, in denen sie über den Stillstand im Theater klagten. Obwohl Nikolaj Peterow in den letzten Jahren für umfangreiche Reparaturarbeiten am Theatergebäude gesorgt hatte, konnte er das Theater auf künstlerischer Ebene nicht voranbringen. So sahen es auch die Königsberger Theaterbesucher.

Daraufhin setzte der Gouverneur eine Kommission ein, die die Stelle neu ausschreiben sollte. Unter den zahlreichen Bewerbern um die Stelle des Intendanten galt der bekannte und mehrfach ausgezeichnete Künstler Jewgenij Marcelli als Favorit, und er gewann dann auch den Wettbewerb souverän. Er hatte schon als Regisseur am Dramen-Theater des Gebiets gearbeitet, doch Direktor Nikolaj Peterow fühlte sich von dem fähigen Mann bedrängt, und trennte sich von ihm. Ab der diesjährigen Saison ist nun Jewgenij Marcelli der neue Intendant des Dramatischen Gebietstheaters. Doch leider schafft die weltweite Finanzkrise dem neuen Direktor zusätzliche Probleme.

Vor kurzem fand im Kulturministerium des Gebiets ein Treffen aller Intendanten und Verwaltungschefs der regionalen Theater statt. Dabei wurden Fragen der Zusammenarbeit unter den neuen



Bildtext: Text.

Bild: xyx

„Tilsit-Theater“: Die Frage seiner Renovierung treibt seine Mitarbeiter um.

Bild: Tschernyschew

ökonomischen Bedingungen erörtert. Das Resultat: Sieben von 37 Schauspielern wurden entlassen, denn das Budget des Theaters war um 35 Prozent gekürzt worden. Zusätzlich entschied die Leitung des Dramentheaters, einen Teil der Schauspieler aus dem Personalbestand herauszunehmen. Marcelli versichert, daß dies vorerst keine Auswirkungen auf die Anzahl und Qualität der Aufführungen haben werde.

Im Kulturministerium des Königsberger Gebiets hofft man, mit der Neuregelung Geld sparen zu können, weil das Theater künftig nur noch für tatsächlich getane Arbeit bezahlt wird. Nur Schauspieler, die für ein Stück engagiert sind, werden weiterbeschäftigt. Alle anderen verlieren ihre Festanstellung. In Zukunft hängen auch die Honorare der Schauspieler unmittelbar von der Mitwirkung an einem Schauspiel ab. Die Honorare könnten dann sogar steigen, glaubt der neue Intendant. Denn das Theater erhält Subventionen aus dem Gebietshaushalt. Je ge-

fragter ein Stück oder ein Konzert ist, desto höhere Subventionen wird das Theater künftig erhalten.

Ein Ergebnis des Treffens ist die Durchführung eines künstlerischen Experiments, an dem das Dramentheater und das „Tilsit-Theater“ teilnehmen. Sie werden gemeinsame Theateraufführungen einstudieren, gemeinsam wichtige

Wird das »Tilsit-Theater« zur Filiale des Gebietstheaters?

Fragen über die Kostüme und Dekorationen fallen. Es ist nicht auszuschließen, daß das Tilsiter Theater eine Filiale des Gebietstheaters wird.

Eine Frage, die die Theatermitarbeiter beschäftigt, ist die Renovierung des „Tilsit-Theaters“. Sein Bau kostete einst 145 000 Mark. Im Herbst 1893 hob sich erstmals der Vorhang. Das Repertoire bestand überwiegend aus Opern, Operet-

ten und klassischen Dramen. Auf dieser Bühne wagten viele bekannte Theater- und Kinoschauspieler ihre ersten Schritte, wie der Dramaturg Frank Wedekind und Alfred Brust. Erster Direktor und Intendant war Emil Hanne-

mann. 1903 wurde das Theater umgebaut, der Zuschauersaal vergrößert. Das Wirken Francesco Stolis, der das Theater 1908 leitete, war weit über Tilsit hinaus bekannt. In der schweren Zeit versuchte man, seinen Ruhm mit privaten Initiativen zu erhalten, doch gelang dies nicht lange. Anfang 1933 übernahm die nationalsozialistische Theaterorganisation die Leitung. 1936 wurde es zum zweiten Mal umgebaut. Im Stil des Klassizismus und Barocks erbaut, erhielt es nach dem Umbau ein eher strenges Antlitz. Nachdem sich sein Äußeres völlig verändert hatte, erhielt es auch einen neuen Namen: „Grenzlandtheater“.

Während des Zweiten Weltkriegs blieb das Theater geschlossen, die Gruppe wurde aufgelöst.

Nach dem Krieg eröffnete in Tilsit ein städtisches Dramentheater. Mit Dmitrij Sorins Stück „Ewige Quelle“ wurde das Theater im November 1956 wieder eröffnet. Einer der ersten, der das Theater wieder belebte, war Alexander Brodetzkij, der die Theatertruppe zehn Jahre leitete. Danach war Boris Kodokolowitsch Chef. In seiner Zeit erlebte das Theater eine künstlerische Blüte. Er bildete eine ganze Generation talentierter Schauspieler aus und wurde schließlich zum Lehr-Regisseur ernannt.

Ein Wendepunkt für das Theater war das Jahr 1989. Es erhielt den Status eines Jugendtheaters und den neuen Namen „Tilsit-Theater“. Es wurde mit neuem Personal und neuer Leitung verjüngt. 1991 leitete Jewgenij Marcelli als Abgänger der Tschukinskij-Lehranstalt das Theater. Dank seiner experimentellen Arbeit erhielt das Theater eine eigene Richtung, und seine Inszenierungen machten sogar dem Dramentheater in Königsberg Konkurrenz. *Jurij Tschernyschew*

Erfolgreich, gut und ereignisreich

Der Verein der Deutschen Minderheit in Lyck »Masuren« blickt zufrieden auf das vergangene Jahr zurück

Der Verein der Deutschen Minderheit in Lyck „Masuren“ kann auf ein erfolgreiches, gutes und ereignisreiches Jahr 2008 zurückblicken.

Mit Beginn der ersten Frühlingsanzeigen wurde wie auch in den vorausgegangenen Jahren ein großes Säubern machen am Wasserturm veranstaltet. Dabei kamen so manche Mängel zum Vorschein, die ausgebessert werden mußten. Diese Arbeiten sind von Vereinsmitgliedern ehrenamtlich ausgeführt worden. Auch an der Überdachung der Veranda mußte etwas verbessert werden.

Im April hat die Lycker Feuerwehr 23 Tage lang eine Übung am

Wasserturm durchgeführt. Bei der Probe für den Ernstfall waren zahlreiche Feuerwehrmänner auf dem Gelände, die einiges Aufsehen erregten.

Das größte Ereignis im Jahr war die Ausstellung, die vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen am 9. Juni in Anwesenheit des Lycker Kreisvertreters Gerd Bandilla und der Lycker Presse feierlich eröffnet wurde. Die Ausstellung besteht aus 26 Schautafeln mit Informationen über die Geschichte Ostpreußens vom 13. Jahrhundert bis zur heutigen Zeit.

Die Geschichtstafeln befinden sich im dritten Stock und sind für den Wasserturm als Museum eine große Bereicherung, auf die der Verein der Deutschen Minderheit in Lyck stolz und für die er dankbar ist.

Der Verein war jedoch nicht nur Gastgeber, sondern auch selbst Besucher diverser Veranstaltungen. Meist in Form kleiner Gruppen war er Gast beim Sommerfest in Goldap, in Hohenstein und in Ortsberg. Zum Kulturfest in Allenstein war der Verein mit einem großen Bus angereist.

Für die älteren Vereinsmitglieder, die nicht mehr an Fahrten und Veranstaltungen teilnehmen können, gibt es einmal im Jahr den Seniorenfeiertag. Dabei hat die Vereinsvorsitzende Irena Szubzda für jeden ein Überraschungsgeschenk.

In den Sommermonaten ist der Wasserturm täglich für die Angehörigen der deutschen Volksgruppe und deren Besucher geöffnet. Alle Vereinsmitglieder sind in die Betreuung der Gäste eingebunden. Der Verein der deutschen Volksgruppe in Lyck würde sich freuen, wenn er auch diesen Sommer wieder viele Besucher in seinem Wasserturm begrüßen könnte. *I.W.*



Lycks Wasserturm

Bild: Internet

Bald wieder vereint

Dobrukscha- und Bessarabiendeutsche

Die Landsmannschaft der Dobrukscha- und Bulgariendeutschen will mit dem Bessarabiendeutschen Verein zu einer Landsmannschaft fusionieren. Dies beschlossen die Dobrukschadutschen auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung im Januar in Heilbronn. Die Zustimmung der Bessarabiendeutschen gilt als sicher.

Beschlossen: Vereine sollen fusionieren

Die Dobrukscha-ist der Teil Rumäniens zwischen Donaudelta und bulgarischer Grenze, historisch reicht das Gebiet noch ins heutige Bulgarien hinein. Der Zusammenschluß wird auch historisch begründet: Vor knapp 200 Jahren siedelten beide Volksgruppen zunächst gemeinsam im damals russischen

Bessarabien, bis sich ein Teil von ihnen um 1840 in der seinerzeit osmanischen Dobrukscha niederließ.

1940/41 wurden die Volksgruppen ins sogenannte Wartheland und von den Dobrukschadutschen auch einige tausend nach Böhmen und Mähren umgesiedelt (15000 Dobrukscha- und 93000 Bessarabiendeutsche verließen damals ihre Heimat), von wo sie 1945 fliehen mußten oder vertrieben wurden.

Heute leben viele Dobrukschadutsche wieder im Südwesten Deutschlands, von wo ihre Ahnen einst aufgebrochen waren. Der Bessarabiendeutsche Verein hat seinen Sitz in Stuttgart. H.H.

»Jan Heweliusz« aus »Gdansk«

Nach den Ortsnamen polonisieren deutsche Medien nun sogar Personennamen

An die Verfremdung deutscher Ortsnamen – etwa zuletzt im vergangenen Sommer in Bescheiden deutscher Finanzbehörden – haben sich viele Vertriebene schon fast gewöhnt. Doch inzwischen greift die in Polen und auch der Tschechischen Republik verbreitete Slawisierung deutscher Personennamen um sich und sichert selbst in vergleichsweise konservative deutsche Medien ein. Wehrlöse, da tote Opfer sind bevorzugt verstorbene Persönlichkeiten, wie etwa die beiden westpreussischen Astronomen Nikolaus Kopernikus und Johann Hewelcke.

Nach Kopernikus, geboren anno 1473 als Niclas Koppernigk in Thorn, soll ein europäisches System zur Erdüberwachung benannt werden. Als EU-Kommissar

Günter Verheugen (SPD) dafür unlängst den Namen „Kopernikus“ vorschlug, war dies polnischen EU-Abgeordneten Anlaß für eine Protesterklärung. Sie warnten vor einem „Fall von deutschem Geschichtsrevisionismus“ und beharrten auf dem polonisierten Namen „Mikolaj Kopernik“. Als Kompromiß soll nun die lateinische Schreibweise „Copernicus“ angewendet werden, was vertretbar erscheint, da der große Astronom diese Namensform auch selbst brauchte.

Eine eher bizarre Blüte ist dagegen der Vorschlag der rein polnischen Namensform für den verdienten Danziger Bürgermeister

Johann Hewelcke (1611–1687). Über den „Danziger Bürgermeister, Braumeister und Amateur-astronom Jan Heweliusz“ berichtete zum Beginn des internationalen Jahres der Astronomie sogar die eher konservative Tageszeitung „Die Welt“. Abgesehen davon, daß das Wort „Amateur-astronom“ für den Erbauer einer der seinerzeit leistungsfähigsten Sternwarten Europas und Verfasser grundlegender Werke zur Astronomie als alge Unterbrechung erscheint, stören sich informierte Leser an der völligen Polonisierung des Namens. Wahr ist, daß auch Hewelcke seinen Namen latinisierte und als Johannes

Hewelius schrieb. Das ändert nichts an der unzeitweilig deutschen Volkszugehörigkeit des Mannes, der – wie Peter Letkemann nun im „Westpreußen“ schreibt – „einem seit Generationen in der Hansestadt ansässigen Patriziergeschlecht entstammte“.

Die machtpolitisch motivierte Verfremdung von Personennamen ist völkerrechtlich geächtet und gilt als kulturelles Verbrechen. Deswegen würde die Polonisierung des Namens Hewelcke/Hewelius polnischen Autoren selbst dann keine Ehre machen, wenn das deutsche Danzig nicht unter genozidischen Bedingungen durch Vertreibung vernichtet worden wäre. Die ironiefreie Verwendung des polonisierten Namens in Deutschland läßt umso tiefer blicken. K.B.

Die Verfremdung von Personennamen ist ein Unrecht

Lewe Landslied,

liebe Familienfreunde,

leider glauben immer noch viele Menschen, die sich an uns wenden, daß wir eine lückenlose Karte aller früheren Einwohner Ostpreußens mit sämtlichen Daten besitzen und nur eine Schulblende zu ziehen brauchen, um die geforderte Information sofort zu finden. Ach ja, das wäre schön, und vielen Menschen, die sich so hoffnungsvoll an uns wenden, würde ich das gönnen, aber leider ist das nicht der Fall. Unsere Ostpreussische Familie ist eben eine Art Sonderbriefkasten, eine Schnittstelle zwischen Frage und Antwort, und die letzte Anlaufadresse für Suchfragen, die von den dafür zuständigen Institutionen nicht beantwortet werden konnten. Unsere treuen Leserinnen und Leser wissen das, aber denjenigen, die sich das erste Mal an uns wenden, muß das immer wieder erklärt werden. Ich bin deshalb besonders dankbar, wenn diejenigen, deren über unsere Kolumne verbreiteten Fragen ins Leere liefen, sich noch einmal bei uns melden.

Wie Herr Wilfried Krause aus Kiel, der uns zusammen mit seinen besten Wünschen für die Ostpreussische Familie und für mich als „Familienmutter“ mitteilte, daß auf seine in Folge 38/08 gestellten Suchfragen nach seiner Großmutter Charlotte Krause und seinem Onkel Hans Krause aus Königsberg keine Reaktion zu verzeichnen war. Das war auch kaum zu erwarten, denn beide blieben 1945 in Königsberg und sind seitdem verschollen. Die Großmutter Charlotte Krause geborene Küssner, hat bei Kriegsende im Haus des Konditormeisters Kurt Gehlhaar in Juditten gewohnt, hat aber die ersten Besatzungsmonate überlebt, denn sie soll im September 1945 noch eine ebenfalls in Königsberg verbliebene Bekannte besucht haben. Allerdings war die 78jährige schon sehr geschwächt, und sie wird nicht mehr lange gelebt haben. Ihr Enkel hätte gerne gewußt, wo sie ihre letzte Ruhe fand, aber dieses Fragezeichen dürfte stehen bleiben. Ebenso wie das nach dem Verbleib seines Onkel Hans Krause. Der Königsberger Kaufmann aus der Hagenstraße lag im März 1945 als Angehöriger der Stamm-Kompanie Pz.Jäg.Ers.-Abtlg. 1 im Leichtkrankenhaus

509 in Königsberg. Wurde er mit diesem Lazarett verlegt oder, aus der Behandlung entlassen, zur Verteidigung Königsbergs eingesetzt? Alle Nachforschungen haben auch nicht den geringsten Hinweis ergeben. Deshalb haben wir diese Fragen noch einmal repetiert – oft hat erst ein Nachfassen eine Reaktion bewirkt. (Wilfried Krause, Niobeweg 9 in 24159 Kiel, Telefon 0431/372665, E-Mail: maraunenhof@gmx.de.)

In diesem Zusammenhang muß ich auf einen Brief zu sprechen kommen, dessen Inhalt mich so sehr berührt hat, daß ich ihn bis-

Sommer mit einem Handkarren, im Winter mit dem Schlitten. Auch ihren verstorbenen Vater mußte das Mädchen zu den bereits vorhandenen Leichen legen, manchmal waren es 35 bis 40 Verstorbene, alle namenlos, niemand hat je nach irgendwelchen Unterlagen gefragt. Es ging das Gerücht, daß die Toten in Bombenkrater kamen, die dann zugeschüttet wurden, denn es wurde nie eine offizielle Grabstätte genannt. Hannelore W. berichtet noch viel Grausames, aber das möchte ich hier nicht wiedergeben, vielleicht einmal an anderer

Auch Frau Ingeborg Körner aus Wolfsburg sucht eine Königsbergerin, aber in diesem Fall besteht berechtigte Hoffnung auf eine positive Resonanz, denn die Befragte konnte noch vor dem Russeneinfall die Stadt verlassen und hat sich nach dem Krieg bei den Eltern der Suchenden in Hannover gemeldet. Ich bekam zuerst nur eine kurze E-Mail mit der Bitte um Kontaktaufnahme zu der Gesuchten, als Angabe waren lediglich ihr Name – Steffi Hörning – und die ehemalige Wohnanschrift – Junkerstraße 12 – angegeben. Damit kann man natürlich nicht viel anfangen. Also hieß es: nachfassen! Und so können wir etwas besser ausgerüstet auf die Suche gehen. Steffi Hörning muß etwa 1924/25 geboren sein, ihr Vater war Musiker in Königsberg. Ihr Berufsbild ist etwas unklar: Sie war als Zahnarzthelferin tätig, wollte aber gerne Medizin studieren, sollte während des Krieges als Lehrerin eingesetzt werden, weil sie sich aber weigerte, arbeitete sie in einer Fabrik. Während ihrer Arbeitsdienstzeit 1942/43 im Lager Jenbach, Oberösterreich, lernte sie Ingeborg Körner – damals Köneke – kennen, sie wurden Freundinnen und blieben auch nach ihrer Zeit beim Reichsarbeitsdienst (RAD) in Verbindung. Daß sie aus Königsberg noch rechtzeitig herauskam, bestatigte ein Brief, den Frau Körners Mutter im Februar 1945 erhielt und in dem Steffi Hörning ihre Anschrift in Berlin-Lankwitz bekanntgab: Lauenburger Straße 31. Nach Kriegsende hat sie Frau Körners Mutter Ingeborg Köneke in der Lämmerstraße 99 in Hannover aufsuchen wollen, diese war aber leider nicht da, so ging Steffi, ohne eine Nachricht zu hinterlassen. Von da an gab es keine Verbindung mehr zwischen den Freundinnen. Nun, nach fast 65 Jahren soll sie wieder zustande kommen. „Ich hoffe, die Suche hat einen kleinen Erfolg“, schreibt Frau Regina Beckmann, die Tochter von Frau Körner, die uns den Wunsch ihrer Mutter übermittelt. Da Steffi Hörning noch eine Schwester hatte, die ebenfalls geflüchtet ist, besteht die Hoffnung, daß sich jemand aus der Familie meldet. Steffi wird vermutlich durch Heirat einen anderen Namen angenommen haben. (Ingeborg Körner, Sebastian-Kneipp-Straße 6 in 38440 Wolfsburg, Telefon 05361/49585, E-Mail von Frau Beckmann: reginabeckmann@hsv.lsv.de)

Was wir für Frau Körner wünschen, hat Herr Martin Schulz aus Dresden in Worte gefaßt: „Es ist schon so, daß manche Steine erst nach Jahr und Tag ins Rollen kommen!“ Allerdings meint er damit seinen eigenen Fall. Erst nach dem Tod seiner Schwester im vergangenen April hat er im Nachlaß viele Bilder entdeckt, die jahrelang im Karton lagen und nun die Familiengeschichte wieder lebendig machen. Herr Schulz, * 8. Februar 1940 in Hoppendorf, Kreis Pr. Eylau, hat nur wenige Erinnerungen an seine Heimat, aber noch leben seine 101 Jahre alte Mutter und sein 86jähriger Onkel und können ihm viele Hinweise zu den aufgefundenen Fotos geben! Doch bei einem Bild müssen sie passen. Es zeigt eine junge Dame von kräftiger Statur, aufgenommen von dem Fotografen Fritz Hantel aus Hoppendorf. Das ist die einzige Angabe, weder der Name der Abgebildeten noch das Datum der Aufnahme ist vermerkt. Der Kleidung und Frisur nach müßte das Foto Mitte/Ende der 20er Jahre entstanden sein. „Vielleicht erkennt jemand die Abgebildete oder kann Hinweise geben, auch wenn sie noch so vage sind?“ fragt Herr Schulz, dem es eine Herzensangelegenheit ist, soviel Familiengeschichte wie möglich zu bewahren und an die Nachfahren weiter zu geben.

der Name seinen Ursprung hat. Da es sich um eine alteingesessene Gutsstädter Familie handelt, dürften die Vorfahren aus Schlesien oder Mitteldeutschland gekommen sein. Der „Ploetz für Ermländer“, der eine Fülle ermländischer Namen von Albrecht bis Zint verzeichnet, weist aber keinen „Grubert“ auf. Wer kann hier weiterhelfen? Vielleicht melden sich ja auch Namensvettern oder Verwandte, über jeden Hinweis würde sich unser Landsmann freuen. (Oskar Grubert, Kummroer Weg 34 in 15898 Latwitz, Telefon 033652/89789, E-Mail: oskargrubert@t-online.de)

In seiner Familiengeschichte wird Herr Michael Depkat-Jakob nun ein gutes Stück weiterkommen, und das verdankt er Frau Hildegard Mayer-Lamssies aus Wittlingen. Sie konnte ihm auf seine Frage nach einer Plankarte von Haffwerder nicht nur diese zusenden, sondern auch Hin-

weise auf das Haus geben, in dem die Familie Depkat gewohnt hat. Die Karte ist von Herrn Tobel aus Haffwerder aus dem Gedächtnis angefertigt worden. Er ist leider verstorben, aber Frau Mayer-Lamssies hat eine Kopie bewahrt, denn sie stammt auch aus Haffwerder, wurde 1925 dort geboren und lebte bis zur Flucht mit ihren drei Geschwistern auf dem elterlichen Hof. Rechts neben der Schule ist auf der Karte ein Anwesen „Depkat“ eingezeichnet. Dort lebte eine Witwe dieses Namens mit ihrer Tochter Anneliese, die etwa gleichaltrig mit Frau Mayer-Lamssies war. Aus einer Liste des Landesausgleichsamtes Schleswig-Holstein von 1955 ist ersichtlich, daß eine Frau Maria Depkat Eigentümerin des Grundstücks war. Diese so konkreten Angaben werden Herrn Depkat-Jakob sicher weiter helfen. Vielen Dank, liebe Frau Mayer-Lamssies, für die Information und für die mir zugesandte Kopie der Karte, so konnte ich gleich diese erfreuliche Nachricht weitergeben, denn wir alle sind immer gespannt, was sich in unserer Ostpreussischen Familie bewegt – Stillstand ist nie!

Die ostpreussische Familie



Ruth Geede Foto: Pavlik

Wer kennt diese Frau? Die Aufnahme wurde von dem Fotografen Fritz Hantel aus Hoppendorf, Kreis Pr. Eylau gemacht.

Bild: privat

her nicht erwähnt habe. Er bestätigt auf erschütternde Weise, daß das Schicksal vieler in Königsberg Vermißter nie geklärt werden kann, weil die Verstorbenen namenlos verscharrt wurden. Dies berichtet eine Zeitzeugin, die als 13jähriges Mädchen Leichensammlerin in Rosenau war. Sie war nicht die einzige, die dies tun mußte, die Russen nahmen gerne Kinder, sie mußten diese furchtbare Arbeit ohne Lohn verrichten. Vom Sommer 1946 bis März 1947 holte Hannelore nach Anweisung die Toten und brachte sie zu einer Sammelstelle, im

Stelle. Sie selber überlebte als „Wolfskind“ in Lettland, kam erst im Mai 1951 in die damalige DDR, lebt heute in Rostock. Ich will hier ihren Namen nicht bringen, denn sie selber hat diese Erinnerung beim Schreiben sehr mitgenommen. „Heute bin ich fast 76 Jahre alt, aber es ist, als wäre es gestern gewesen!“ schreibt die Königsbergerin, der ich sehr für die Ausführungen danke, weil sie mir leider bestätigen, was ich oft den Suchenden schreiben muß: Es wird mit großer Wahrscheinlichkeit keine Klarheit geben.

die Suche hat einen kleinen Erfolg“, schreibt Frau Regina Beckmann, die Tochter von Frau Körner, die uns den Wunsch ihrer Mutter übermittelt. Da Steffi Hörning noch eine Schwester hatte, die ebenfalls geflüchtet ist, besteht die Hoffnung, daß sich jemand aus der Familie meldet. Steffi wird vermutlich durch Heirat einen anderen Namen angenommen haben. (Ingeborg Körner, Sebastian-Kneipp-Straße 6 in 38440 Wolfsburg, Telefon 05361/49585, E-Mail von Frau Beckmann: reginabeckmann@hsv.lsv.de)

Ruth Geede

ist auf der Karte ein Anwesen „Depkat“ eingezeichnet. Dort lebte eine Witwe dieses Namens mit ihrer Tochter Anneliese, die etwa gleichaltrig mit Frau Mayer-Lamssies war. Aus einer Liste des Landesausgleichsamtes Schleswig-Holstein von 1955 ist ersichtlich, daß eine Frau Maria Depkat Eigentümerin des Grundstücks war. Diese so konkreten Angaben werden Herrn Depkat-Jakob sicher weiter helfen. Vielen Dank, liebe Frau Mayer-Lamssies, für die Information und für die mir zugesandte Kopie der Karte, so konnte ich gleich diese erfreuliche Nachricht weitergeben, denn wir alle sind immer gespannt, was sich in unserer Ostpreussischen Familie bewegt – Stillstand ist nie!

Eure
Ruth Geede
Ruth Geede

Landmannschaffl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

tages an Mariechen Theimer und Ilse Janich. Dagmar Adomeit, ist am 9. Juni 1928 in Königsberg geboren und leitet die Gruppe der Ostdeutschen Frauen in Frankenbergring seit 1984. Wie in allen Frauengruppen der Landmannschaft der Ost- und Westpreußen in Hessen trifft man sich hier, um nach Kaffee und Kuchen das kulturelle Gut der ostdeutschen Heimat zu erhalten, zu pflegen und weiterzugeben. Außerdem fährt Dagmar Adomeit einmal im Monat nach Wetzlar, um der dortigen Handarbeitsgruppe der Kreisgruppe Wetzlar in der Landmannschaft der Ost- und Westpreußen in Hessen Handarbeiten wie Doppelstricken und Jostenbandweben beizubringen. Weiterhin ist sie noch einmal im Monat bei den „Marburger Ost- und Westpreußen“ an den unterschiedlichsten Orten. Auch hier wird nach dem Kaffeetrinken fleißig „doppelt“ gestrickt. In der Werkwoche der Landmannschaft Ostpreußen, die im Ostheim in Bad Pyrmont stattfindet, wirkt Dagmar Adomeit als Werkmeisterin und Leiterin der Abteilung „Weben und Webknüpfen“ seit 1993 mit. Als Schlusswort zitierte Karla Weyland Liesa Rudel in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt“: „Dieses Jahr ist die 10. Werkwoche in Ostpreußen. Jede dieser in der Vergangenheit durchgeführten kulturellen Wochen hat Dagmar Adomeit maßgebend mitgestaltet. Es ist ihr ein besonderes Anliegen, den Kontakt zu den in der Heimat lebenden Landsleuten aufrechtzuerhalten und für den Erhalt und die Weitergabe der ostpreußischen Kultur auch bei ihnen einzutreten.“ Die Anwesenden dankten Dagmar Adomeit für ihre Mühen und ihren Einsatz für die ostdeutsche Heimat!

Dillenburg – Mittwoch, 25. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein, Königsberger Straße. Lothar Hoffmann referiert über die Straßenbeleuchtung in Angerburg ab 1730, dazu

liest er auch die Geschichte von Hans Christian Andersen: „Die alte Straßenlaterne“. – Zur ersten Monatsversammlung der Gruppe im neuen Jahr konnte Vorsitzender Lothar Hoffmann besonders herzlich Studiendirektor Eckhard Schelde vom Dillenburg Wilhelm-von-Oranien-Gymnasium und die beiden Schülerinnen Lydia Szeged und Julia Wolny begrüßen. Die beiden Abiturientinnen hatten im vorigen Jahr am von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung ausgeschriebenen Aufsatzwettbewerb zum Thema „Europa wächst“ teilgenommen und die ersten Preise gewonnen. Sie berichteten über das Schicksal der Rumäniendeutschen beziehungsweise Siebenbürger Sachsen. Lydia Szeged, geboren in Weissenburg / Siebenbürgen, ging zuerst auf die Besiedlung des heutigen Rumänien durch deutsche Kolonisten, die schon im 10. Jahrhundert begann, ein. Sie wurden mit vielen Vergünstigungen belohnt, mit Steuer- und Zollfreiheit, deutschem Recht und der Erlaubnis, die deutsche Sprache zu benutzen, auch in eigenen Schulen. Alles dies wurde 1224 im „Goldenen Freibrief“ festgeschrieben. Während der verschiedenen Mongolenfälle seit 1241 wurden Kirchenburgen erbaut, in die sich die Menschen flüchten konnten. Nach 1550 entstand die deutsche protestantische Volkskirche, wo die Gottesdienste auch in deutscher Sprache abgehalten wurden. Im Jahre 1683 wurde Siebenbürgen habsburgisches Kronland; 1867 kam es zu Ungarn, wo die deutsche Bevölkerung eine Minderheit bildete. Die Rechte der Deutschen blieben auch nach dem Ersten Weltkrieg erhalten. Im Zweiten Weltkrieg stand Rumänien, zu dem Siebenbürgen wieder gehörte, auf deutscher Seite. Ein „Schwarzer Tag“ war dann aber der 23. August 1944, als Rumänien sich mit der Sowjetunion verbündete und dadurch viele deutsche Soldaten, die von diesem Frontwechsel überrascht wurden, in russische Gefangenschaft gerieten. Im Januar 1945 mußten sich, nach bereits vor-

her erstellten Listen, alle deutschen Männer und Frauen ab 18 Jahre an Sammelpunkten einfinden und wurden in Güterwagen in russische Arbeitslager transportiert. Das geschah so kurzfristig, daß kaum Zeit blieb, das Nötigste an Kleidung und Verpflegung mitzunehmen. Einige Transporte endeten schon nahe der russischen Grenze, die meisten gingen in tagelanger Fahrt, bei eisiger Kälte bis nach Sibirien. Auf dieser Fahrt starben schon viele Menschen an Erschöpfung und Kälte. Das Leben in den Lagern, Männer und Frauen getrennt, war unmenschlich. Die Menschen mußten, trotz mangelnder Verpflegung, unpassender Kleidung und Krankheiten schwerste Arbeit leisten. Ab 1946 brachen in den Lagern bei den geschwächten Menschen Krankheiten wie Typhus und Malaria aus. Von der Arbeit befreit waren die Gefangenen aber nur bei hohem Fieber und schweren Verletzungen. Es gab aber keine medizinische Versorgung, allenfalls mal eine Tablette – denn es war absolut nichts vorhanden. Die russi-

schen Wachsoldaten trösteten manchmal: „Skoro damoi!“ (Bald geht's nachhause!). Das dauerte aber noch lange, obwohl es seit 1947 Krankheitstransporte nach Frankfurt / Oder gab; die Russen wollten keine arbeitsfähigen Deutschen mit ernähren. Später besserte sich die Verpflegung etwas, es gab auch eine geringe Bezahlung, um sich etwas zu kaufen. Aber alle mußten weiter schwer arbeiten, auch die Kinder, die es in den Lagern auch gab. 1949 wurden die ersten deutschstämmigen Siebenbürger Sachsen in ihre Heimat in Rumänien entlassen. Dort waren sie und ihre dagebliebenen Angehörigen inzwischen enteignet worden und besaßen keine politischen Rechte, wie das Wahlrecht, mehr. Von der rumänischen Regierung gab es auch keine Entschuldigungen oder gar Entschädigungen. Von rund 75 000 verschleppten Deutschen überlebten etwa zwölf Prozent die Strapazen nicht. Erst nach 1953 besserte sich die Lage der Deutschen wieder, sie erhielten ihre meisten Rechte wieder. Nach dem Sturz Chausesco setzte dann eine Auswanderungswelle nach Deutschland ein. Auch Lydia Szeged kam 1998 mit ihrer Familie hierher. Über die Deportation und die Situa-

tion in den Lagern konnte sie ihre Großmutter befragen, die damals zusammen mit ihrer Schwester deportiert worden war und alles hautnah erlebt hatte. Auch Julia Wolny, die danach noch einiges ergänzte, hatte sich zunächst mit der Geschichte der Rumäniendeutschen befaßt. Auch sie hatte Zeitzeuginnen befragen können, die ihr Lehrer, Herr Schelde, kennengelernt hatte und ihr vermittelt. Zum Abschluß zeigten die beiden Schülerinnen Bilder von Städten im ehemaligen Siebenbürgen, die die Preisträger zusammen mit Herrn Schelde besucht hatten. Es wurden auch Kontakte zu Schulen geknüpft, wobei alle überrascht waren über die hervorragenden Deutschkenntnisse bei den Schülern. Es gibt mehrere „deutsche“ Schulen, wobei deutsche Schüler in der Minderheit sind und alle Lehrer Rumänen mit deutschen Sprachkenntnissen. In Rumänien leben noch immer 25 000 Deutschstämmige, davon etwa 4000 rund um Hermannstadt. Aber die Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen, vor allem während des Zweiten Weltkrieges und danach, ist nur zu einem geringen Teil erforscht. Im Jahre 1994 erschien in der deutschsprachigen Hermann-

städter Zeitung eine erste Erwähnung des ihnen angetanen Unrechts.

Frankfurt am Main – Jahresrückblick auf 2008 und Ausblick auf 2009. Die Gruppe kann auf ein erfolgreiches Jahr 2008 zurückblicken und zuversichtlich die landmannschaftliche Aktivität im neuen Jahr fortsetzen. Anfang Dezember 2008 wurde in gewohntem Kreis von 30 Mitgliedern und Gästen ein besinnlicher Nachmittagsbegrüßung, zu dem Pfarrer Herrmann von der Hoffnungsgemeinde Frankfurt am Main und Meike Bohn als Musikantin eingeladen waren. Nach dem gemeinsamen Gänsebraten-Königsberger Klopps-Essen und besinnlichen Worten des aus Königsberg stammenden Pfarrers wurde mit musikalischer Begleitung viel gesungen und den Beiträgen der Landsleute unter dem Motto „Erinnerungen aus der Heimat“ gelauscht. Erfreut waren die Landsleute, als sie mit einem kleinen Geschenk („Der redliche Ostpreuße“ und Bildbande „Ost- und Westpreußen“ zur Auswahl) und zusätzlichen Leckereien bedacht wurden. Mitgliedern, die

Wohlfahrtsmarken
www.wohlfahrtsmarken.de

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Landmannschaffl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Heimat im Herzen

Zum Tode von Hans-Werner Rautenberg

Hans-Werner Rautenberg wurde am 6. Februar 1938 in Preußisch Holland in Ostpreußen geboren. Nach der Flucht aus der Heimat besuchte er in Oldenburg die Schule, legte dort 1959 das Abitur ab und studierte nach der Bundeswehrzeit ab 1961 an der Universität in Münster Geschichte, Germanistik und Philosophie. Nach dem Ersten Staatsexamen 1967 war er hier auch als wissenschaftlicher Mitarbeiter am „Glossar zur Geschichte des frühen Mittelalters im östlichen Europa“ tätig.

Ein Leben im Zeichen des Ostens Europas

Ab 1972 wissenschaftlicher Assistent an der Abteilung für osteuropäische Geschichte folgte 1977 die Promotion bei Prof. Dr. Manfred Hellmann über das Thema: „Der polnische Aufstand von 1863 und die europäische Politik im Spiegel der deutschen Diplomatie und der öffentlichen Meinung“. 1982 ging Rautenberg als wissenschaftlicher Referent an das Johann-Gottfried-Herder-Institut in Marburg / Lahn. Dort war er für ost- und westpreußische Landesgeschichte und für die Geschichte


Polens in der Neuzeit zuständig. Daneben war er etwa zehn Jahre auch als Lehrbeauftragter für ostdeutsche Landesgeschichte an der Universität in Mainz tätig.

In vielen Artikeln und Aufsätzen befaßte sich Rautenberg mit der Geschichte Polens und des Baltikums, auch mit den Deutschen in Ost- und Westpreußen. Er war unter anderem Mitglied des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrats, der Historischen


Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung und der Copernicus-Vereinsigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V. Viele Westpreußen schätzten ihn als engagierten Referenten ihrer Tagungen, der auch abends in geselliger Runde noch manches (auf seiner Gitarre) beitrug, besonders bei den hessischen Gruppen, aber auch bei den Tagungen der Westpreußen in Münster oder beim Akademischen Freundeskreis Danzig-Westpreußen. Wir werden ihn dort vermissen. Unsere Gedanken gelten seiner Familie.

Barbara Kämpfert

Ein ganz getreuer Ostpreuße hat uns verlassen.



Familienwappen



Von der Heimat einst vertrieben, die Du doch so sehr liebst, gehst Du ein zu ew'gen Frieden, wo der Herr Dir Ruhe gibt.

In unendlicher Liebe nehme ich Abschied von meinem Mann, der voller Liebe und Fürsorge war.

Erhard Erwin Sommerey

* 31. 10. 1928 † 7. 1. 2009
Duneyken/Treuburg Ostpreußen Berlin

Er war ruhig, besonnen und bescheiden, liebte seine Heimat sehr und hat viel für sein Duneyken getan. Jahrelang hat er still und geduldig sehr, sehr gelitten und so tapfer gekämpft und dabei seine Liebe und Fürsorge trotz allem nicht aufgegeben.

Er war mein Leben.

In tiefer Trauer und Dankbarkeit
Ingrid Sommerey
im Namen aller, die Dich lieb hatten.

Traueranschrift: Habichtstraße 6d, 13505 Berlin, Telefon 0 30 - 4 31 69 01

Die Trauerfeier mit anschließender Beerdigung fand am Mittwoch, dem 21. Januar 2009, um 11:00 Uhr auf dem Friedhof Heiligensee, Sandhauser Straße 78-130, Kapelleingang Elchdamm 219, 13505 Berlin, statt.

Anzeigen



Kontakten Sie uns unter:

www.preussische-allgemeine.de
oder
anzeigen@preussische-allgemeine.de

Unser Herz will dich halten, unsere Liebe dich umfassen, unser Verstand muß dich gehen lassen. Denn deine Kraft war zu Ende und deine Erlösung eine Gnade.



Und die Meere rauschen den Choral der Zeit, Elche stehen und lauschen in die Ewigkeit.

Nach einem erfüllten Leben wurde unsere liebe Schwester, Tante und Großtante in die Ewigkeit gerufen.

Erna Fritz

geb. Pallapies

* 5. August 1920 † 6. Februar 2009
Schwarzweigen, Kreis Schlossberg Langenbach/Westerwald
Ostpreußen Ostpreußen

In stiller Trauer
Gertrud Tebtmann, geb. Pallapies
Brunhilde Grünschlach mit Familie
Erika Thomas mit Familie

56479 Stein-Neukirch, den 6. Februar 2009
Traueranschrift: Brunhilde Grünschlach, Burbacher Straße 3,
56479 Stein-Neukirch, Telefon 0 26 67 / 2 43

Die Beisetzung findet am Sonnabend, dem 21. Februar 2009, um 11.00 Uhr von der Friedhofskapelle Stein-Neukirch aus statt.

Nach langer, mit viel Geduld ertragener Krankheit, verstarb unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Oma, Cousine und Tante

Erna Wlotzka

geb. Przygodda

* 13. Mai 1915 † 26. Januar 2009
Salza, Ostpr. Schöneck

In Liebe und Dankbarkeit
Horst und Renate Saklowsky, geb. Wlotzka
Dieter und Doris Zapf, geb. Wlotzka
Frank, Katja und Bernd
Stefan und Melanie
sowie alle Angehörigen

Traueranschrift: Renate Saklowsky, Kinzigstr. 22, 61137 Schöneck



Herbert Loch

Fahrlehrer

* 4. August 1929 † 6. Februar 2009
in Schwarzenofen/Ostpreußen Mannheim

In tiefer Trauer
Gisela Loch

Traueranschrift: Carl-Benz-Straße 128, 68167 Mannheim

Landsmannschafil. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

aus gesundheitlichen Gründen den Monatstreffen fernbleiben müssen, wurde auf dem Postweg das Präsent zugestellt, was als Ausdruck praktizierter „landsmannschaftlicher Verbundenheit“ freudig begrüßt wurde. Die zahlreichen Aktivitäten im vergangenen Jahr wie: regelmäßige Monatstreffen und Unternehmungen (zum Beispiel der Besuch des Palmengartens Frankfurt, eine Fahrt in den Rheingau im Juni, die Bootsfahrt auf dem Main bis Aschaffenburg im Juli, der Besuch des Schmetterlingsparks bei Koblenz im September und der Besuch des bekannten Frankfurter Weihnachtsmarktes am Römer) mit jeweils bis zu 20 Teilnehmern werden in angenehmer Erinnerung bleiben und Ansporn für die Zukunft sein. Schwung brachte Martin-Georg Kragening in die Gruppe. Nicht nur bei den regelmäßigen Monatstreffen sondern auch bei den zusätzlichen Veranstaltungen. Ein besonderes Anliegen ist die Verbindung zu den Mitgliedern, denen aus gesundheitlichen Gründen die Teilnahme am Vereinsleben versagt bleibt. Besuche und häufige Telefongespräche waren und sind deshalb an der Tagesordnung. Das Jahr 2009 wurde am 12. Januar mit einem „Sekttempfang“ begrüßt, der auch die Gelegenheit bot, über vorgeschlagene Themen der Monatstreffen und zusätzliche Aktivitäten der nächsten Monate zu sprechen und den Rahmen festzulegen. Die gute Stimmung und die bereitwillige Mitwirkung der Teilnehmer machten auch dieses Treffen so angenehm, daß man sich schon auf das nächste Mal freuen kann.



Neu: Verkehr-Rechtsschutz rund um Auto, Motorräder und Boote. Keine Selbstverständigung. Einmal für ADAC-Mitglieder nur 63,20 € im Jahr. ADAC

Kassel – Dienstag, 3. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Ab 15.30 Uhr hält Karla Weyland einen Diavortrag über „Westpreußen in Farbe“. Die Gruppe traf sich zu ihrer Jahreshauptversammlung. Der stellvertretende Vorsitzende Hermann Opiolla leitete die Versammlung, sprach die Totenrede und verlas den Tätigkeitsbericht des Vorstands. Wieder hatte es im abgelaufenen Jahr 2008 elf monatliche Treffen gegeben sowie Wanderungen und Ausflüge. Die Treffen wurden von durchschnittlich 34 Mitgliedern und Gästen besucht. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 74 Personen. Der Kassenbericht ergab keine großen Veränderungen, die Kassen- und Buchführung wurde als einwandfrei bestätigt und dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt. Die Mitgliederversammlung dankte dem Vorstand und den Kassenprüfern für die im Jahr 2008 geleistete Arbeit. Unter „Verschiedenes“ wurden Bücher von Frieda Olk und Wolfgang Peller vorgestellt, die über eigene Flucht- und Vertreibungsschicksale aus Ost- und Westpreußen berichten und zum Kauf angeboten wurden. Nach Beendigung der Jahreshauptversammlung erinnerte Lm. Opiolla an die Gründung der Kreisgruppe Kassel vor 60 Jahren und gab einen Rückblick auf die wesentlichen Veranstaltungen der abgelaufenen Jahre und die vielen Ost- und Westpreußen, die sich hier zusammenfinden. Die Zahl von 600 Mitgliedern im Jahr 1950 ist auf derzeit rund 70 zusammengeschmolzen, aber es

gibt immer noch einige treue Mitglieder aus den Anfangsjahren 1948–50. Namentlich nannte er Elsbeth Pitschke, Eva Müller, Karl Jesgars und Anny V. Kieckebusch, von denen nur Eva Müller anwesend war. Ihr wurde als Dank und Anerkennung – auch für ihren ausgezeichneten Vortrag des Kassenberichts – ein Frühlingsblumenstrauß überreicht.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrimis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 25. Februar, 16 Uhr, Treffen der Gruppe zur Mitgliederversammlung im Stadtparkrestaurant. Pfarrer i. R. Kurt Beyer wird über die Entwicklung Königsberg berichten. – Bei der ersten Veranstaltung im neuen Jahr, bei der der Frohsinn das Wort hatte, waren so viele Mitglieder mit herzlichen Vorträgen dabei, daß in der zur Verfügung stehenden Zeit keine Pause entstand. Es war überwältigend.

Oldenburg – Mittwoch, 11. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadthotel Eversten, Martin Stender, Mitglied des Bundesvorstandes der Westpreußen, hält einen Vortrag über die deutschen Vereine aus dem Land an der unteren Weichsel. – Das Thema der letzten Z u s a m m e n k u n f t wurde aus aktuellem Anlaß um das Thema Marienburg erweitert, als Prof. Dr. Freiwald als Mitglied der Heimatkreisgruppe Marienburg auf die Ausgrabungen von einem Massengrab in Marienburg zu sprechen kam. Der Artikel aus *Der Westpreuße* war in Kopie verteilt worden. So werden Augenzeugen gesucht, die auf der Flucht 1945 durch Marienburg gekommen sind oder sich dort längere Zeit aufgehalten haben. Tagesthema war Johanna Schopenhauer, über die Dr. Jens Stüben, Germanist am hiesigen Bundesinstitut BKGE, kompetent berichtete. Dr. Stüben erläuterte zunächst ausführlich den Lebensweg der Danziger Patriziertochter, verheiratet mit einem Danziger Kaufmann. Dr. Stüben ist vermehrt mit Vorträgen und Publikationen zu Johanna Schopenhauer hervorgetreten und betont darin eher die literarischen Aspekte als die historischen Hintergründe ihrer Herkunft aus Danzig. Das Interesse an der Schriftstellerin geht mittlerweile wieder über das mit der Mutter des Philosophen Arthur Schopenhauer hinaus. Ihre zahlreichen zu ihren Lebzeiten publizierten Werke sind bald nach ihrem Tod in Vergessenheit geraten, lediglich ihre Lebenserinnerungen sind von ihrer Tochter posthum veröffentlicht worden. Johanna Schopenhauer befaßte sich in ihren Romanen mit der Rolle der Frau in der damali-

gen Gesellschaft und entwickelte schon damals, ohne emanzipatorisch zu wirken, ein Selbstbestimmung vertretendes Rollenverständnis. Dr. Stüben erläuterte anhand dreier Romangestalten die unterschiedlichen Akzeptanzen der Frau in der Gesellschaft ihrer Zeit und deren Schicksale. Johanna Schopenhauer begann erst zu schreiben, als sie in Weimar 40jährig einen Literatur- und Gesellschaftsraum eröffnete, zu dessen Mittelpunkt Goethe wurde. Ihre Biographie ist in den vergangenen 20 Jahren intensiv aufgearbeitet und von Carola Stern in fast romanhafter Form publiziert worden.

Osnabrück – Dienstag, 17. Februar, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis. – Freitag, 20. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Donnerstag, 28. Februar, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Sonnabend, 28. Februar, 11 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen in der Osnabrück Halle. Anmeldungen nehmen Xenia Sensfuß, Telefon 430751, und Gertrud Franke, Telefon 67479, entgegen.



NORDRHEINWESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Westener Dorfst. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchening 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaefit@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Sonnabend, 21. Februar, 15 Uhr, „Schabberstunde“ in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Montag, 2. März, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 5. März, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreussischen Hauptstadt, in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Zehntägige Ostpreußenreise vom 18. bis 27. Juni. Busreise ab Bonn – Köln – Dortmund entlang der B 2. Fahrtkosten: DZ/HP, Versicherung 845 Euro. Eine Reise für ostpreußeninteressierte Menschen mit vielen Höhepunkten. Programm bitte bei Manfred Ruhnau anfordern, Telefon (02241) 311395.

Düsseldorfer – Mittwoch, 25. Februar, 19 Uhr, Vortrag von Dr. Wolfgang Rothe über „Besiedlung der großen Wildnis in Preußen-Litauen im 16. Jahrhundert“, Konferenzraum, GHH. – Montag, 2. März, 19 Uhr, Lesung von Ursula Dorn: „Ich war ein Wolfskind aus Königsberg“, im GHH. – Mittwoch, 4. März, 15 Uhr, ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt im Raum 311, GHH. – Donnerstag, 5. März, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Raum 412, GHH.

Düren – Freitag, 20. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe.

Essen – Freitag, 20. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Matjesessen im Stammlokal Stern Quelle, Schäferstraße 17, 45128 Essen, in der Nähe des RVE-Turmes. Information unter Telefon (0201) 626271.

Gevelsberg – Freitag, 20. Februar, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe im Vereinslokal Kegelheim, Hagenstraße 78, Gevelsberg, zur Jahreshauptversammlung ohne Wahlen.

Köln – Dienstag, 3. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Kolpinghotel (Raum siehe Ausgang), Helenenstraße 32, Köln. Thema: „Frühlingserwachen in Wort, Lied und Mundart“ von Frau Buchert und Einlagen von

Seit der Ersten Stunde

Zum Tode von Horst Hoferichter und Erich Steves

Der Bauernverband der Vertriebenen nimmt in tiefer Trauer Abschied von seinen beiden Ehrenpräsidenten Horst Hoferichter und Erich Steves.

Horst Hoferichter verstarb im Alter von 87 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit am 25. Januar 2009 in Unna. Erich Steves schloß am 27. Januar 2009 im Kreise seiner Familie im Alter von 93 Jahren in Meerbusch für immer die Augen.

Beide Ehrenpräsidenten waren Gründungsmitglieder des Bauernverbandes der Vertriebenen und Mitstreiter von der er-

sten Stunde an. Schon früh übernahmen sie ehrenamtlich Führungsaufgaben in der Vertriebenenarbeit, erst im Bund der Vertriebenen (BdV) und ab Mitte der fünfziger Jahre im neu

Bauernverband der Vertriebenen

gegründeten Bauernverband der Vertriebenen (BdVdV). Über viele Jahre haben sie in Nordrhein-Westfalen in den jeweiligen Landesverbänden Rheinland (Steves) und Westfalen (Hoferichter)

als Vorsitzende gewirkt, bevor Steves 1985 und Hoferichter 1991 das Präsidentenamt für Bundesebene übernahmen.

Für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit und Engagement bei der Wiedereingliederung vertriebener Bauernfamilien im Westen Deutschlands wurden Horst Hoferichter und Erich Steves mit hohen Auszeichnungen der Bundesrepublik Deutschland, des Bauernverbandes der Vertriebenen und des Bundes der Vertriebenen geehrt. Sie werden für immer in unseren Reihen im Geiste weiterleben.

Christian Walter

SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löschner-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 4. März, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben.

Magdeburg – Freitag, 20. Februar, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Dienstag, 24. Februar, 13.30 Uhr, Treffen der „Stickerchen“, Immermannstraße 19. – Dienstag, 3. März, 16.30 Uhr, Treffen der Vorstandes in der Gaststätte SV Post. – Freitag, 6. März, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.

Dessau – Montag, 2. März, 14.30 Uhr, Singproben im Waldweg 14.

Stendal – Vom 6. bis 16. Juli plant Dr. Lange eine Reise in die Heimat (von Masuren bis ins Baltikum). Der Reisepreis beträgt rund 1100 Euro pro Person bei HP/DZ. Anmeldungen und nähere Informationen bei Dr. Lange, Telefon (039322) 3760.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Kiel – Sonnabend, 21. Februar, 15 Uhr, Treffen der Aussiedlergruppe im Haus der Heimat, zur Karnevalszeit.

Möln – Mittwoch, 25. Februar, 17 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung der Gruppe im „Quellenhof“, Möln. Aus diesem Anlaß gibt es wieder das traditionelle Essen von „Königsberger Klopsen“. Die Anmeldungen dafür sind umgehend an die Erste Vorsitzende Irmingard Alex, Telefon (04542) 3690 zu richten. Der Preis beträgt 6,80 Euro pro Person. Außerdem werden auf dieser Veranstaltung heitere und besinnliche Gedichte und Geschichten vorgetragen.

Pinneberg – Sonnabend, 21. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im VfL-Heim, Fahlskamp 53, Pinneberg. Die Gruppe feiert ihr Faschingsfest zusammen mit Herrn Krüger und seiner Drehorgel.

Schwarzenbek – Freitag, 27. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum traditionellen ostpreussischen Wurstessen im Schröders Hotel, Schwarzenbek. Sie können wählen zwischen einer ostpreussischen Wurstplatte, Rahmschneitzeltem oder Prikasse. Preis 12 Euro pro Person.

Landsmannschafil. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 7. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 20. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 27. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

SACHSEN

Vorsitzender: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (037292) 22035, Fax (037292) 21826. Geschäftsstelle: Telefon und Fax (0371) 5212483, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz, Sprechstunden Diens-tag, 9 bis 15 Uhr.

Dresden – Dienstag, 24. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Faschingsfeier in der BdV-Begegnungsstätte, Borsbergstraße 3, 01309 Dresden.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Gedenkfahrt „Stationen von Flucht und Vertreibung“ vom 28. August bis 6. September 2009, Reiseleitung: Ln. Westphal, Telefon (05324) 798228 - 1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen, Zwischenübernachtung in Marienburg. 2. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie eine Führung durch die Marienburg. Anschließend Weiterfahrt zum polnisch-russischen Grenzübergang. Hier empfängt Sie Ihr deutschsprachiger Betreuer, der Sie während Ihres gesamten Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen begleiten wird. Weiterreise vorbei an Königsberg, Wehlau und Tapiau und weiter über Kreuzungen bis nach Tilsit. Abendessen und Übernachtung in Tilsit. 3. Tag: Am Vormittag Fahrt in die Elchniederung nach Rauterskirch mit Besuch der historischen Kirche und Seckenburg an der Gilge. Am Nachmittag Rundfahrt durch den Kreis Elchniederung über die Sköpener Brücke in den nördlichen Teil des Kreises mit Besuch von Kuckernesse, Karkeln, Inse, Rautersdorf und dem bekannten Jagdschloß Pait. Untervergütung der Kirchspielorte: Neukirch, Heinrichswalde, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen. Übernachtung in Tilsit. 4. Tag: Busruhetag. Am Vormittag unternehmen Sie einen Rundgang zu Fuß durch Tilsit. Der Nachmittag bleibt zur freien Verfügung, dafür steht Ihnen unser bewährter Taxiservice zur Verfügung. Übernachtung in Tilsit. 5. Tag: Zunächst Fahrt über die historische Adlerbrücke in Labiau und vorbei an der Deimemündung bis nach Königsberg. Bei der Stadtführung sehen Sie die historischen Sehenswürdigkeiten. Am Nachmittag Weiterfahrt in das Samland bis nach Rauschen. Rundgang durch den wieder schönen und sehr lebendigen Ferienort. Nach dem Abendessen bleibt noch Zeit für einen kleinen Spaziergang zur neuen Strandpromenade. Übernachtung in Rauschen. 6. Tag: An diesem Reisetag steht eine Samlandrundfahrt auf dem Programm.

Zunächst fahren Sie nach Palmniken, wo ostpreußischer Bernstein im Tagebau gewonnen wird. Anschließend besuchen Sie in Gernau die Kriegergräberdenkstätte, ein Ort der Erinnerung an alle Opfer des vergangenen Krieges. Danach erreichen Sie Pillau, dort Führung durch die Hafenanlage. Der Hafen von Pillau hatte eine besondere Bedeutung in den ereignisreichen Tagen im Winter 1945, als Tausende Ostpreußen ihre Heimat in kürzester Zeit verlassen mußten. Am Abend klingt bei einem Folklorekonzert im Hotel Ihr Aufenthalt im nördlichen Ostpreußen stimmungsreich. Übernachtung in Rauschen. 7. Tag: Nach dem Frühstück Rückreise vorbei an Königsberg und am Frischen Hafl entlang bis nach Heiligenbeil und über die russisch-polnische Grenze. Weiter geht es mit kurzem Zwischenstopp in Braunsberg bis nach Frauenburg. Hier werden Sie an der Burganlage des Frauenburger Domes zu einer Führung durch die einstige Wirkungsstätte von Nicolaus Copernicus erwartet. Anschließend Schiffsfahrt von Frauenburg über das Frische Hafl bis nach Kahlberg auf der Frischen Nehrung. Danach Fahrt bis nach Gdingen zur Übernachtung. 8. Tag: Heute unternehmen Sie eine Führung durch die Dreistadt von Danzig, Zoppot und Gdingen. Während der Stadtführung unternehmen Sie auch einen Schiffsausflug zur Westerplatte. Zum Gedenken an die historischen Ereignisse, mit denen die Westerplatte verbunden ist, wurde hier eine Gedenkstätte eingerichtet. Übernachtung in Gdingen. 9. Tag: Am Vormittag Schiffsfahrt von Gdingen aus durch die Danziger Bucht bis zur Halbinsel Hela. Anschließend per Bus vorbei an Heisternest wieder zum Festland und weiter bis nach Pommern zur Übernachtung in einem Schloßhotel in der Nähe von Köslin. 10. Tag: Rückreise. (Programmänderungen vorbehalten) Leistungen: Busfahrt, Ü/HP in Marienburg, drei Ü/HP in Tilsit, zwei Ü/HP in Rauschen, zwei Ü/HP in Gdingen, Ü/HP im Schloßhotel Podewils in der Nähe von Köslin, Besichtigungsprogramm wie beschrieben, alle Steuern/Gebühren sind im Preis enthalten, inklusive Schiffsfahrt und Straßengebühren in Polen, deutschsprachige Betreuung während des Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen sowie zu den Führungen in Polen, Visabeschaffung (Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen), Preis 915 Euro, EZ-Zuschlag 180 Euro, Visagebühr 55 Euro.

Landmannschaffl. Arbeit Fortsetzung von Seite 18

Anmeldungen bis zum 23. Februar unter Telefon (04151) 81108, (04151) 5396 oder (04151) 4352. Im Programm: Stadarchivar Dr. W. Boehart hält einen Vortrag: „Wie beeinflussen Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Jahr 1945 Schwarzeneck“. Kleine Vorträge aus den eigenen Reihen sind ebenfalls erwünscht. **Uttersen** - Auf der ersten Monatsversammlung des Jahres konnte die Vorsitzende Ilse Rudat 50 Mitglieder und Gäste begrüßen. Statt der vorgesehenen Jahreshauptversammlung, die aus Krankheitsgründen des stellvertretenden Vorsitzenden Jochen Batschko verlegt wurde, bekamen die Besucher einen Videofilm über die Entwicklung des Königsberger Gebiets zu sehen. Vorgeführt vom Vorstandsmitglied Joachim Rudat. Beeindruckend, mit welchem Unternehmenseinsatz Rußlanddeutsche mit unermüdetem, Arbeitseinsatz, Mut und finanziellem Aufwand alles tun, um

sich in diesem Teil Ostpreußens wieder eine lebenswerte Existenz aufzubauen. Ein gelungenes Beispiel sind die Übernahme und der Wiederaufbau des früheren Landgestüts Georgenburg bei Insterburg durch einen heute in der Schweiz lebenden Rußlanddeutschen. Es werden hier wieder Trajekker, aber auch Holsteiner und Hannoveraner gezüchtet und vermarktet. Die vielen im Film gezeigten Störche, die schon früher als Glücksbringer galten, werden auch diesmal hoffentlich nicht versagen. Rudat führte anschließend aus, daß Rußland inzwischen ebenfalls von der Weltwirtschaftskrise erfaßt worden ist. Man rechnet für dieses Jahr mit einer Inflationsrate von 16 Prozent. Für einen Euro muß man 45,66 Rubel in Königsberg bezahlen - im September 2008 waren es noch 36,23 Rubel. Als Dank für diese gelungenen und informativen Filmvorträge applaudierten die Besucher kräftig. Joachim Rudat bekam einen guten Schluck überreicht. Die Vorsitzende dankte allen Helfern für die Gestaltung des gemütlichen Nachmittags.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhne, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052.

Kirchspiel Pörschen - Unser Landmann Arthur Labrenz, Erster Kirchspielvertreter des Kirchspiels Pörschen seit 2005, teilte der amtierenden Kreisvertreterin seinen sofortigen Rücktritt mit. Aus gesundheitlichen Gründen kann er leider dieses Amt nicht mehr ausfüllen. Bis zu der nächsten ordentlichen Neuwahl im September während der Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil übernimmt sein Bruder Horst Labrenz die Führung des Kirchspiels. Durch das vorzeitige Ausscheiden rückt nun sein Bruder an dessen Stelle als Ersatzmitglied in den Kreistag gemäß § 7 der Satzung. Er ist zu erreichen unter Telefon (06321) 83914. An dieser Stelle danke ich im Namen des amtierenden Vorstands der Kreisgemeinschaft Arthur Labrenz für seine geleistete Mitarbeit. Unsere Gedanken sind bei ihm.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Willi Reck, Georg-Büchner-Straße 7, 31224 Peine, Telefon (05171) 805972, Fax (05171) 805973. Schriftführerin: Marlene Gesk, Unswatfeld 9, 24977 Langballig, Telefon (04636) 1560, Fax (04636) 8833.

Ehrenvorstand der Kreisgemeinschaft Johannsburg Gerhardsbosch zum 85. Geburtstag - Der große

Kreis der Freunde der Kreisgemeinschaft und alle Bekannten aus Masuren im Kreis Johannsburg überbringen Glückwünsche und gratulieren ganz besonders herzlich zu diesem hohen Ehrenstag. Gerhardsbosch wurde in Saffronken im Kreis Neidenburg geboren, weitere Wohnorte waren Gelsen und Gutten im Kreis Johannsburg. Sein wechselvoller Lebensweg wurde schon in vielen Artikeln und Veröffentlichungen beschrieben. Den aktiven Schuldienst beendete er 1980 als Rektor in Kaltenkirchen. Mit dem Kreisvertreter Gerhard Wippich führte er als dessen Stellvertreter von 1972 bis 2003 die Kreisgemeinschaft über mehrere Jahrzehnte, die von wechselvollen Ereignissen geprägt waren. Seine Verdienste ehrte die Kreisgemeinschaft 2003 mit der einstimmigen Ernennung zum Ehrenvorstand. Weit über 100 Hilfsaktionen mit erheblichen Anstrengungen hat er organisiert und den daheimgebliebenen Landsleuten in Masuren Hilfe überbracht, wobei er eine Kilometerstrecke zurücklegte, die der elfmaligen Erdumkreisung entspricht. Zu seinen Leidenschaften gehören die Jagd und die Fotografie. Mit der Büchse und dem Fotoapparat war er in Ostpreußen schon vor Tagesbeginn unterwegs. 1988 wurde ihm in Königsdorf in der Johannsburg Heide das höchste Jagdgeld beschieden, indem er einen Wolf zur Strecke brachte. Diese Trophäe ist in unseren Sammlungen ein besonderes Schauobjekt. In seinem Bildarchiv türmen sich über 5000 Farbbilder und Dias, die von der Schönheit und Harmonie Masuresnes Zeugnis ablegen. Über 30 Jahre hat er als Chefredakteur des Johannsburgers Heimatbriefes Heimatfreunde mit Nachrichten versorgt, erfreut und die Geschichte unserer Heimat fortgeschrieben. Als Buchautor und Vortragskünstler mit Dia- und Filmvorführungen hat er Masuren vielen Menschen in allen bunten Facetten nähergebracht und be-

kannt gemacht. Für das jahrzehntelange, nimmermüde Wirken und seinen Einsatz für Menschen und Heimat erhielt er höchste Anerkennung, Auszeichnungen und Ehrungen. So das Bundesverdienstkreuz, das Goldene Ehrenkreuz, die Ottomar-Schreiber-Plakette der Landsmannschaft Ostpreußen und die Ehrennadel der Kreisgemeinschaft. Unsere Gemeinschaft hat Gerhardsbosch sehr viel zu verdanken. Wir wünschen ihm noch viele geruhensame Jahre im Kreis der Familie und der Johannsburg. Wir hören gerne auf seine guten Ratschläge, die wir auch annehmen und befolgen. Wir, die Mitglieder des Vorstandes und des Kreistages, wünschen Gerhardsbosch, daß von der Liebe und Hingabe zu Menschen und Heimat, die er jahrelang verbreitet hat, viel zu ihm zurück kommt. Recht viel Gesundheit, Zufriedenheit und keine Beschwerden im hohen Alter mögen ihn in den weiteren Lebensjahren begleiten. Herzliche Glückwünsche, lieber Gerhards, von Deiner Kreisgemeinschaft.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (05733) 5585. Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

Fahrt der Kreisgemeinschaft nach Sensburg - Auch für diesen Sommer ist eine Fahrt der Kreisgemeinschaft nach Sensburg geplant. Die findet vom 13. bis 23. Juni 2009 statt. Noch sind einige wenige Plätze frei. Die Fahrt beginnt in Gelsenkirchen-Erle. Weitere Zustiegsmöglichkeiten werden an den Raststätten der BAB 2 Richtung Hannover-Helmstedt-Berlin nach Dedelow angeboten. Auf der Hin- und

Rückfahrt ist jeweils eine Übernachtung im Landhotel Dedelow bei Prenzlau vorgesehen. In Sensburg wohnen wir im Hotel Panorama-Oscar, direkt am Schloßsee gelegen. Der Preis beträgt pro Person im DZ 548 Euro, Einzelzimmerzuschlag 90 Euro und beinhaltet: Fahrt im modernen Reisebus, zehn Übernachtungen in Zimmern mit DU/WC/Telefon und TV, zehnmal Frühstücksbuffet, zehnmal Abendessen (Buffet), einmal Fischessen in Kruttinnen, vier Tagesausflüge mit Reiseleitung einschließlich Eintrittsgelder, zwei Unterhaltungsabende, Kurtaxe, Straßengebühr und eine Auslandskrankenversicherung mit Rücktransport. Geboten wird neben vielen Sehenswürdigkeiten die Möglichkeit, die wunderschöne masurische Landschaft wiederzusehen oder kennenzulernen, und viel heimatische Atmosphäre. Wer mitfahren und weitere Einzelheiten wissen möchte, solle sich umgehend wenden an A. Teuber, Wittkampshof 8, 45891 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 76914.

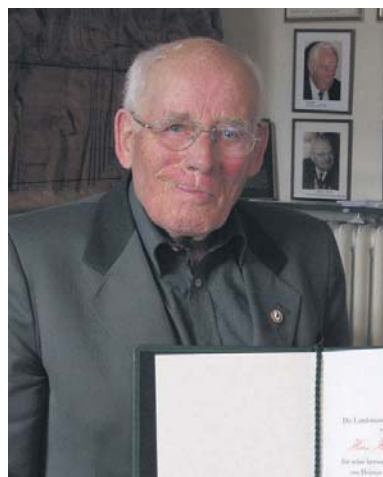
Einladung zum Treffen der Kirchspiele Peitschendorf und Aweyden - Wie im Sensburger Heimatbrief angekündigt, findet das nächste Treffen der Kirchspiele Peitschendorf und Aweyden am 25. April 2009 ab 11 Uhr in der Gaststätte Middelicher Hof, Winkelmannshof 1 (Ecke Frankampallee), 45891 Gelsenkirchen statt. Es wird gebeten, die schriftliche oder telefonische Anknüpfung der Teilnahme bis zum 10. April 2009 zu richten an Adalbert Teuber, Wittkampshof 8, 45891 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 76914. Wegbeschreibung für Autofahrer: BAB 2 Ausfahrt Gelsenkirchen-Buer, im Kreisverkehr gleich rechts ausfahren, weiter geradeaus über die zweite Ampelkreuzung hinweg, dann die erste Straße rechts abbiegen (Frankampstr.), nach rund 50 Metern befindet sich auf der linken Straßenseite der „Middelicher Hof“, Straßenbahn-Linie 301 bis Haltestelle Middelicher Straße.

Er diente und dient seinem Land

Goldenes Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen für Horst Buchholz

Am 14. März 1923 wurde Horst Buchholz als dritter Sohn auf dem Hof der Eltern Magda Buchholz geborene Riedelsberger und Gustav Buchholz in Eichbruch / Uszballen, Kreis Schloßberg (Pillkallen), geboren.

Mutter Magda, deren Vorfahren Salzburger Herkunft sind, bildete bis 1944 landwirtschaftliche Lehrlinge aus. Vater Gustav bewirtschaftete 217 Hektar Land. Vorwiegend wurde Getreide angebaut, aber auch die Milchwirtschaft mit 50 bis 55 Milchkuhen spielte eine tragende Rolle. Hier in Eichbruch wuchs Horst Buchholz unbeschwert mit seinem zwei Jahre älteren Bruder Kurt (Feldwibel OA, Kurt Buchholz, gefallen im Januar 1943 in Rußland) auf und absolvierte auf dem elterlichen Hof auch sein erstes Jahr landwirtschaftliche Lehre.



Nach dem Besuch der Grundschule wechselte er auf das Gymnasium „Friedrich-Wilhelm-Oberschule“ in Schloßberg, das er im April 1938 mit der Mittleren Reife verließ. Im Oktober 1940 meldete sich Horst Buchholz freiwillig zur Luftwaffe und wechselte nach der Ausbildung zur Fallschirmjägertruppe, mit der er in Afrika (Tobruk und El Alamein), Italien, Frankreich und an den Abwehrkämpfen um Berlin eingesetzt war. 1943 an der Ostfront in Rußland erlitt er eine schwere Gesichtsverwundung und weitere Verwundungen bei den Kämpfen in Deutschland. Während seines Lazaretaufenthaltes in Breslau besuchte er zwei Semester als Gasthörer die dortige Landwirtschaftliche Akademie. Kurz vor der Kapitulation war Buchholz

eingesetzt. Nach Kriegsende gelang es Buchholz als Soldat, der Gefangenennahme zu entgehen. Er konnte fliehen und kam so über Gadebusch nach Schillerslage bei Burgdorf / Niedersachsen. Einige Zeit arbeitete Buchholz in der Nähe von Osnabrück in der Landwirtschaft. Von 1947 bis 1948 besuchte er die Höhere Landbauschule Osnabrück in

lernte Horst Buchholz 1948 seine Ehefrau, die landwirtschaftliche Lehrerin Ursula Kahler, kennen, die er 1954 ehelichte. 1953 wurde in Schillerslage sein Haus gebaut. Ab 1. Dezember 1952 war Horst Buchholz als Referent für Feldberegung und landwirtschaftliche Abwasserverwertung bei der Landwirtschaftskammer Hannover tätig. Ferner wurde ihm die Geschäftsführung des Arbeitskreises für Feldberegung mit über 1200 Mitgliedern übertragen. Bei dieser Tätigkeit wurde er in viele Fachausschüsse berufen. Am 1. Dezember 1984 ging Buchholz nach viele Jahre seine Erfahrungen aus über 40jähriger Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft in die Arbeit des Kreistages einbringen wird.

Für seine konstant aktive, langjährige Mitarbeit im Kreistag und Kreisrausschuß der Kreisgemeinschaft Schloßberg wurde Horst Buchholz am 29. Juni 1986 das „Silberne Ehrenzeichen“ der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen.

In Würdigung seiner außerordentlichen Leistungen und seines Einsatzes für Ostpreußen und die Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e. V. verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Horst Buchholz das Goldene Ehrenzeichen

jedoch zu dieser Zeit die Mitgliedschaft im Kreisrausschuß der Kreisgemeinschaft Schloßberg, in den er am 21. August 1976 gewählt wurde. Bereits lange davor und vor seiner Wahl in den Kreistag am 15. Juni 1968, war Buchholz ehrenamtlich für die Kreisgemeinschaft unermüdet tätig. Bis heute stets bereit, Aufgaben in der Kreisgemeinschaft zu übernehmen, unter anderem auch als Gratulant zu hohen Geburtstagen und Ehrentagen der Landsleute aus der Kreisstadt Schloßberg und einigen der neun Kirchspielgemeinden. Bei Kreistagsitzungen übernimmt Horst Buchholz als ältestes Mitglied die Sitzungsleitung. Seine Meinungen und seine Ratschläge zu aktuellen Themen finden bei den Kreistagsmitgliedern volle Anerkennung. Der Vorstand und der Kreistag der Kreisgemeinschaft Schloßberg hoffen, daß Horst Buchholz noch viele Jahre seine Erfahrungen aus über 40jähriger Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft in die Arbeit des Kreistages einbringen wird.

Für seine konstant aktive, langjährige Mitarbeit im Kreistag und Kreisrausschuß der Kreisgemeinschaft Schloßberg wurde Horst Buchholz am 29. Juni 1986 das „Silberne Ehrenzeichen“ der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen.

In Würdigung seiner außerordentlichen Leistungen und seines Einsatzes für Ostpreußen und die Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e. V. verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Horst Buchholz das Goldene Ehrenzeichen

Der Fastnachtsstorch

Wenn aus einem Spocht ein Mannsbild wird und der Brummtopf lärmt und ein Storchenniß keinen Nachwuchs bringt

»Fastnacht feiert jede Maus, drum bitten wir uns Ferien aus. Die bösen Raben sind gekommen Und haben uns die Bücher weggenommen.«

Etwas ratlos startete Lehrer Breckow auf die Wandtafel, drehte sich um und blickte in eine Schar erwartungsvoll grinsender Kindergesichter. Fastnacht – ja, die stand ja heute auf dem Kalender, aber daran hatte er hier in dem kleinen, schon dicht an der russischen Grenze gelegenen Kirchdorf nicht gedacht. Ostpreußen und Fastnacht – paßte das überhaupt zusammen?

Die Geschichte, das muß zuerst geklärt werden, spielt vor dem Ersten Weltkrieg in einem Kirchdorf nördlich der Rominter Heide. Dort, wie man damals „im Reich“ zu spotten pflegte, wo sich Wolf und Fuchs Gute Nacht sagten. Der Junglehrer Wilhelm Breckow, frisch von der Präparande aus Perleberg gekommen, hatte zwar auch mit etwas Skepsis die Stelle in Wilkischken angetreten, aber sie schien ihm geeignet, die ersten Erfahrungen in dem von ihm gewählten Beruf zu erwerben. Das war ihm auch geclückt, denn eine muntere Schülerschar hatte ihm das Einleben erleichtert. Und auch die Eltern machten mit. Denn mit einem hatte der Junglehrer nicht gerechnet: mit der Gastfreundschaft der Bewohner des Kirchdorfs und der umliegenden Höfe. Sie hatten festgestellt: „Das ist e richtiger Spocht, so e Spacheister, dem pust ja der Wind durche Bakken!“ Also mußte er aufgegäppelt werden, denn die Jungs und Marjellens sollten doch Respekt vor ihrem Schulmeister haben. Und dazu gehörte nun einmal auch eine kräftige Statur.

So wurde der junge Lehrer rundergeicht. Überall, wo man ihn einlud, wurde kräftig aufgetischt. Aus dem Spocht wurde langsam ein

richtiges Mannsbild, wie die Wilkischker zufrieden feststellen konnten. Auf das die Marjellens schon bald ein Auge warfen. So manch ein aufmunternder Blick wanderte mit den Klops- und Kumtschüsseln über den Tisch zu dem jungen Gast, und tatsächlich schien es dann auch gefunkt zu haben. Die Friedel Wallner, Tochter des Sägemühlenbesitzers, hatte es ihm angetan. Zwar saßen noch vier weitere Schwestern am schön gedeckten Tisch, aber mit der Friedel unterhielt sich Wilhelm Breckow besonders eingehend und lange. Kein Wunder, denn die Friedel war nach Ansicht der Wilkischker „sehr belesen“ und besaß ansonsten auch alles, was einem Mann gefallen konnte.

Allerdings hatte der Schulmeister auch einen Konkurrenten, einen Nachbarssohn der Wallners, der mit Friedel schon in der Sandkaule gespielt hatte. Aber der ließ auch sonst nichts anbrennen, wie es Breckow zu Ohren kam. „Für so einen ist die Friedel doch viel zu schad, dieser lange Lulatsch, der rennt doch hinter jeder Schürze her“, hatte ihm die alte Kuhnke, die im Schulhaus sauber machte, gesteckt. Das beruhigte den jungen Lehrer doch sehr.

Aber kommen wir nun zur Fastnacht, dem Fest, das dem Winter austreiben galt, der aber in Ostpreußen noch lange nicht vorbei war. In alten Zeiten hatte man es drei Tage lang gefeiert, jetzt blieb es auf den Fastelabend beschränkt, von dessen Bräulich der zugewanderte Lehrer keine Ahnung hatte. In Wilkischken wurde er noch gefeiert mit einem vergnügten Fastnachtstreiben der jungen Männer, die mit dem Brummtopf und verkleidet als Bär, Storch, Pracherweib und Vengtiner von Hof zu Hof zogen und die Marjellens ärgerten und piesakten.

Und nun stand da also der Spruch an der Tafel, der bewies,

daß auch die kleinsten Wilkischker ihren Spaß haben wollten. Breckow bemerkte, daß keiner von seinen Schützlingen Fibel und Tafel dabei hatte. Einer der Kleinsten krächte: „Haben die Rabens alle geklaut!“ Und als der Lehrer noch immer stumm in die Runde blick-

Büchern!“ Johlend stob die Bande aus dem Schulraum. Breckow überlegte: Was sollte er mit dem unvermuttert freien Tag anfangen? Er beschloß, in die Kreisstadt zu fahren, um einen befreundeten Lehrer zu besuchen, der ihn schon lange eingeladen hatte.



Der Rommelpott ist die süddeutsche Version des Brummtopfes: Der Rommelpottspieler mit 5 Kindern, 1618-1622. Bild: wikipedia

te, fühlte sich Mariechen Preuß als älteste Schülerin bemüßigt zu erklären: „Das ist doch am Fastelabend so. Der Herr Lehrer Plikkat hat uns immer nach Haus geschickt.“

Na, wenn das immer so war, konnte der neue Lehrer ja nicht anders handeln. „Also gut, Kinder, dann habt ihr heute schulfrei! Aber morgen bitte mit Tafeln und

Fastnacht feierte nicht nur jede Maus, sondern auch jeder Wilkischker. Zu Mittag gab es nach altem Brauch Schuppnis, diesen kräftigen Erbsenbrei mit Spirkeln und Schweinebauch. Bei Wallner kam dagegen Sauerkraut mit Fleischkrapfen auf den Tisch, ein Gericht aus der Heimat ihrer Salzburger Vorfahren. Danach hatte man eine Schlittenfahrt unternom-

men, auch ein alter Fastnachtsbrauch, dann sollte der Flachs gut gedeihen. Schließlich war man im Krug gelandet, wo es Kaffee und Kroffel gab, und sich die versammelten Wilkischker so langsam auf den Fastelabend vorbereiteten. Auffällig war, daß sich die Marjellens im Hintergrund hielten und hinter ihnen vor den Mund gehaltenen Taschentüchern kicherten.

Der erste Korn machte die Runde, als vor der Türe ein Lärmen begann. Und dann brach die wilde Jagd herein unter den ohrzerreißenden Tönen des Brummtopfes, dem Stampfen des Bären, dem Wiehern des Schimmels, dem Jammern und Heulen der übrigen Vermummten. Die überragt wurden von dem langen Storch, der mit seinem spitzen, roten Schnabel auf die Mädchen zustiößte, die kreischend unter Tische und Bänke flüchteten. Eine hatte der Storch besonders ins Visier genommen: die Friedel Wallner. Er spenkerte sie aus ihrem Versteck und scheuchte sie quer durch die Wirtsstube. Ehe sie in die Arme ihres Vaters flüchten konnte, hatte der Storch sie mit seinem Schnabel in das Bein gezwickt, und zwar kräftig. Das bewies der lange Riß in dem weißen Strumpf, der sich blutrot färbte. So schnell, wie der Spuk gekommen war, so schnell war er auch vorbei. Dafür stieg der Geräuschpegel im Krug an. Nach und nach kamen die Burschen, noch mit Spuren von Ruß in den Gesichtern, Brummbaß und Fiedelklängen auf, der Fastelanz konnte beginnen.

Als Wilhelm Breckow, wieder glücklich in Wilkischken gelandet, am Krug vorbei kam, war die Stimmung in vollem Gange. „Kommen Sie doch rein, Herr Schulmeister“, sagte Vater Wallner, der zum Verpusten vor die Türe gegangen war, „wir haben Sie schon vermißt!“ Das ließ sich der junge Lehrer nicht zweimal sagen, denn wo der

Vater war, mußten auch seine Töchter sein. Die sah er dann auch unter den tanzenden Paaren, von denen Role Pättsch mit einer drallen Marjell das wildeste war. Nur die Friedel saß am Tisch neben der Mutter und sah nicht gerade glücklich aus. Ihre Schwester Janne kicherte: „Die kann nicht tanzen, der Storch hat sie ins Bein gebissen“

„Wer?“ fragte der Lehrer schokkiert. „Nicht weiter sagen“, flüsterte ihm Janne ins Ohr, „das war der Role Pättsch!“ Dem armen Schulmeister begann der Kopf zu dröhnen. Was das zu bedeuten hatte, glaubte er zu wissen: seine Mutter, die Hebamme, hat dies oft gesagt, wenn sie von einer ledigen Schwangeren kam. Er ergriff den nächsten Rettungsanker, einen doppelten Korn, und faßte mit einem weiteren nach. „Ist Ihnen nicht gut, Herr Schulmeister?“ fragte eine besorgte Mädchenstimme. Und die gehörte der Friedel Wallner.

Wilhelm Breckow faßte allen Mut zusammen und sprach mit schwerer Zunge: „Fräulein Friedel, wenn Sie der Storch ins Bein gebissen hat, nehmen Sie den nicht, nehmen Sie mich!“ Es dauerte sehr lange und etliche Lagen Fastelbier, bis der Irrtum restlos geklärt war und sich in einem befreundenden Gelächter auflöste. Denn auch von Seiten der Wallners hatte es Verwunderung gegeben, sogar Empörung, vor allem bei der Mutter: Wie konnte der Herr Lehrer so etwas ihrer Tochter zutrauen, vor allem noch mit dem Luntrum, dem Pättsch, und überhaupt ...

Ja, und überhaupt kam es an diesem Abend zur Verlobung. Und die Wilkischker konnten doppelt feiern!

Ruth Geede

[Spocht / Spacheister: schwächlicher Mensch, Vengtiner: Landstreicher, Kroffel: Fettgebäck zur Fastnacht, spenkern: treiben]

Staat in Mitteleuropa	nord-französ. Landschaft	Länderangabe	boshafte Bemerkung	männlicher Nachname	hüpfen	Rätselreim	Feuerkröte	Riese, Ungertum	Abschörung, Scherent, Haltung	früherer Lanzenreiter	Ansprache, Vortrag	biblischer Stammvater	nordischer Hirsch
ein Briten			Vorsilbe: unterhalb (lat.)	Prachtentwurf	zwerghafter Geist	Kirsch machen	Sultanat am Arabischen Meer	Tennis: Schmettenball (engl.)	ein Erdteil	modisch			
Fußbekleidung	Köder		hees. Stadt an der Frise	dt. Schriftsteller (Günter)	Heid: Halbgott (griech. Myth.)	bayrisch: Kuss (ugs.)	rundlich, üppig	Hausrat, Wohngegenstände	nach Abzug der Unkosten	kleine Mahizeit	Hand in der Landessprache		
tiefe Beschneidung	Bruder kains			Natriumkarbonat	Baldriangewächs	germanische Gottheit	ohne Inhalt	Ungewießer, Parasit	Augenflüssigkeit	chem. Zeichen für Nickel			
Kraftsportgerät	Kehrgerät			europäischer Strom	ausflug, Reise	Signalfarbe	rote Strauchfrucht	von Wasser umgebenes Land	eine der Musen	Agavefasern	Klosterfrau		
letztliche Hauptstadt	Stellvertreter eines Abtes			orientalischer Markt	unter der Hand Vorliebe aus handeln	Bücherbord	früher; lieber	kreisförmiges Gebilde	Dienerstelle, Behörde	saure Flüssigkeit zum Würzen			
römischer Kaiser				Siegesplakette	Metallstift	Stil, Eleganz (französisch)	stetig fließen, laufen	tiefe Bedauer	von Wasser umgebenes Land	Agavefasern	Klosterfrau		

3. Onassis
Magisch: 1. Kaserna, 2. Sehtest, 3. Schneider - Montage, 3. Schnee, 4. Leiter, 5. Schalter, 6. Pingel.
Mittelworträtsel: 1. Kammer, 2. Kartoffel.

Schüttelrätsel:
So ist's richtig:
Pseudonym: Nahrung des Wildes
nord. Schicksalsgöttin

Schüttelrätsel

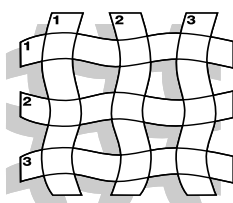
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ÖRT, TOR oder auch ROT heißen).

ACHOS	ABEL	IIMNT	ABEKL	EERU	BIIS	ENTT
		ABERTU	EILN			
EHIRN						
BEGIKORT						
AMSU			ERST			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Auf-, Zusammenbau.

1	SPEISE					JAEGER
2	SALZ					SALAT
3	PULVER					MANN
4	TRITT					WAGEN
5	LICHT					HALLE
6	MITTEL					HUT
7	GLAS					SITZ



Magisch
Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Truppenunterkunft
- 2 Prüfung der Augenschärfe
- 3 griechischer Reeder (Aristoteles)

Abenteurer und Neugierige angelockt

Naturerlebnis mit Herzklopfen: Goldsuchen in Deutschland – Reich wird man davon kaum

Ein geübtes Auge, viel Geduld und eine Goldwaschpfanne brauchen nicht nur die legendären Goldsucher in Amerika, um ihre Hoffnung auf einen gelungenen Fund zu verwirklichen. Auch in Deutschland kann man heute noch der Goldsuche nachgehen, wenn auch nur als Freizeitbeschäftigung.

Mit buntkariertem Flanellhemd, ockerfarbener Outdoor-Weste und langen schwarzen Gummistiefeln steht Markus Schade knietief im Wasser der Grümpen, läßt mit Wippbewegungen das Sediment über den Boden der grünen Goldwaschpfanne aus Plastik gleiten. Das Fließchen Grümpen bei Theuern im Landkreis Sonneberg ist einer der größten Magneten für Goldsucher. „Von den 253 goldführenden Bächen in Thüringen ist er einer der goldreichsten“, erklärt Schade. „Um Erfolg zu haben, muß man wissen, wo man suchen muß“, fährt er fort, während er

Wissen, wo man suchen muß

einen rostroten Stein hochhebt. „Gold kann nur dort sein, wo die Strömung im Bach auch das schwere Eisenerz – wie diesen Roteisenstein – ablagert.“

Der 55jährige ist einer der eifrigsten Goldsucher der Gegend. Als einer der wenigen lebt er sogar davon. Allerdings verkauft er seine Funde nicht; er und seine Frau Karin sind Goldwasch-Lehrer, sie unterrichten Neulinge im Umgang mit der Goldwaschpfanne.

Deutschland hat eine ganze Reihe von Goldvorkommen vorzuweisen: außer im Thüringer Schiefergebirge findet man das edle Metall vor allem am Rhein, im Oberpfälzer Wald, im Fichtelgebirge, im Hunsrück und im Schwarzwald. „Im Mittelalter war Deutschland mit Siebenbürgen eines der goldreichsten Gebiete der Welt“,

sagt der studierte Geologe. Nach den Funden in der Grümpen und im Schwarzwald begannen die Menschen ab dem 12. Jahrhundert nicht nur mit der Suche nach dem „Seifengold“, wie man das aus sekundären Lagerstätten in Bächen und Flüssen gewonnene Gold nennt, es entstanden auch Bergwerke, in denen das unter Tage befindliche Gold der primären Lagerstätten abgebaut wurde. Insgesamt förderten die Bergleute in Thüringen um die 4700 Kilogramm. „Die Goldminen wurden

Mineralien und Nuggets sowie Gemälde und Karten zur Geschichte der Förderung ausgestellt.“

Der Goldrausch ist zwar lange vorbei, aber die Vorstellung vom glitzernden Nugget zieht noch immer etliche Abenteurer und Neugierige an. „Ein wenig kommt aber auch die Goldgräberromantik zum Tragen, die wir aus den Büchern und Filmen von Jack London kennen“, meint Schade, der über sich selbst sagt, er sei von einem Goldwasch-Virus infiziert.

ein unbeschreiblich emotionaler Moment.“

Schade ist Autodidakt; es sieht leicht aus, wenn der Profi große Steine vom Lehm befreit und dann die Kiesel aus der Pfanne schwenkt, bis nur noch ein sandiges „Konzentrat“ auf dem Boden zurückbleibt.

„Das erfordert schon etwas Geschick, schließlich will man das Gold nicht schon vorher rauspülen“, sagt er. „Die Grundtechnik lernen die meisten in etwa zwei Stunden.“

füllt es in ein kleines Plastikröhrchen. Reich wird man mit Goldsuchen allerdings eher selten. Zwar liegt der Preis für ein Gramm Reingold zur Zeit bei 21 Euro, doch bewegen sich die Funde fast immer nur im Milligramm-Bereich. „Nuggets mit zwei, drei Gramm Gewicht zählen schon zu den großen Seltenheiten“, meint Schade, dem gegenüber stehen die Kosten für Anfahrten, Ausrüstung und natürlich viele, viele Stunden, die man im kalten Wasser zubringt. „Eine gute Tagesausbeute sind 200 Milligramm – also 20 große Brocken oder 500 ganz kleine“, fährt er fort. „Bei acht Stunden Arbeit kommt man auf einen Stundenlohn von etwa neun Cent, verkauft man die Nuggets als Sammlerstücke, werden es vielleicht 1,80 Euro.“ Bleibt als Motivation eben das, was jedes echte Hobby ausmacht: die Freude an der Sache an sich. „Hobbygoldsucher sind letztlich Mineraliensammler, nur daß sie nicht Felsen abklopfen, sondern sich auf die sekundären Lagerstätten in Bächen und Flüssen konzentrieren“, sagt Schade und blickt verzückt in seine Goldwaschpfanne. Das Gold-Museum Theuern, Im Grund 4, bietet zweieinhalbstündige Goldwasch-Schnupperkurse für zehn Euro pro Person an, Ganztagestouren samt Besichtigung historischer Stollen für 25 Euro pro Person und Kindergeburtstage für 50 Euro pro Gruppe. Öffnungszeiten sind täglich von 9 bis 17 Uhr, außer im November. Corina Weinert



Vom Goldwasch-Virus infiziert: Markus Schade zeigt Jugendlichen, wie es geht.

Bild: Schade

im 16. Jahrhundert aufgegeben, als das Gold aus Amerika die Preise verdrängte“, erklärt Schade, der in seinem Haus ein Goldmuseum eingerichtet hat – das einzige seiner Art in Deutschland. Hier hat er historische Goldwaschpfannen,

Schon als Kind faszinierte ihn das edle Metall; mit 18 Jahren unternahm er mit Backblech und Küchensieb seine ersten Streifzüge durch Bäche und Flüsse, fand allerdings erst nach zehn Jahren sein erstes Gold-Korn. „Das war

Je schwerer die Bröckchen sind, desto träger bewegen sie sich. Ein kleiner gelber Punkt rutscht nicht mit, bleibt unverrückbar am Plastik kleben. „Das ist Gold“, erklärt der Experte. Mit der Fingerkuppe nimmt er das Körnchen auf und

bringt. Sofia versucht sich im Gegensatz zu ihrem Mann in die Charaktere ihrer Ehepartner hineinzuversetzen, auch wenn bei ihr letztendlich genau wie bei Tolstoi das Verhalten des jeweils anderen Geschlechts tadelnswert ist. Statt eines Geigers zerstört bei Sofia ein literarisch interessierter Jugendfreund des Mannes das letzte bißchen Vertrauen zwischen den Eheleuten, die nie viele Gemeinsamkeiten hatten. „Immer mehr peinigte den Fürsten die Eifersucht, und der Haß auf die Frau, die sein alleiniger Besitz sein mußte, wuchs mit schrecklicher

Krieg und Frieden in einer Ehe

Sofja Tolstaja: Das Leben an der Seite von Leo Tolstoi hatte nicht nur Sonnenseiten

Der Titel ihres erstmals in die deutsche Sprache übersetzten Romans laut „Eine Frage der Schuld“. Wenn es um das Leben der Autorin Sofja Tolstaja, der Frau des berühmten russischen Literaten Leo Tolstoi, geht, dann stand für die Öffentlichkeit – und sogar einen Teil ihrer Kinder – außer Frage, wessen Schuld es war, daß Leo Tolstoi 1910 nicht daheim in sei-

erst in den letzten Jahrzehnten widerfuhr seiner Frau Gerechtigkeit.

Biographen nahmen sich der deutschstämmigen Sofja Behrs an, die 1862 im Alter von 18 Jahren den fast doppelt so alten Jugendfreund ihrer Mutter heiratete. Bei der Erziehung ihrer Töchter hatten die Eltern – der Vater war Hofarzt – viel Wert auf Bildung gelegt. Bei Sofja stellten die Lehrer früh ein ausgeprägtes literarisches Talent fest, in dessen Ausübung sie von allen Seiten bestärkt wurde. Nach ihrem Hauslehrerinnenexamen – andere Bildungswege standen Frauen damals nicht offen – schrieb Sofja die Erzählung „Natascha“, mit der sie auch das Interesse Leo Tolstois erlangte, der sich seit einigen Jahren literarisch betätigt hatte. Er hatte bereits erste Erfolge und wurde daher von der jungen Sofja verehrt. Als er um ihre Hand anhielt, gab es für sie keinen Zweifel, daß er der Mann ihres Lebens wäre. Vor der Hochzeit verbrannte die junge Frau alles, was sie selbst geschrieben hatte, da sie nur noch für ihren vergötterten Gatten dasein wollte. Von nun ab war sie seine Sekretärin, schrieb Texte ab, arbeitete seine Korrekturen ein ... und wurde nebenbei 16mal schwanger. 13 Kinder kamen zur Welt, von denen aber viele schon früh, andere im jungen Erwachse-

nenalter starben. Zwischen all den Geburten – und dem Sterben – war Sofja stets an der Seite ihres Mannes. Doch je älter sie wurde, je mehr Verantwortung sie trug, als Mutter, aber inzwischen auch als selbstständig tätige Übersetzerin, desto mehr entfremdete sie sich von ihrem Mann. Der hatte

immer wieder seine Frau, das Stammgut der Familie in Jasnaja Poljana und auch allen anderen weltlichen Besitz zu verschenken. Doch sie weigerte sich, was immer wieder zu hysterischen Streitgesprächen zwischen den Eheleuten führte, bis 1910 Tolstoi auf immer sein Haus verließ. „Eine Frage der

sinniert der alternde Posdnyschew, der seine 30jährige Frau wegen angeblichen Ehebruchs tötete, auf einer Zugfahrt über die Liebe und die Ehe. Sofja war schockiert über die darin offenbarende Haltung ihres Mannes zur Liebe, denn sein Posdnyschew erträgt es nicht, daß seine Frau sich nach der Nachricht, daß sie keine Kinder mehr bekommen könne, von ihm abwendet und sich nur noch der Musik und ihrer platonischen Begeisterung für einen jungen Geiger widmet. Posdnyschew vergeht jedoch vor Eifersucht und tötet im Streit seine Frau, ohne es zu bereuen, da sie für ihn die Personalisierung der Versuchung und somit der Sünde war.

Sofja erzählt nun in „Eine Frage der Schuld“ aus der Sicht der jungen Anna eine sehr ähnliche und doch zugleich völlig andere Geschichte, die zudem autobiographische Züge aufweist. Auch Anna heiratet mit 18 Jahren einen von ihr bewunderten Jugendfreund der Mutter, bekommt mit ihm mehrere Kinder, an deren Wohl und Wehe ihr Mann jedoch wenig interessiert ist. Wehmütig schaut dieser den drallen Bauerntöchtern hinterher, die schon gleich nach einer Niederkunft wieder auf dem Feld stehen, während seine Frau kränkelt und ihre Zeit mit nutzlosem Malen ver-

Als Autorin wurde sie kaum beachtet

Gewalt“, schreibt die Frau des berühmten Literaten. Auch von Verdächtigungen zwischen ihr und ihrem Mann ist in ihrer der deutschen Erstveröffentlichung beigefügten Kurz-Autobiographie die Rede. Daß so viele negative Gefühle nicht gut enden können, zeigt „Eine Frage der Schuld“ ... und das Leben der Tolstois.

Rebecca Bellano

Sofja Tolstaja: „Eine Frage der Schuld“, Manesse Bibliothek, München 2008, geb., 314 Seiten, 19,90 Euro



Paar voller Gegensätze: Sofja und Leo Tolstoi

Bild: Internet

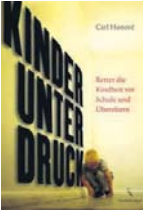
nicht mehr an seine großen Erfolge „Krieg und Frieden“ und „Anna Karenina“ anknüpfen können. Zudem vergrub er sich immer mehr in seine Studien. Waren es zunächst Pädagogik und Religion, die Tolstoi beschäftigten, widmete er sich gegen Ende seines Lebens dem Sozialismus. Der 1901 exkommunizierte Literat bedräng-

Schuld“ wurde selbst in Rußland erst im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, also über 70 Jahre nach dem Tod der 1919 verstorbenen Autorin, veröffentlicht. Sie schrieb den Roman als Reaktion auf die 1887 von ihrem Mann verfaßte „Kreuzersonate“, die in Rußland für Aufregung gesorgt hatte und verboten worden war. Hierin

Alle Vorwürfe schienen vergessen

nem eigenen Bett starb. Sie, das hysterische, von Eifersucht und Geltungssucht getriebene, fette Weib, habe ihn, den Meister, alt und schwach wie er war, aus dem Haus getrieben. Und so starb der während einer Bahnfahrt an einer Lungenentzündung Erkrankte im zugegenen Bahnwärterhäuschen von Astapowo.

Obwohl zu Tolstois Lebzeiten in der russischen Öffentlichkeit Kritik am Autor von „Krieg und Frieden“ und „Anna Karenina“ laut geworden war – sogar Geisteskrankheit war ihm unterstellt worden –, schienen mit seinem Tod doch alle Vorwürfe vergessen. Es dauerte Jahre, bis die menschlichen Schwächen des Dichters kritisch beleuchtet wurden, und



Freizeit für die Kinder

Autor warnt vor »Übereltern«

„Schulen sind Gefängnisse, die deren Eltern *nicht mehr* wollen und die die Industrie *noch nicht* will.“ Diesem Seitenhieb des US-amerikanischen Schriftstellers John Updike gegen die Bildungsmaschinerie schließt sich auch der kanadische Autor und Journalist Jean Carl Honoré an. 1967 geboren ließ er sich für sein Italienisch- und Geschichtsstudium lange Zeit und arbeitete danach zunächst mit brasilianischen Straßenkindern. Als Mitbegründer der Slow-Life-Bewegung kritisiert er seit Jahren die Hektik und Hast im modernen Alltag und erklärt, wieso man mit mehr Gelassenheit schneller ans Ziel gelangt. Sein aktuelles Buch »Kinder unter Druck – Rettet die Kindheit vor Schule und Übereltern« setzt diesen Gedanken fort.

Plädoyer für die Rettung der Kindheit

Als Teil unserer leistungsorientierten Gesellschaft gerieten Kinder immer mehr unter Druck. Schulstress und Notendruck sorgen dafür, daß viele von ihnen unter mangelnder Motivation, fehlendem Selbstbewußtsein, Konzentrationsschwierigkeiten und Versagensangst litt. Hinzu käme der Erwartungsdruck übererregter Eltern, die ihre Sprößlinge überwachen. Von der Beschallung mit Mozartmusik im Mutterleib über den Chinesisch-Kurs für Dreijährige bis hin zu Klavierstunden, Judo-kursen und Mathe-Nachhilfe versuchten Mama und Papa alles, um ihren Nachwuchs für die Zukunft zu wappnen. Der Autor warnt davor, daß Kinder dadurch unselbständig bleiben und die Entwicklung von Persönlichkeit und Talen-

ten auf der Strecke bleibt. Statt eines rigiden Freizeitplans, bei dem die Kleinen von Termin zu Termin kutschiert werden, empfiehlt Honoré so einfache wie effektive Maßnahmen, etwa gemeinsame Mahlzeiten und Familien-Spielabende. Er rät Müttern und Vätern loszulassen und sich zu entspannen, damit sie wieder Freude an ihrem Elterndasein haben und die Kinder ihre Kindheit genießen können.

Beindruckend ist vor allem der Forschungsgeist des Autors. Honoré reiste um den halben Erdball, um reformpädagogische Ansätze und alternative Erziehungsideen in der Praxis zu untersuchen. So besuchte er in Italien einen kommunalen Reggio-Kindergarten, dessen erfahrungsoffenes und experimentelles Konzept mittlerweile weltweit Anklang findet. Hier soll die Lernfreude durch Exkursionen und Projekte gefördert werden, die auf den Interessen der Kinder basieren und an alltägliche Erfahrungen anknüpfen (wie Beobachtung eines Vogelschwarms). Ateliers zu bildender Kunst und darstellendem Spiel regen die Kinder zu selbständigem Denken und kreativem Arbeiten an. Die Erzieher haben dabei nur eine unterstützende, nicht aber eine steuernde Funktion.

Allen Eltern, die sich und ihren Kindern ein erfülltes Familienleben wünschen, und allen Pädagogen, die für neue Wege offen sind, sei Honorés Buch wärmstens empfohlen.

Sophia E. Gerber

Carl Honoré: »Kinder unter Druck – Rettet die Kindheit vor Schule und Übereltern«. Fackelträger Verlag 2008, geb., 319 Seiten, 19,95 Euro

Alle Bücher sind über den PMD, Mendelssohnstraße 12, 04109 Leipzig, Telefon (03 41) 6 04 97 11, www.preussischer-mediendienst.de, zu beziehen.



Mit »Der Medicus« erlangte der englischsprachige Autor Noah Gordon in den 90er Jahren Weltruhm. Allein in Deutschland stand der Titel 43 Wochen auf Platz 1. »Die Erben des Medicus« und »Der Schamane« folgten, doch sie und noch andere Titel aus der Feder des Autors konnten nicht an den ersten Erfolg anknüpfen.

»Der Katalane« heißt nun der aktuellste Titel des 1926 in Worcester, Massachusetts, geborenen Journalisten, der seit Jahrzehnten in Boston lebt. Noah Gordon ist deutlich ruhiger geworden. Mit über 80 Jahren gönnt er sich mit seinem neuesten Buch den Luxus, sich voll und ganz einem Thema zu widmen, das ihn erst in höheren Lebensjahren zu faszinieren begann: dem Weinanbau.

»Die Freuden guten Weins entdeckte ich erst, als ich, bereits ein

Dem Weinanbau verfallen

Noah Gordon widmet sich in »Der Katalane« seiner Passion

Mann in mittleren Jahren, begann nach Spanien zu reisen, wo ich sehr bald eine tiefe Zuneigung zum spanischen Volk, zu seiner Kultur und seinem Wein entwickelte«, bekennt der Autor im Nachwort des vorliegenden Titels. Dieses eher als Freizeitvergnügen erlangte Wissen nutzt er bei der »Katalane«. Hier setzt der Autor

Josep Alvarez ist eigentlich der zweite Sohn eines katalanischen Essigbauern. Da ohne Aussicht auf ein Erbe, wählt er den so häufig ergriffenen Beruf für Zweitegeborene: Er wird Soldat. Und weil im Jahr 1870 gerade ein blutiger Kampf um die spanische Krone und das Selbstbestimmungsrecht der Katalanen herrscht, mangelt

kehrt zurück auf den nun von seinem Bruder geführten Hof des verstorbenen Vaters.

Anschaulich schildert Noah Gordon wie der ältere Bruder, den es in die neuen Fabriken der Großstadt zieht, seinem Bruder das ungeliebte Stück Land verkauft, das Josep nun in Raten abbezahlen muß. Auf Gewinn angewiesen, wagt der junge Mann sich trotzdem daran, statt die angebauten Trauben zu Essig zu verarbeiten, das in Frankreich erlangte Wissen anzuwenden, um Wein zu erzeugen. Mühsam und nach einigen Rückschlägen erzielt Josep jedoch erste Erfolge und verliert dabei sein Herz an die unterkühlte Witwe von nebenan. Irgendwann holt ihn jedoch die Vergangenheit aus Soldatentagen ein und der inzwischen erfolgreiche Weinbauer muß um sein Überleben kämpfen. *Bel*

Noah Gordon: »Der Katalane«, Blessing München 2008, gebunden, 491 Seiten, 19,95 Euro

Die Atmosphäre ist dem Autor wichtiger als Spannung

weniger auf historische Recherche, eine vielschichtige Handlung und Spannung, sondern auf Atmosphäre. Zwar lauert auch hier im Hintergrund ein tödliches Geheimnis, doch irgendwie wirkt es konstruiert. Man merkt, daß der Autor viel lieber beim Thema Weinanbau und den die wirtschaftliche Existenz seiner Hauptfigur Josep Alvarez gefährdenden Problemen verweilt.

es auch nicht an nach Nachschub lechzenden Heeren. Doch der junge Katalane wird nie ein Schlachtfeld sehen, weil er mit seinen jugendlichen Kameraden aus dem Heimatdorf Zeuge eines Mordes wird. Die Mörder versuchen, die Zeugen zu beseitigen. Und so flieht Josep nach Frankreich und lernt dort viel über Weinanbau. Irgendwann packt ihn jedoch das Heimweh und er



Lothar von Seltmann erzählt in »Fräulein Martha und die fünfte Himmelsrichtung« die Geschichte der Bahnauer Bruderschaft. Diese Geschichte beginnt in Ostpreußen um 1900, als ein paar junge Menschen und ein Pfarrer beschlossen, eine neue geistliche Ausbildungsstätte zu gründen.

Lothar von Seltmann, Jahrgang 1943, war bis zu seiner Pensionierung in der Lehrerausbildung und Schulleitung tätig und ist vielleicht manchem Leser bereits durch seine Bücher »Dora – die Tochter des Bischofs«, »Peter und Gutstchen« oder »Kummer und Glück – Johan-

nas Leben auf der Kernmühle« bekannt.

In der vorliegenden Erzählung »Fräulein Martha und die fünfte Himmelsrichtung« verliebt sich eine junge Frau namens Anna in den jungen Emil und kommt auf diese Weise nach Preußisch Bahnan. Sie erlebt den Aufbau der Bahnauer Bruderschaft und wird durch viele glückliche Zufälle wie kostenloses Baumaterial und unerwartete Geldspenden in ihrem Glauben an Gott bestärkt.

Als der Erste Weltkrieg in Preußisch Bahnan Einzug hält, muß auch Annas Emil seine schwangere Frau zurücklassen und in den Krieg ziehen. Wie so viele tapfere Männer kehrte er nie wieder heim.

Lothar von Seltmann berichtet auch von der Haushälterin des

Pfarrers, dem Fräulein Martha. Diese muß die Flucht in den Westen im Zweiten Weltkrieg miterleben. Schwere Herzens wurde das Nötigste auf Wagen geladen und dann ging es über das Eis des Frischen Hafes nach Narmeln. Doch das Glück blieb Pfarrer Fischers Familie hold. Zur gleichen Zeit war in dem Örtchen König die Pfarrstelle neu zu besetzen, und so hielt die Familie Fischer Einzug in dessen Pfarrhaus. Von dem Wunsch beseelt, die Bahnauer Bruderschaft anderermorts wieder aufleben zu lassen, stürzten sich Pfarrer Fischer und Fräulein Martha in die Arbeit.

Und trotz all der Schicksalsschläge fühlt Fräulein Martha sich nie von Gott verlassen, denn sie weiß: Der Segen kommt aus der fünften Himmelsrichtung.

Besonderen Wert hat Lothar von Seltmann in seiner Erzählung darauf gelegt, dem Leser den »Bahnauer Kurs« und sein Hauptanliegen zu erläutern, das heißt vereinfacht, Gemeinschaft und Kirche miteinander zu verknüpfen.

Die Bruderschaft gibt es auch heute noch. »Bahnauer Brüder arbeiten nicht mehr nur in Europa, sondern auch in Asien, Afrika sowie Nord- und Südamerika. Die jährliche Bahnauer Konferenz in Unterweissach war, ist und bleibt der Ort der Begegnung und Zusage für die, die dabei sein können.« *A. Ney*

Lothar von Seltmann: »Fräulein Martha und die fünfte Himmelsrichtung«, Brunnen Verlag, Gießen 2008, geb., 216 Seiten, 12,95 Euro



Musik in den Zeilen

Roman nimmt Klavierstücke als Trauerverarbeitung

Die Musik drückt das aus, was nicht gesagt werden kann und worüber zu schweigen unmöglich ist. Diese Aussage des französischen Schriftstellers Victor Hugo kann als Leitmotiv über dem neuen Roman Anna Enquists »Kontrapunkt« stehen. Mit Musik versucht die Protagonistin – das Alter Ego der niederländischen Autorin – den Tod eines geliebten Menschen aufzuarbeiten. Die Mutter verliert ihre erst 27jährige Tochter bei einem Verkehrsunfall und beginnt zur Bewältigung ihres Schmerzes Bachs Goldberg-Variationen einzustudieren. Die Klangwelt verleiht ihr Sprachlosigkeit Ausdruck und gewährt ihr Zugang zur allmählich verlassenden Vergangenheit: »Durch das Klavierspiel baute man eine Laufbrücke, einen wackligen Steg, der es zumindest erlaubte, inmitten der Verwüstung umherzugehen und das lädierte Gebiet zu besichtigen ... Durch die Hintertür hatte Bach ihr Zugang zu ihrem Gedächtnis verschafft: Jede Variation hatte Erinnerungen an das Kind wacherufen, die sie in dem Heft notiert hatte.«

Mutter erinnert sich an tote Tochter

her«. In »Kontrapunkt« schöpft Enquist aus ihrem Erfahrungsschatz als ausgebildete Pianistin und Psychologin und verknüpft virtuos musiktheoretische Reflexionen mit heiteren und traurigen Momenten aus dem Familienleben: »Alle vierstimmigen Goldberg-Variationen erinnerten sie an Ferien, an harmonische Ausflüge in der Geborgenheit des Quartetts. Hier, in dieser Variation hatte die Sopranpartie etwas Unbesiegbares an sich, so etwas wie die noch ganz unkomplizierte Entdeckungsfreude eines Kindes, das sich fast euphorisch in der Welt orientierte ... Unten in der Tiefe brumnten die Stimmen der Eltern zufrieden mit.«

Die Strukturfolge der Bachschen Klavierstücke hat jedoch auch ihre Grenzen. Durch die rigide Abfolge der einzelnen Variationen verliert der Text ab dem Mittelteil an Prägnanz. Die Erinnerungen an die Tochter beinhalten bereits vorweggenommene Details aus anderen Variationen und fügen diesen wenig Neues hinzu, so daß die Lektüre bald etwas eintönig und repetitiv wirkt. Dennoch ist Enquists Roman aufgrund seiner einfühlsamen Schilderung der Mutter-Tochter-Beziehung und der originalen Verbindung mit Bachs barocker Musik empfehlenswert. Zum Schmökern mit allen Sinnen bietet sich das parallele Abspielen der Variationen Glenn Goulds an. Die Aufnahmen des kanadischen Pianisten lassen den Leser noch tiefer in die Erzählung eintauchen und den Augen- zum Ohrenschaum werden.

Zum Lesevergnügen trägt schließlich die stilsichere Übersetzung von Hanni Ehlers bei, die dem deutschsprachigen Publikum schon seit 20 Jahren niederländische Literatur zugänglich macht.

Sophia E. Gerber

Anna Enquist: »Kontrapunkt«, Luchterhand Literaturverlag 2008, gebunden, 224 Seiten, 17,95 Euro



Leid der Frauen

US-Wissenschaftlerin befragte Opfer der Vertreibung

Wie viel Leid kann ein Mensch ertragen? Beginn seines Vorwortes der amerikanischen, jetzt in der Schweiz lebende Völkerrechtlerin Prof. Alfred M. de Zayas, und er fährt fort: »Wie viele Entehrungen und Demütigungen haben Frauen während des Krieges ertragen – und in dem auf ihn folgenden Chaos? Welche psychischen Verletzungen haben die Überlebenden und deren Kinder durch ihr ganzes Leben mitschleppen müssen? Und sind sie mit ihren Traumata überhaupt zu rechtekommen? Mit der kalten Gleichgültigkeit der Welt und der Unfähigkeit vieler anderer zum Mitleid oder deren Unfähigkeit, darüber überhaupt etwas hören zu wollen?«

So beginnt das schmale Buch, das, nachdem es zunächst in den USA erschienen ist, nun auch in einem deutschen Verlag herauskam. »Frauen und Vertreibung – Zeitzeuginnen berichten« nannte die Professorin für Soziologie an der University of South Carolina, Brigitte Neary, die sich speziell mit Frauenstudien befaßt und besonderes Gewicht auf das Thema »Frauen und bewaffnete Konflik-

te« legt, ihr Buch. Da ihre Eltern deutsche Heimatvertriebene waren, nahm sie sich auch des Schicksals der deutschen Frauen an. Es gelang ihr, Ende der 90er Jahre 15 Frauen, die zwischen Anfang 60 und Anfang 80 Jahre alt waren, zu bewegen, über ihr Schicksal zu berichten. Und so wie sie es erzählten, so schrieb Brigitte Neary es auf, ungeschönt, ungeklärt, so daß die Berichte unmittelbar auf den Leser einwirk-

Große Aufmerksamkeit in den USA

ten. Und es bedarf in der Tat keiner Dramatisierung, keiner Überspitzung, was Ostpreußinnen, Schlesierinnen, Sudetendeutsche, Karpatendeutsche, Jugoslawiendeutsche, Frauen aus Siebenbürgen und aus Polen in schlichten Worten berichten. Sie alle hatten sich mit ihren Familien auf die Flucht gemacht, waren aber von den Fronten eingeholt worden und mußten unter der Herrschaft der Sieger leben, unter Sowjets, Polen, Tschechen, Serben. Und das bedeutete Erniedrigung, Quälereien, Vergewaltigungen, Schläge. Sie erlebten, wie neben ihnen Verwandte erschlagen wurden. Manche wurden, oft noch halbe

Kinder, in die Sowjetunion deportiert und mußten unter extremen Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Das alles ist viele Jahrzehnte nach den Ereignissen in ihnen immer noch lebendig, wie die Berichte erweisen. Aber kaum jemand will etwas davon hören. Man zerfließt vor Mitleid mit dem schweren Schicksal in fernen Welten, hört aber gleichgültig weg, wenn die eigenen Landsleute sich zu Wort melden wollen oder antwortet gar mit dem erbarmungslosen: »Selber Schuld.«

Inzwischen gelten Vergewaltigungen und Vertreibung aus der Heimat als Verbrechen gegen die Menschheit, wie de Zayas schreibt, und werden auch vor internationalen Kriegstribunalen geahndet. Aber die damaligen Täter hat niemand zur Rechenschaft gezogen. Vor Gericht gestellt wurden immer nur Deutsche.

Wie der Verlag mittelt, hat das Buch in den USA eine überraschend große Aufmerksamkeit gefunden. Sie ist ihm auch in Deutschland zu wünschen. Speziell bei der Generation der Enkel könnte das Buch Erkenntnisse auslösen. *H.-J. von Leesen*

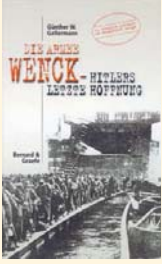
Brigitte Neary: »Frauen und Vertreibung – Zeitzeuginnen berichten«, Ares, Graz 2008, geb., 159 Seiten, 19,90 Euro

Bücher aus dem Hause Bernard & Graefe

Günther W. Gellermann Die Armee Wenck – Hitlers letzte Hoffnung

Aufstellung, Einsatz und Ende der 12. deutschen Armee im Frühjahr 1945

Die 12. Armee, besser bekannt als »Armee Wenck«, war das allerletzte Aufgebot des deutschen Heeres im April 1945.

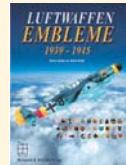


Zunächst für den Einsatz der im Ruhrgebiet eingeschlossenen Heeresgruppe Model vorgesehen, wurde die Armee Wenck

von Adolf Hitler persönlich zum Einsatz von Berlin, der Reichskanzlei und damit der Person des »Führers« befohlen.

Drei Charakteristika kennzeichnen die fast legendäre 12. Armee: Ihre Soldaten waren zum Teil kaum ausgebildet, der größte Teil hatte wohl eine mehr oder weniger gründliche Einzelausbildung, zu einer Verbandsausbildung aber hatte die Zeit bei keinem Truppenteil mehr ausgereicht.

berbefehlshaber bis hinunter in die Ebene der Bataillonkommandeure über frontferne, meist hochdekorierte Offiziere. Und zum Dritten besaßen die Männer dieser Armee eine Kampfmoral, die der deutschen Wehrmacht in ihrer besten Zeit entsprach!



Luftwaffen-Embleme 1939-1945 Diese Dokumentation enthält mehrere hundert Luftwaffenembleme in Farbe.



Walter Nuhn Feind überall, Guerillakrieg in Südwest Der große Nama-Aufstand (Hottentottenaufstand) 1904-1908 in Deutsch-Südwestafrika (Namibia).



Harald Bendert Tragödien unter Wasser U-Bootunfälle von den Anfängen bis zur Gegenwart



Ralph Thiele Gerhard von Scharnhorst Zur Identität der Bundeswehr in der Transformation

Edelfried Baginski 1945 - Als Ortschaften verloren ging

Dieses Werk ist in erster Linie ein Heimatbuch, das die Erlebnisse und Schicksale Ortschaften zeigt



mit dem sowjetischen Großangriff am 14. Januar 1945 am Narew bis der Kreis Ortelow am 28. Januar verloren war.

Geb., 159 Seiten mit 60 Abb., Großformat Best.-Nr.: 5000, € 29,00

Karl Heinz-Golla Zwischen Reggio und Cassino Das Kriegsgeschehen in Italien im zweiten Halbjahr 1943

Das Buch schildert, eingebunden in den militärstrategischen Rahmen, die Kampfhandlungen auf dem Kriegsschauplatz Italien von den Landungen der Alliierten in Kalabrien, Apulien und bei Salerno Anfang September 1943 bis zur Zurücknahme der deutschen 10. Armee auf die »Gustav-« und »Emil-« Stellung zum Jahreswechsel 1943/44.



Geb., 536 Seiten mit Fotos u. 20 Ktn.-Skizzen Best.-Nr.: 6761, € 34,00

PMD Preussischer Mediendienst Oliver Rieckmann empfiehlt...

lesensWERT! Die Buchempfehlung des Preussischen Mediendienstes!

Das Buch bemüht sich um Sachlichkeit und vermeidet Hervorhebung dramatischer Schiffsuntergänge der Seefahrtsgeschichte.

'Faszination Masuren' Kalender 2009 Sonderangebot statt € 14,80 nur € 8,95

Der redliche Ostpreuße 2009 Kart., 128 Seiten, ca. 20 Abb., 15 x 21 cm Best.-Nr.: 6697, € 9,95

Die Heimat nehmen wir mit Ein Beitrag zur Auswanderung Salzburger Protestanten im Jahr 1732, ihrer Ansiedlung in Ostpreußen und der Vertreibung 1944/45

Martin Schmidtke Rettungsaktion Ostsee 1944/1945 Zusammenfassende Dokumentation einschließlich der beteiligten Schiffe und Boote

Rettungsaktion Ostsee 1944/1945 Zusammenfassende Dokumentation einschließlich der beteiligten Schiffe und Boote

Dirk Müller CRASHKURS Weltwirtschaftskrise oder Jahrtausendchance? Wie Sie das beste aus Ihrem Geld machen

Heinz Buchholz Iwan, das Panjeperd Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden

Leif Guldmann Ipsen Menschen hinter Stacheldraht Flüchtlingslager in Oksbøl 1945-1949

Erwin Rommel Infanterie greift an Das Standardwerk zur Infanterietaktik

Per Brodersen Die Stadt im Westen Wir Königsberg Kaliningrad wurde

Peter Scholl-Latour Der Weg in den neuen Kalten Krieg Geb., 340 Seiten Best.-Nr.: 6719, € 24,90

Prof. Dr. Alfred de Zayas 50 Thesen zur Vertreibung Kart., 52 Seiten Best.-Nr.: 6635, € 7,00

Andreas Kossert Kalte Heimat Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945

Ulrich March Kleine Geschichte deutscher Länder Regionen - Staaten - Bundesländer

Gerd Schultze-Rhönhof Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939

Aren Gammelgaard Auf Führerbefehl in Dänemark Dtsch. Flüchtlingslager 1945-1949

Arne Gammelgaard Treibholz Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945-49

Arne Gammelgaard Treibholz Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945-49

Das Ostpreußen-Lyrik-Paket - exklusiv für die Leser der PAZ Silke Steinberg ...steigt im Ost empor Ostpreußischer Sommer

Max Riemer, Wilhelm Obgartel Geschichtliches Heimatbuch Ostpreußen Geb., 248 Seiten, Format: 17 x 24 cm

Wulf Dietrich Wagner Kultur im ländlichen Ostpreußen Geschichte, Güter und Menschen im Kreis Gerdauen

Bestellcoupon Achtung! Neue Adresse Achtung! Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preussischer Mediendienst

MELDUNGEN

Auch Oligarchen haben verloren

Moskau – Die Zahl der russischen Dollarmilliardäre hat sich binnen eines Jahres mehr als halbiert. Besaßen laut der Zeitschrift „Finans“ Ende 2007 noch 101 Russen mehr als eine Milliarde US-Dollar, so waren es zum Ende des vergangenen Jahres nur noch 49. Das Vermögen der zehn reichsten Russen schrumpfte im selben Zeitraum dem Bericht zufolge um 66 Prozent auf zusammen knapp 76 Milliarden Dollar. H.H.

Imamschule eröffnet

Berlin – Mitte des Monats hat in Berlin die erste private Imamschule Deutschlands ihren Betrieb aufgenommen. Das Berliner Institut Buhara gibt an, geistlichen Nachwuchs ausbilden zu wollen, der sich der deutschen Sprache und Kultur verpflichtet fühle. Bislang mußten die Geistlichen aus der Türkei geholt werden, wo ihre Ausbildung der türkischen Religionsbehörde Ditib unterstand. Hiesige Moslems kritisierten deren geringe Einführung in die deutsche Kultur. Bel

ZUR PERSON

Geständiger Massenmörder

Knapp 30 Jahre nach dem Völkermord an rund 1,8 Millionen Kambodschanern hat der erste Prozeß gegen führende Köpfe der damals herrschenden Roten Khmer begonnen. Das bereits 2006 ins Leben gerufene Kriegsverbrechertribunal entschied, mit dem Verfahren gegen den geständigen ehemaligen Leiter des berühmten Foltergefängnisses Tuol Sleng, dem Mathematiklehrer Kaing Guek Eav, alias „Duch“, zu beginnen. Allein hier sollen während des Pol-Pot-Regimes zwischen 15 000 und 20 000 Unschuldige getötet worden sein.

Kaing Guek Eav fühlte sich bereits als junger Mann zu den Kommunisten hingezogen. Der 1942 Geborene ist der jüngste unter den Angeklagten und auch der am leichtesten zu Verurteilende. Neben seinem Geständnis gibt es zahlreiche schriftliche Zeugnisse, die belegen, mit welcher Akribie der heute 66jährige „seine Befehle“ ausführte. „Er hatte sogar bestimmte Tage für die Hinrichtung einzelner Gruppen von Gefangenen festgelegt: ein Tag für die Frauen der Feinde, ein anderer für die Kinder, ein weiterer für die Arbeiter“, so eine Journalistin.

Zu seinen Taten gibt es hingegen nur wenige: Nur eine Handvoll Menschen soll nach den gerade etwas mehr als drei Jahren Schreckensherrschaft des Pol-Pot-Regimes die Mauern des Foltergefängnisses, das einst eine Schule war, verlassen haben. Kaing Guek Eav hingegen lebte bis zu seiner Verhaftung 1999 unerkannt. Er wandte sich dem Christentum zu und begann seine Taten zu bereuen. Anders seine vier Mitangeklagten: Sie behaupten, sie hätten vom Genozid nichts gewußt.

Da Kambodscha als eines der wenigen Länder Südostasiens die Todesstrafe abgeschafft hat, droht den Angeklagten „nur“ lebenslange Haft. Bel



Zeichnung: Mohr

Formatierungsprobleme

Solche und solche

Warum Japaner saufen, wieso Inseln auch nichts mehr bringt, und warum einer wie Geert Wilders nur falsche Gefühle haben kann / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wie grausam die Leute sind. Die Hämie der ganzen Welt ergoß sich über den japanischen Finanzminister Shoichi Nakagawa. Auf dem G7-Gipfel in Rom soll er heftig angeschickert gewesen sein, was seinen Japanern dermaßen peinlich war, daß sie den armen Mann in die Wüste schickten.

Lesen die Japaner keine Wirtschaftsnachrichten? Alles rabenschwarz, bis auf die roten Zahlen. Daß ein Finanzminister da mal den Wunsch verspürt, sich ordentlich einen reinzudrehen – wer will ihm das verübeln? Fast hätte es ja gar keiner gemerkt, aber leider ging Nakagawas Zeitplanung nicht auf. Zu Beginn der Pressekonferenz seines Verderbens hielt er vor den Augen der Öffentlichkeit ein hübsches Nickerchen, um den Rausch rechtzeitig wieder loszuwerden. Doch aufgeschreckt noch vor der Ausmüderung sah er sich genötigt, schnell etwas zu sagen. Das kam dann ziemlich verballert über seine Lippen, und die Tragödie nahm ihren Lauf.

Japan ist sowieso ziemlich übel dran: Die Staatsverschuldung ist dreimal so hoch wie die deutsche, und auch die Wirtschaft kippt noch schneller als unsere. Inseln sind eben nicht mehr das, was sie mal waren. Früher rettete es sie vor mancher Katastrophe, daß breite Wasserschneisen sie von den anderen Ländern trennten. Angreifer hatten es schwer, deshalb konnten die Inselbewohner umso unbefangener auf Raub- und Eroberungszüge gehen, während die am Festland immerfort ihre bedrohten Grenzen bewachen mußten.

Soviel Sicherheit macht offenbar leichtfertig: Island, Irland, Britannien – die Inselvölker scheinen mit mehr Elan in die Schlangengrube der Finanztoxine gesprungen zu sein als fast alle anderen Nationen. Auch die USA sind durch Ozeane abgeschirmt, an Land gegen nur durch zwei Staaten, die an der US-Macht gemessen Wurzelzweige sind.

Ja, merken Sie's? Es ist mal wieder die Zeit für jedermanns große Weltklärungen. Seitdem auf dem Olymp der einst umjubelten Fachleute das große Göttersterben eingesetzt hat, fühlen sich die

Herren der Maulwurfshügel wieder obenauf und schmeiben mit selten erlebtem Selbstbewußtsein ihre sagenhaften Theorien unter Volk. Das Internet ist voll von den phantastischen Geschichten über „die wahren Hintergründe“ und „so, die wir alle wieder lesen wollen“, nachdem sich die Analysen zahlloser „renommiertes Quellen“ als fauler Zauber erwiesen haben. Oder bestenfalls als ahnungsloses Gequassel.

Manche wilde Theorien sind allerdings derart aberwitzig, daß wirklich niemand es wagt, sie öffentlich zu bestätigen. Mit einer Ausnahme: der Realität, denn die macht bekanntlich fast jeden Schwachsinn wahr.

Seit Jahren liegt uns (und vor allem unseren holländischen Nachbarn) der niederländische Politiker Geert Wilders mit einer abstrusen Behauptung in den Ohren: Der radikale Islam, so Wilders, probe nicht nur den Angriff auf unsere Demokratien. Nein, er habe die Fundamente unserer freiheitlichen Ordnung bereits handfest untergraben.

Jetzt verboten ihm die britischen Behörden die Einreise nach England. Auf Einladung eines Lords wollte er im Oberhaus seinen Film „Fitna“ präsentieren. Darin schildert Wilders auf bewußt polemische Weise, wie islamische Terroristen ihre Taten mit dem Koran rechtfertigen.

Gegen Wilders' Oberhausaufritt ereiferte sich der muslimische Lord Nazir Ahmed im britischen Fernsehen. Er habe „ein Recht, meine Religion auszuüben ohne Angst vor Einschüchterung und Provokation durch Herrn Wilders“, so Ahmed. Daraufhin machte das Königreich kurzerhand seine Grenzen für den Holländer dicht.

Wilders weiß jetzt immerhin, daß er nicht der einzige ist, der sich bedroht fühlt. Das wird ihm erleichtern. Der Politiker steht ständig unter Polizeischutz und mußte sogar eine Weile in einer Kaserne leben. Da hat er gewiß tiefes Verständnis für die Ein-

schüchterungs-Furcht des Lords. Nur daß sich Nazir Ahmed eben vor einem Kurzfilm in Acht nehmen muß, während es bei Wilders um mordlüsterne Fanatiker geht, die ihm Tod und Hölle versprochen haben.

Erleichtern wird ihn obendrein, daß er es ab jetzt nicht mehr nötig hat, seine Behauptung von der Untergrabung unserer freiheitlichen Fundamente mit umständlichen Theorien erklären zu müssen. Geert Wilders muß nur noch nach England zeigen und sagen: „Seht hin, das ist das Land, das einmal so stolz war auf seine Freiheit des Wortes und der Meinungen und seine Rechtsstaatlichkeit.

Urteilt selbst, was davon geblieben ist.“

Allerdings muß sich Wilders doch fragen, was er falsch gemacht hat. Stellen wir uns vor, es gäbe eine christlichen fundamentalistische Terrorbande, die Andersgläubige tötet und ihre Morde mit lauter Bibelzitate begründet (schwer, weiß ich, aber Rabulisten können alles). Und stellen wir uns vor, ein türkischer Politiker macht einen Film daraus und will den auf der Berlinale zeigen. Würden Proteste empörter Christen dazu führen, daß er Einreiseverbot bekäme? Selbstverständlich nicht.

Und warum nicht? Vermutlich sind die christlichen Protestformen den Anforderungen unserer sensibilisierten Epoche einfach nicht mehr angemessen. Es geht nämlich nicht mehr um „Recht, das Recht bleiben muß“. Es geht um „Gefühle, die nicht verletzt werden dürfen“ und um den „öffentlichen Frieden“.

Wer beides in die Waagschale werfen kann, Gefühle und die Bereitschaft, den „öffentlichen Frieden“ aus seiner Verletztheit heraus „empfindlich zu stören“, der bekommt recht.

Mitte Januar in Duisburg. Sie erinnern sich: Da ist die Polizei gewaltsam in eine Wohnung eingedrungen, um eine Israel-Fahne zu beschlagnahmen, die im Fenster hing. Unten zog nämlich gerade eine Palästina-Demo vorbei,

deren „Gefühle“ von der Fahne verletzt wurden und deren Teilnehmer deutliche Anstalten machten, darob Radau vom Zaun zu brechen.

Reaktionäre Rechtsstaatler würden nun schnarren: Jede habe das Recht, jede nicht ausdrücklich verbotene Fahne, Meinungsäußerung oder ähnliches in sein Fenster zu hängen, und die Polizei werde dafür bezahlt, dieses Recht zu garantieren.

Der Duisburger Polizeichef Rolf Cebin aber ist kein Reaktionär. Mit dieser Grundrechtshuberei alter Schule kann er nichts anfangen. Cebin entschuldigte sich zwar für das Verhalten der Ordnungshüter, aber nicht, weil sie das Recht auf freie Meinungsäußerung mit Füßen getreten hätten, sondern? Na, was wohl: „Ich bedaure zutiefst, daß Gefühle – insbesondere jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger – verletzt wurden“, so Cebin ganz kleinlaut im Sturm der Proteste.

Das sollten sich Typen wie dieser Wilders mal hinter die Ohren schreiben. Hör auf mit deinem trockenen Politgefasel, hab Gefühle! Und zeig sie auf die Art, die angemessen ist, um hier und heute „Rücksichtnahme“ zu erlangen.

Aber halt, das könnte schiefgehen: Wer genauer hinblickt, erkennt nämlich, daß Gefühle nicht gleich Gefühle sind. Es gibt da so eine unsichtbare Apartheit: Bestimmte Gruppierungen haben ein Recht darauf, und andere eben nicht. Kämen Wilders und seine Anhänger auf die Idee, ihre „verletzten Gefühle“ an den Symbolen muslimischer Präsenz in Amsterdam in zeitgemäßer Form abzuarbeiten, würden sie geradewegs im Knast landen. Denn „Gefühle“ von der Art der Duisburger Demonstranten sind, wenn sie den Falschen befallen, nichts als dumpfer, gewalttätiger Rassismus, und werden entsprechend bestraft.

Man könnte diese neue Rechtslage eigentlich mal gesetzlich fassen, genau aufschreiben, wer jetzt welche Gefühle haben und auf welche Weise er sie ausdrücken darf. Dann kämen auch unsere Polizeichefs nicht immer wieder in solche Gewissenskonflikte, wessen Gefühle sie mitfühlen müssen und wessen nicht.

ZITATE

Der Konjunkturchef des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Joachim Scheide, hält den finanziellen Zusammenbruch eines großen Industrielandes für möglich. Dem „Handelsblatt“ (12. Februar) sagte er:

„Vor einem Jahr hätte ich den Staatsbankrott eines großen Industrielandes noch kategorisch ausgeschlossen, heute würde ich das nicht mehr tun – auch wenn wir davon noch weit entfernt sind.“

Der Bestsellerautor Bodo Kirchhoff („Schundroman“) wundert sich darüber, daß heute Publikumslieblinge zu Schriftstellern werden, statt Schriftsteller zu Publikumslieblingen. Im „Spiegel“ (16. Februar) ätzte er:

„Ich bin noch so aufgewachsen, daß man erst einmal etwas leistet, daß man schreibt und schreibt und schreibt – und irgendwann läßt einen dann das Fernsehen ein. Die machen es heute genau andersherum. Erst kommt die Fernsehlaufbahn und dann der Bestseller ... Ich versuche das nüchtern zu sehen. Viele dieser TV-Prominenten wären früher Rummelplatzgrößen gewesen.“

Krisen-Management

Ihr Völker hört des Signal und folget der Devise: Die Kirche steckt schon wieder mal in ihrer tiefsten Krise.

Das kommt davon, weil – frei gesagt – der Papst mit seinem Werkel nicht jeweils um Erlaubnis fragt bei Lehmann und bei Merkel.

Der Vatikan hat's nicht kapiert: Man muß auf Quoten schauen anstatt, wie bisher praktiziert, auf Gott nur zu vertrauen!

Die Bischofsriege zum Vergleich hat dies in deutschen Landen und ebenso in Österreich schon größtenteils verstanden.

Nicht alle zwar, doch immer mehr sind auf der Fortschrittswelle, und schießt vielleicht ein Neuer quer, wer weg er auf der Stelle.

Denn heute liegt das Seelenheil in einer guten Presse, und wird genügend Lob zuteil, ersetzt das manche Messe.

Das Volk auf harter Kirchenbank soll detto man nicht plagen, drum gibt's Diskonke – Gott sei Dank – bei allen heiklen Fragen.

Die Dogmen kommen frei ins Haus von Schreibern der Geschichte, und kennt sich wer dabei nicht aus, dann klären's die Gerichte.

Bei Sucherei nach Personal, empfehlen sich Parteien, die wie den Staat in freier Wahl auch Rom von Qual befreien.

Und steht's nicht zwischen Zeilen klar in manchen Kommentaren: Mit Meinungsforschern ließe gar sich ein Konkclave sparen!